DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

172 16. JAHRGANG Januar '99 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

ANTHROPOSOPHIE

Auf einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Anthroposophie im November letzten Jahres befaßten sich die TeilnehmerInnen mit den rassistischen und antisemitischen Elementen in den Schriften und Lehren Rudolf Steiners. Ein Veranstaltungsbericht von Gerhard Kern auf Seite 3

EXISTENZGELD-KONFERENZ

»Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung – Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft« ist der Titel eines Kongresses, der im März in Berlin stattfinden soll. Über den Stand der Vorbereitungen und zu den inhaltlichen Vorbereitungen informieren wir in dieser Ausgabe.
Raul Zelik schreibt in einem der im Vorfeld veröffentlichten Diskussionsbeiträge: »Die Forderung nach einem arbeitsmarktunabhängigen Existenzgeld ist wie die Klingel im Pawlowschen Versuch: Während sich der »gesunde Menschenverstand« darüber erregt, daß »die Faulen dann genauso viel verdienen wie die, die arbeiten gehen«, verwirft der durchschnittliche Linksradikale die Forderung als reformistische Systemkosmetik. Worin sich beides trifft, ist das Verlangen nach Eindeutigkeit: Die einen verteidigen deutsche Arbeitsethik, nach der nur anständig bleibt, wer malocht, die anderen ein politisches Reinheitsgebot, nach dem die radikale Kritik der Verhältnisse über allem anderen steht«.
Seite 4/5

SELBSTBESTIMMT LEBEN

Gegründet wurde die Hamburger Assistenzgenossenschaft (HAG) im Jahre 1993 von Behinderten. Ihr Ziel war und ist es, möglichst vielen betroffenen Menschen die Chance für ein eigenbestimmtes Leben durch persönliche Assistenz zu eröffnen. Zu diesem Zweck sollen Behinderte wesentliche Befugnisse selbst erhalten, beispielsweise indem sie sich die jeweilige Assistenz selbst aussuchen. Seite 11

FREIE RADIOS

Nach neun Jahren Kampf um eine Sendelizenz ist Ende Oktober 1998 das erste zweisprachige (slowenisch-deutsch) Freie Radio im österreichischen Klagenfurt auf Sendung gegangen. Seite 12

VIDEOMAGAZIN

1990 gab es in Berlin über 100 besetzte Häuser. Damals schlossen sich einige Leute aus der Haubesetzerszene zu der Videogruppe »ak-kraak« zusammen, um Räumungen zu dokumentieren. Zwischenzeitlich haben sich Gruppe und Konzept verändert und das Themenspektrum erweitert. Seite 12

WURZELWERK GENOSSENSCHAFT

Seit ihrer Gründung im Jahr 1981 galt die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Wurzelwerk e.G. als wegweisendes Modell für öklogischen Handel. Zum 1.1.99 wurde ihre Liquidation beschlossen. Seite 12

SCHWERPUNKTTHEMA:

Dauerhafte Arbeit

Wieviel Sachverstand besitzen die Lenker der Politik und der Wirtschaft eigentlich? Man sollte doch meinen, daß in einem Land von 80 Millionen Bürgern nur solche an die Spitze kommen, die besondere Qualifikationen aufzuweisen haben, zumindest in ihrem Fach.

von Herrmann Cropp, Redaktion Osnabrück ● Nein, Leute, das ist so nicht! Alles Durchschnitt, und darf auch anders gar nicht sein, sonst könnte das Fernsehvolk seinen strahlenden Kanzler nämlich nicht begreifen, rsp. wählen. Diese mentale »Nähe« zum Volk scheint unabdingbar in der Politik (s.: Max Weber »Politik als Beruf« über das Dilettantentum politischer Führer, insbs. der populistischen, als welcher Schröder gewonnen hat). Ganz folgerichtig wurde der Wahlkampf der SPD nicht themenbezogen geführt, man hatte keine Ideen, eher kosmetische Probleme, auf welche Weise Schröder nun eine kosmetische Politik betreibt, indem er ohne inhaltliche Begründung ein Kanzlermachtwort spricht zu den 620-Mark-Jobs – ein herbes Parfüm!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Vom Neoliberalismus zum Neokeynesianismus

Lafontaines wirtschaftspolitische Ideen sind ebenfalls unqualifiziert, sofern man nicht in seiner Verpflichtetheit gegenüber der parteilichen Klientel eine soziale Qualifikation erblicken will. Sein Traditionalismus, den die Presse nun entdeckt hat, wurde schon im März 1998 deutlich, als er in seinem Buch »Wohlstand und Arbeit für alle«, »Eine Halbierung der Arbeitslosigkeit allein ... durch Wachstum ... und ökologische Steuerreform« versprach und ein Ende der Erwerbsarbeit nicht wahrnehmen wollte. Wenigstens hätte man sich von ihm mehr politische Klugheit gewünscht. Es war klar, daß im Vorfeld der unverhofft gewonnenen Wahl keine Pläne da waren, sie mußten nach Regierungsantritt schleunigst entwikkelt werden, und da sagt sich doch jeder auf sein souveränes Erscheinen bedachte Mensch, daß er die unweigerlich zu erwartende Kritik voraussehen und in seine Pläne integrieren muß, dh. die unfertigen Pläne zur Steuerreform, wenn schon an die Öffentlichkeit, dann als Entwürfe gelangen läßt, notfalls mit der Aufforderung zum demokratischen Diskurs, um schließlich, wieder als souverän sich verstehender Politiker, in Abwägung aller Interessen und wohlüberlegter Zurückweisung inakzeptabler Kritik eine fundierte Reform vorzulegen.

Es wird also dilettiert, was populistische Politiker auszeichnet, aber dieses Dilettieren könnte einem historischen Trend entsprechen. Nach einer Periode des Neoliberalismus kündigt sich nun durch, in allen wichtigen westlichen Ländern regierende Sozialisten eine entgegengesetzte Neo-Erscheinung an, ein Neokeynesianismus. Solche Neo-Konzepte erwecken den Eindruck, eher aus Verlegenheit entstanden zu sein, denn auf Grund vorbereiteter Ideen und Programme. Nichtsdestoweniger könnte eine latente Urwüchsigkeit sich, wie zuvor bei Reagan und Thatcher, nun Bahn brechen. Die Neokeynesianisten werden sich dann schon einfinden, Lafontaines Berater, Heiner Flassbeck, vielleicht als erster.

Verrechtlichung

So beruhigend es einerseits zu wissen ist, daß keiner, keine Partei, kein großer Steuermann und kein Geheimclub den Plan in der Tasche hat, so gerne hätte man es doch, wenn ein großer Plan in allem wäre. Nun, es gibt tatsächlich einen Plan, und zwar historische Trends, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte ziehen. Einer dieser Trends ist die zunehmende Verrechtlichung, welche das Zusammenleben auf immer engerem Raum und die Planbarkeit wirtschaftlicher Tätigkeit den fortschreitenden Verhältnissen anpaßt. Der Garant von Recht ist jedoch stets eine politische Institution, die für ihren Selbsterhalt Steuern fordert. Leider gibt es Staat und Recht nur im Doppelpack. Die Verrechtlichung hat sowohl positive Aspekte in der Rechtssicherheit (man denke nur an die Rechtsunsicherheit in der Antike), als auch negative in der Entfremdung.

Selbstorganisierte Arbeit ist genau das, was in Anbetracht der, mit der Industriellen Revolution vergleichbaren, Automatisierungsrevolution erforderlich ist. Selbstorganisierte Arbeit denkt man sich so schön, aber wers probiert, kriegt den ganzen Widerstand hochehrwürdiger, veralteter Gesetze, Verordnungen, Marktrechte und Handwerksrollen zu spüren. Das kann man nicht mit links abtun, denn solche Rechte sind aus den Bedürfnissen von Jahrhunderten menschlicher Arbeit gewachsen. Götz Papke, Autor dieses Schwerpunktthemas hat sich der Mühe unterzogen, die wichtigsten Vorschriften zusammenzutragen und auf dieser Grundlage eine Konzeption dauerhafter Arbeit zu entwickeln, die er u.a. auch in seinem Buch »Dauerhafte Arbeit« vorstellt. Auf den Seiten 7 bis 9 in aller Ausführlichkeit die rechtlichen Voraussetzungen, in deren Rahmen sich künftige selbstorganisierte Arbeit entwickeln muß.●

Zur Diskssion anregen will Herrmann Cropp mit seinem Beitrag »Die 2. industrielle Revolution« auf Seite 6.●

D 8008

01.3669 282 001 #
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

PRÜFUNGSVERBAND DER KLEIN- UND MITTELSTÄNDISCHEN GENOSSENSCHAFTEN

Neue Genossenschaften braucht das Land

Seit August 1995 gibt es in Berlin einen neuen genossenschaftlichen Prüfungsverband. Zu den Arbeitsschwerpunkten und arbeitsmarktpolitischen Intentionen des neuen Verbandes befragten wir die Geschäftsführerin Angelika Noss. Das Gespräch führte Elisabeth Voß.

CONTRASTE: *Das Thema Genossenschaften ist ein Schwerpunkt unserer Berichterstattung. Welche neuen Aspekte könnt Ihr als Prüfungsverband dazu einbringen?*

Angelika Noss: Wir sind in der Gemeinschaft der genossenschaftlichen Prüfungsverbände wohl der jüngste, wenn auch bei weitem nicht mehr der kleinste. Unser Prüfgebiet umfaßt die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Hessen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg/Vorpommern. Wir beantragen derzeit auch die Verleihung des Prüfrechts für das Bundesland Thüringen.

Nun gelten ja Genossenschaften oft als schwer zu gründen, und durch rechtliche Prüfungsauflagen gegängelt und kontrolliert. Wie seht Ihr das?

Unser Anspruch richtet sich in erster Linie auf die beratende Prüfung. Der Gesetzgeber hat im Genossenschaftsgesetz gerade diese Beratungstätigkeit als spezifisch für die genossenschaftliche Prüfung verankert hat. Wir sehen unsere Arbeit nicht als repressive Kontrolle der Gruppen, die sich genossenschaftlich organisieren möchten, sondern als Hilfestellung zum Gelingen des jeweiligen Vorhabens. Unsere Mitglieder sind zumeist kleine und mittelgroße Genossenschaften im produktiven und Wohnungsbaubereich. Viele der Vorstände arbeiten ehrenamtlich. Die beratende Prüfung verbessert nachhaltig die innere Organisation der Genossenschaft und sichert die Qualifizierung der Geschäftsführung.

Gerade komme ich von einem Gespräch mit einem geplanten Frauenwohnprojekt. Die Frauen dort sind der Meinung, daß allein die Eintragung einer Genossenschaft mindestens 18.000 DM kostet, für sie also garnicht in Frage kommt.

Das läßt sich so pauschal überhaupt nicht sagen. Die Kosten richten sich immer nach dem Aufwand, den wir als Prüfungsverband in jedem Einzelfall haben. Das hängt also auch davon ab, wie umfangreich und kompliziert ein Vorhaben ist, und wie gut eine Gruppe ihre Genossenschaftsgründung selbst vorbereitet. Da läßt sich viel einsparen, und natürlich ist der Preis auch immer Verhandlungssache. Allein an den Kosten des Prüfungsverbands kann eigentlich keine geplante Genossenschaft scheitern.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt Ihr in Eurer Arbeit?

Neben den schon viele Jahrzehnte bestehenden, eher traditionellen Genossenschaften, möchten wir vor allem neue Genossenschaften fördern. Wir unterstützen nachhaltig die Gründung neuer genossenschaftlicher Vorhaben in den Bereichen Industrie, Handwerk, Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften.

Wie verortet Ihr die Rolle von Genossenschaften angesichts des aktuellen gesellschaftlichen Wandels, der als »Ende der Arbeitsgesellschaft« große Bevölkerungsteile existentiell bedroht?

Genossenschaften können – von der Politik unterstützt – einen wesentlichenBeitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten, wie die Geschichte vor allem in wirtschaftlichen Krisensituationen bereits mehrfach gezeigt hat. ...

Fortsetzung auf Seite 11

HEIDELBERG: »WIR SPRÜHN'S AUF JEDE WAND...

... Autonome Zentren braucht das ganze Land«

Diese einem bekannten Schlager nachempfundene Parole war am Musikwagen der »Love your az-Parade« angebracht, die am 12. Dezember durch die Heidelberger Altstadt zog. Jedoch bevor sich der fröhliche und bunte Zug in Bewegung setzte, mußte die Parole überklebt werden. Für die Polizei war es eine Aufforderung zu Straftaten, wohl auch deswegen, weil zum 31.1.1999 das Domizil des Autonomen Zentrums endgültig geräumt werden muß.

Diskussion mit Vertreterinnen der Grün-Alternativen-Liste im AZ: GAL-Fraktionsvorsitzende Barbara Greven-Aschoff, ihre Fraktionskollegin Angelika Scholbeck sowie die AZ-Vertreter Michael Czaszkosz und Matthias Günter (von links).

Foto: Kresin (RNZ)

von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die »Love your az-Parade« hatte also einen ernsten Hintergrund, denn die Stadt Heidelberg hat für das Zentrum keine Alternative parat. Für den 6. Februar 1999 wird deshalb für eine bundesweite Demonstration mobilisiert.

Fünf verschiedene Räumlichkeiten, die sie sich als Alternative vorstellen könnten, hatten AZ-Vertreter der Stadt Heidelberg vorgeschlagen, aber alle kommen aus verschiedenen Gründen nicht in Frage, so Herbert Braun, persönlicher Referent von Oberbürgermeisterin Beate Weber.

Die AZ'ler sind ausgesprochen enttäuscht, denn »die Oberbürgermeisterin hat uns fest versprochen, es werde keine Räumung geben ohne gleichwertigen Ersatz«, so Michael Csaszkosz. Man solle auch bedenken, daß das AZ etwas leiste, was die Stadt mit einem ganzen Heer von Sozial- und Jugendarbeitern nicht könne: »Wir gehören mittlerweile bereits zur gewachsenen Kultur in Heidelberg und füllen eine Lücke aus in einem eminent wichtigen Bereich.« Weit über 1.000 Besucher kommen seit längerem zu den samstäglichen Musik- und Partyveranstaltungen im AZ.

Hinzu kommt ein Wochenbetrieb, der auf unterschiedliche Klientel zugeschnitten ist. So gibt es etwa eine Lesben-Disco, einen Schwulen- und Lesben-Treff, aber auch Probe- und Auftrittsmöglichkeiten für die verschiedensten jungen Bands. In der Volxküche besteht die Möglichkeit, eine günstige Mahlzeit zu bekommen, und das allabendliche AZ-Café ist ein vielgenutzter Treff, schildert AZ'ler Matthias Günther. Und um all das nicht sterben zu lassen, sei es eben unabdingbar, daß das AZ in neuen Räumen weiterwirken könne. Diese Räume müßten dabei nicht unbedingt so groß sein wie bisher, und auch einen Mietanteil sei man bereit zu zahlen. Allerdings müsse ein neues Gebäude relativ zentral liegen, »damit auch alle sicher nach Hause kommen«, – und es müsse darin möglich sein, die bisherige Arbeit fortzusetzen.

Seit über zwei Jahren macht das AZ durch öffentlichkeitswirksame Aktionen immer wieder auf die unhaltbare Situation aufmerksam, in einem Gebäude ein Zentrum zu betreiben, dessen Abriß bevorsteht. Mit dieser »ProAZ«-Kampagne, die mehrere Höhepunkte hatte – zwei bundesweite Demonstrationen, OB-Wahlkampf mit einem eigenen Kandidaten (siehe CONTRASTE Nr. 169), eine »Love your az-Parade«, diverse Infostände, Agit-Prop-Veranstaltungen und Spontandemos – sollte vor allem eins erreicht werden: von der Stadt ein offizielles und verbindliches Angebot adäquater Ersatzräume zu erhalten. Auch die Aktionen verschiedener anderer Gruppen (z. B. des Komitees *»Kein Tag ohne Autonomes Zentrum«*) haben für Aufsehen und weiteren Druck auf die Stadt gesorgt. Zu erwähnen wären noch die Besetzung des Alten Waisenhauses im Oktober 1997 und die Party-Besetzung des Alten Hallenbades unter dem Motto »Test-your-AZ« im November 1998.

Das AZ ist dazu entschlossen, um Ersatzräume solange zu kämpfen, bis es von der Stadt ein offizielles und verbindliches Angebot gibt oder anderweitig Ersatz gefunden werden konnte und mobilisiert für den 6.2.1999 zu einer bundesweiten Demonstration für ein neues, selbstverwaltetes Zentrum in Heidelberg (12 Uhr, »Bauhaus« Heidelberg).●

VOM ABO ZUR VEREINSMITGLIEDSCHAFT IM CONTRASTE E.V.

Werdet Mitglied im CONTRASTE e.V. !

Dreizehn Abonnements konnten seit unserem Aufruf in der November-Ausgabe in Fördermitgliedschaften umgewandelt werden. Das ist ein erster Schritt zur Stabilisierung der ökonomischen Lage der CONTRASTE. Bis zum Erreichen unseres Ziels, die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu füllen, ist jedoch noch ein weiter Weg (aktuelle Statistik siehe unten): Auch über Spenden würden wir uns freuen, unsere Kontoverbindung: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 614 12, Kto-Nr. 64076. Auf Wunsch schicken wir gerne eine Spendenbescheinigung.

von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Eine Analyse unserer Abodaten der letzten drei Jahre ergibt, daß trotz erfreulicher Neuzugänge dennoch nur die Abostatistik bereinigt wird. Offensichtlich müssen wir uns darauf einrichten in der »alternativen Marktnische« zu überleben. Die Kostenstruktur der CONTRASTE macht das Überleben aber schwierig – trotz ehrenamtlicher Struktur. Die Kosten für die Herstellung, Layout, Druck und Vertrieb, Büro, Telefon, Porto etc. für die Zeitung übersteigen die jährlichen Einnahmen um ca. 10.000 DM. Seit dem Erscheinen der BUNTEN SEITEN in Buchform haben wir diese Deckungslücke verkleinern können, jedoch bedeutet das für uns noch einmal zusätzlichen Arbeitsaufwand – natürlich unter Lohnverzicht.

Aus den vergangenen Jahren schleppen wir noch 30.000 DM an Schulden mit uns herum, die wir hoffen durch Eure Spenden und eine Schenkungs- und Leihgemeinschaft tilgen zu können (siehe auch CONTRASTE-Intern, Nr. 169).

Betriebswirtschaftlich gesehen, könnte uns nur eine Preiserhöhung des Jahresabonnements auf 120 DM vor der drohenden Pleite retten. Oder ein sprunghafter Anstieg unserer Abozahl um mindestens 300 Exemplare. Ersteres können wir wahrscheinlich nicht ohne Verluste durchführen. Einen Abosprung in dieser Höhe können wir uns nur wünschen – unsere Erfahrung läßt diese Erwartung garnicht erst aufkommen.

So bleibt uns nur ein Weg – der Aufruf an unsere AbonnentInnen freiwillig mehr zu bezahlen durch einen Beitritt in den CONTRASTE e.V., den Herausgeber der Zeitung. Mitglieder bekommen CONTRASTE im Rahmen ihrer Mitgiedschaft kostenlos zugeschickt. Betriebe und Institutionen, die dem Verein beitreten, erhalten auf Wunsch auch mehrere Exemplare.

Um unser Ziel zu erreichen, steht weitere Arbeit an, wenn wir alle AbonnentInnen mit der Bitte um Eintritt in den Verein anschreiben müssen – auch die Deutsche Post AG würde sich über unsere Briefaktion freuen. Darum die Bitte an Euch: füllt den untenstehenden Coupon aus und schickt oder faxt uns diesen zu. Diese Bitte geht auch an diejenigen, die sich einen Beitritt nicht leisten können – ein Kästchen zum ankreuzen ist vorgesehen. Ihr könnt uns auch kurz telefonisch (möglichst unter Angabe Eurer Abonummer auf dem Adressenaufkleber) benachrichtigen (Tel. 0 62 21 – 16 24 67). Durch Eure Mithilfe können wir zusätzliche Arbeit und Kosten sparen.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KLEINE STATISTIK:

Wir sind unserem Ziel, CONTRASTE aus dem Dilemma, jährlich ein Finanzloch von 10.000 DM zu stopfen, ein Stück näher gekommen. Weitere fünf Abonnenten haben sich dazu entschlossen, ihre Abos zu kündigen und dem CONTRASTE e.V. beizutreten. Wir bedanken uns für die Unterstützung bei folgenden neuen Vereinsmitgliedern:

● Jürgen Podlutzky, Wiesbaden
● Volker Best, Bamberg
● Michael Graf, Österreich
● Wilfried Schwarz, Berlin
● Helmuth Jakob, Waddewitz

Zusätzlich konnten wir ein neues Fördermitglied gewinnen:

● Ilona Hopp, Berlin

Spenden bekamen wir von:

● Tiedeke Heilmann (70 DM)

und

● Evelyn Pfister, Mainz (10 DM)

Neue Abos, eines davon aus einer WG, die schon ein Abo hat, daß wir für eines unserer zahlreichen Knastabos verwenden können, machen einen Mehrbetrag von 1.200 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 1.658 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Ein Betrieb in Freiburg gibt auf, ein soziokulturelles Zentrum in Kassel liest CONTRASTE schon längere Zeit nicht mehr, eine Abonnentin zieht ins Ausland und bei anderen sind die Finanzen mehr als knapp. Das ergibt Mindereinnahmen von 560 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 1.098 DM. Bis zum Erreichen unseres Zieles, zumindest zukünftig die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu schließen, fehlen uns noch **8.504 DM**. Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

EIN VERANSTALTUNGSBERICHT: DIE ANTHROPOSOPHIE RUDOLF STEINERS

»Von Wurzelrassen, Erzengeln und Volksgeistern«

Trier (gk) Die Anthroposophen glänzen mit Krankenhäusern, biologisch-dynamischen Landwirtschaften, Arzneimittelbetrieben, Behinderteneinrichtungen, Kunsthochschulen, Geldinstituten und weiteren mit ihrer Weltanschauung durchdrungenen Großbetrieben. Kurz: Die Anthroposophie scheint ein Staat im Staat. Rolf Schwendter schrieb einmal, daß sie bisher die Einzigen seien, die einen alles umfassenden alternativen Gesellschaftsentwurf realisiert hätten. Die Frage bleibt nur, zu wessen Wohl? Die bisherigen Anstrengungen der KritikerInnen scheinen erfolglos und die Steineranhänger stellen sich erst gar nicht der Kritik. Schaut mensch sich allerdings das Theoriengebäude etwas näher an, so kann es schon verwundern, daß die Menschen derlei einfach hinnehmen. Eine vom Dörrwies e.V. Morbach, dem FauST e.V. Trier in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland Pfalz durchgeführte Veranstaltung am 19. November 1998 in Trier offenbarte die dunkle Seite der Anthroposophie:

Von Thomas Geisen ● Bei vielen Kritikerinnen und Kritikern des staatlichen Schulwesens stehen z.B. die Waldorfschulen hoch im Kurs, stellen sie doch eine der wenigen Alternativen dar, in denen reformpädagogische Konzepte praktiziert werden. Begründer der Anthroposophie war Rudolf Steiner, der mit seinen Schriften die religiös-weltanschaulischen Grundlagen lieferte, die auch heute noch für Anthroposophen ihre Gültigkeit haben.

»Die Anthroposophie ist etwa 100 Jahre alt und stellt ein komplexes Gedankengebäude dar«, erläuterte der Münchner Journalist und Redakteur *Peter Bierl* der Zeitschrift *ÖkoLinX*, für den die Anthroposophie keine Geisteswissenschaft ist, wie es dem Selbstverständnis ihrer Anhänger entspricht, sondern eine Religionsgemeinschaft. Sie stehe in der Tradition der Gnostik und bestehe aus hinduistischen und christlichen Versatzstücken. Zu den zentralen Elementen des anthroposophischen Glaubens gehöre die Lehre von Karma und Wiedergeburt.

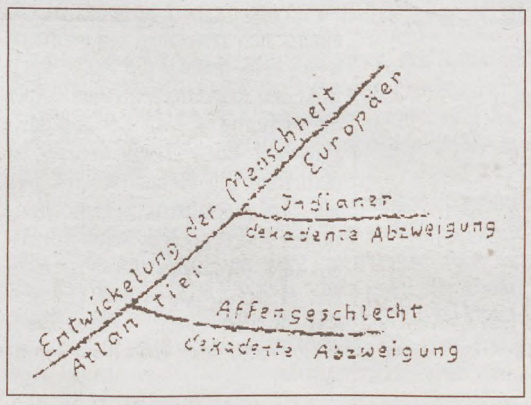
Bierl war auf Einladung der beiden Vereine *»Dörrwies e. V.«* und *»FauST e. V«*, die die Veranstaltung mit dem Titel »Von Wurzelrassen, Erzengeln und Volksgeistern – die Anthroposophie Rudolf Steiners« in Zusammenarbeit mit der *»Heinrich Böll Stiftung RLP«* und *»anders lernen e.V. RLP«* durchführten, nach Trier in die TUFA gekommen. Es ging an diesem Abend nicht so sehr darum sich mit der Anthropophie als solcher zu beschäftigen, sondern mit den rassistischen und antisemitischen Elementen in den Schriften und Lehren ihres Gründers. Markantes Beispiel ist die Lehre von den sogenannten »Wurzelrassen". In seiner Evolutionsgeschichte teilt Steiner die Menschheit in verschiedene Rassen ein, die nach einem hierarchischen Prinzip geordnet sind. Für Bierl sind »die Arier in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts eine von vielen völkischen Gruppen, die an einem Antisemitismus mitgearbeitet haben, der weit über den Nationalsozialismus hinausreichte«.

Da die von Steiner gelegten Grundlagen auch heute noch gültig sind und auch keiner Revision unterzogen wurden, bezieht Bierl klar Position: »Die Anthroposophie ist keine Wissenschaft, sie ist prinzipiell irrational, elitär und hierarchisch.« Die ideologischen Elemente der Anthroposophie, vor allem die Lehre von der Wiedergeburt (Karma) und die »Wurzelrassen]ehre", dienen nach Auffassung von Bierl dazu, politische und soziale Ungerechtigkeit zu legitimieren.

Auf die Frage allerdings in welchem konkreten Ausmaß die Ideologie Steiners und besonders seine Wurzelrassenlehre noch bei Anthroposophen eine Rolle spiele, konnte Bierl keine Antwort geben, denn Untersuchungen hierüber lägen nicht vor. Klar sei allerdings, aß die Einrichtungen, insbesondere auch die Schulen, nach anthroposophischen Grundsätzen geführt und die Anthroposophen Steiners Lehren weiterhin rezipieren würden. Vieles davon fließt auch heute noch in den Unterricht an den Waldorfschulen ein, wie Bierl anhand von Einzelbeispielen belegte.

Im Anschluß an den Vortrag entspann sich eine Diskussion, in der Peter Bierls Argumente und Positionen heftig kritisiert wurden. Es wurde ihm auch vorgeworfen aus dem Zusammenhang heraus zu zitieren oder gar Steiner falsche Zitate unterzuschieben, Doch keiner der Kritiker nahm Peter Bierls Angebot an, ihm sämtliche Zitate und Quellenangaben in schriftlicher Form zuzuschicken, damit sie selbst in Steiners Schriften die Richtigkeit seiner Argumentationen nachprüfen könnten.●

Nach der anschließenden Diskussion kam ein Zuhörer zum Referenten und bestätigte die Aussagen zur Waldorfschule. Er ist Schüler der Trierer Waldorfschule und übte harte Kritik an diesem Schultyp.



»Beide Völker haben denselben Ursprung, beide stammen von der Bevölkerung der Atlantis ab, die einen monotheistischen Glauben besaß, entsprungen aus einem geistigen Hellsehen.

Aber die Europäer sind zu einer höheren Kulturstufe hinaufgestiegen, während die Indianer stehengeblieben und dadurch in Dekadenz gekommen sind.

*Diesen Entwickelungsvorgang muß man immer beachten. Er läßt sich darstellen wie **folgt**. Im Laufe der Jahrtausende verändert sich unser Planet, und diese Veränderung bedingt auch eine Entwickelung der Menschheit. Die Seitenzweige, die nicht mehr in die Verhältnisse hineinpassen, werden dekadent. Wir haben also einen geraden Entwickelungsstamm und abgehende Seitenzweige, die verfallen (siehe Zeichnung)*

Quelle: Rudolf Steiner, Vortrag am 22. 11. 1907 in Basel, in.- GA Bd. 100, Menschheitsentwicklung und Christus-Erkenntnis, S. 245

Auszug aus der Lehrer-Konferenzen der Waldorfschulen von 1919 bis 1924

»Diese Anschauungen (Steiner's, G.K.), die gehen natürlich aus einer spirituellen Betrachtung der europäischen Geschichte klar hervor. Man hat es zu tun bei dem französischen Wesen mit dem ersten Vortrupp des untergehenden Römertums, der untergehenden romanischen Völker Europas. Natürlich ist das spanische und italienische Element etwas lebensfähiger als das französische. Das französische ist das am wenigsten lebensfähige Element unter der romanischen Bevölkerung Europas.

Nun ist nicht zum wenigsten diese ganze Dekadenzerscheinung innerhalb der französischen Volkskultur an der Sprache deutlich bemerkbar. Die französische Sprache ist unter den Sprachen, die in Europa zunächst gelernt werden können, diejenige, wenn man es so ausdrücken darf, die die Seele des Menschen am meisten an die Oberfläche, an die äußerlichste Oberfläche des menschlichen Wesens treibt.

Sie wäre diejenige, in der man, wenn ich mich paradox aussprechen darf, in der ehrlichsten Weise am leichtesten lügen kann. Sie eignet sich am leichtesten dazu, daß man in der unbefangensten, ehrlichsten Weise am meisten lügen kann, weil sie keine rechte Verbindung mehr hat mit der Innerlichkeit des Menschen. Sie wird ganz an der Oberfläche des Menschen gesprochen.

Davon hat auch die französische Sprache und damit das französische Wesen die seelische Haltung. Die seelische Haltung ist eine solche, daß die Seele von der französischen Sprache kommandiert wird. Während beim Deutschen das der Fall ist, daß die Seele in der Gewalt des Willenselementes hat die innerlich Konfiguration der Sprache, die plastische Ausgestaltung des Sprachwesens, ist die französische Sprache etwas im Moment des Aussprechens Erstarrendes, und sie kommandiert. Sie ist eine die Seele vergewaltigende Sprache, und damit begründet sie dasjenige, was die Seele zur Hohlheit führt, so daß die französische Kultur gerade unter dem Einfluß der französischen Sprache eine aushöhlende ist. Wer ein Gefühl für solche Dinge hat, der kann es immer empfinden, wie eigentlich wirklich keine Seele spricht aus dem französischen Wesen, sondern eine erstarrte Formalkultur spricht. Der Unterschied ist der, daß man eigentlich im Französischen angewiesen ist, sich von der Sprache kommandieren zu lassen. Jene unendliche Freiheit, die man im Deutschen hat, und die man in Anspruch nehmen sollte, mehr als es getan wird, daß man das Subjekt an jede beliebige Stelle setzen könnte, je nach dem inneren Leben, die hat man im Französischen nicht.«

Quelle: Rudolf Steiner, Konferenzen, Rudolf Steiner Verlag Dornach/Schweiz 1975

WANDERAUSSTELLUNG ERÖFFNET

Im November 1998 wurde in Graz die Wanderausstellung »Sogenannte Sekten. Autoritäre Strömungen und präventive Alternativen« mit ihren 28 Schautafeln eröffnet. Die Ausstellung geht auf das Phänomen autoritärer Religiosität ein. Der Begriff autoritäre Religiösität wurde vom Psychoanalytiker *Erich Fromm* geprägt, der seinerseits vor den Nazis flüchten mußte. Die demokratische Gesellschaft ist durch die Verbreitung einer autoritären religiösen Haltung bedroht, die sich durch Guru- oder Führergläubigkeit, blinden Gehorsam, Verlust des kritischen Denkens und anti-emanzipatorische Denkmuster auszeichnet. Diese Haltung findet sich bei vielen sogenannten Sekten, im Satanismus und Fundamentalismus religiöser und politischer Prägung, aber auch bei einzelnen esoterischen Gruppen. Deutlich wird dieses religiös-autoritäre Konzept in einzelnen Teilbereichen des Nationalsozialismus, auf den die Ausstellung immmer wieder hinweist. Bewußt gemacht werden sollen die Strukturen und das Umfeld autoritärer Religiosität und des rechtsextremen Okkultismus, deshalb wird bei diesem Konzept weitgehend auf die Nennung konkreter Organisations- und Gruppennamen verzichtet. Der letzte Teil der Ausstellung ist präventiven Alternativen gewidmet und geht der Frage nach, was gegen die Aushöhlung demokratischen Bewußtseins getan werden kann.

An der Aussstellung wirkten u.a. Historiker, die Kulturvermittlung Steiermark, der ESO-Informationsdienst Steiermark, die Jugendinfo LOGO und die Arge Jugend gegen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus mit. Schulen wird sie gratis zur Verfügung gestellt, der Transport muß allerdings organisiert oder bezahlt werden.●

Roman Schweidlenka

Kontakt: Kulturvermittlung Steiermark, Wielandg. 9, A-8010 Graz, Tel. 0043-316-81 69 75, Fax 81 53 97

REZENSION

»Ich lobe das Wort«

Die Medien- und Verlagswerkstatt *»Querblick«* (jetzt: *»SchriftBild Medien«*), bekannt für die Herausgabe und den Verleih kritischer, sozialer und gesellschaftspolitischer Videos, hat sich mit »Ich lobe das Wort« an ein heikles Thema gewagt und, wie mir dünkt, einen korrekten und sensiblen Film in ihr Programm aufgenommen. Das Produkt von *Edgar Kloss* und *Rolf Staeger Piwowar*, nach dem Buch von *Paul Albert Wagemann*, beschäftigt sich und den Zuschauer mit den Waldorfschulen. Am Beispiel von drei Schulen, die auf der Grundlage von *Rudolf Steiners* Anthroposophie lehren und lernen, werden den ZuschauerInnen durch das einfühlsame Nebeneinanderstellen von BefürworterInnen, KritikerInnen und Unterrichtsbeispielen Bilder vor Augen geführt, die oft mehr aussagen als seitenlange Zeitungsartikel.

Durch das Zu-Wort-Kommen-Lassen von LehrerInnen, ehemaligen Waldorfpädagogen, SchülerInnen und kompetenten KritikerInnen wird ein ausgeglichenes pro und contra möglich. Der Waldorfpädagoge *Ziegert* begleitet den Film bis zum Ende und offenbart durch seine Kommentare die Notwenigkeit des kritischen Ansatzes der Filmemacher. Der evangelische Theologe *Thomas Gandow* und der Pädagogikprofessor *Klaus Prange* erläutern aus ihrer Sicht die negativen Aspekte der Waldorfpädagogik und der dahinter stehenden Anthroposophie.

Eine ehemalige SchülerInnenmutter bezeichnet den Kunstunterricht als entindividualisiernd, welches von einer ehemaligen Schülerin bestätigt wird. In überzeugender, weil nachvollziehbarer Weise wird durch *Charlotte Rudolph* klar, daß das vorgegebene Ziel der Waldorfschulen, die Erziehung zur Individualität nicht nur nicht erreicht wird, sondern, daß SchülerInnen durch den Unterricht an den Waldorfschulen außer Stande sind individuelle Kunstformen zu entwickeln. Verblüfft stellt die Waldorfschülerin fest, daß sie nach dem Waldorfschulbesuch nicht mehr in der Lage war phantasievoll Kunststile zu entwickeln. Überall auf der Welt enstehen ähnliche Formen und Farben mit ähnlichen Materialien, früher wie heute.

Klaus Prange stellt dar, daß sich die Lehre Steiners sehr wohl bedeutsam prägend auf alle Unterrichtfächer und Gegenstände auswirke und die Waldorfschule so etwas wie eine Kaderschulung der Anthroposophen darstelle. Eine »eingeschränkte Kreativität« und Lehrmethoden wie in der »schwarzen Pädagogik« bescheinigt der ehemalige Waldorflehrer *Norbert Biermann* der von den Anthroposophen so genannten »Erziehung zur Freiheit«. Der Theologe zitiert Steiner im übertragenen Sinne: »Kinder seien wie Mehlsäcke, entsprechend müsse man sie beeindrucken«.

Der Film zeigt in aller Deutlichkeit die Antiquiertheit der Waldorfschulen, die Entwirklichung durch weltfremdes Unterrichten und die Erziehung zur Auroritätshörigkeit. Er zeigt auch, daß die Dementis der Anthroposophen, ihre Lehre sei keine okkulte und schon gar nicht rassistisch, nicht haltbar sind.

Sicher kann mit diesem Film deutlich werden, daß mitten in einer sich emanzipierenden Gesellschaft Kräfte geschult werden sollen, die antiaufklärerisch okkulte Eliten durch indirekte Indoktrination hervorbringen sollen.●

Gerhard Kern

»Ich lobe das Wort« von Harriet Kloss, JSW Medien, Berlin. BRD 1994, 51 Minuten.
Verleih DM 50,– Fr 45,– öS 375,Vertrieb DM 269,– Fr 242,– öS 2.015, bei SchriftBild Medien, Maurershorn 18, D-78479 Reichenau, Tel. (0 75 34) 99 89 51, Fax 99 89 52

AUFRUF:

Wer braucht den Männerrundbrief ?

Die Männerrundbrief (MRB)-Redaktion aus Hamburg hat ihre Arbeit am MRB eingestellt. In ihrem letzten MRB Nr. 11 im Juli 1998 sind die Gründe dafür nachlesbar. Nach längerer Auseinandersetzung haben wir uns nun entschlossen, den MRB weiter zu machen.

Wir, das sind Männer aus verschiedenen autonomen Zusammenhängen aus Münster, die alle Interesse, aber nicht total viel Zeit und Kraft für dieses Projekt haben. Deswegen werden wir auch erstmal nur eine Ausgabe machen und uns dann entschließen, ob wir weiter machen oder nicht.

Diese Ausgabe könnte im Februar/März 1999 erscheinen und den Titel haben: *Wer braucht den Männerrundbrief? – Eindrücke der linksradikalen Männerbewegung*. Der Schwerpunkt ist also orientiert an der Realität der Auseinandersetzung von Männern in der Szene. Wir begreifen das Ganze auch als eine Art Test, einmal, um besser einschätzen zu können, was es uns tatsächlich an Nerv, Auseinandersetzung und Energie kostet, eine Ausgabe zu gestalten und herzustellen, andererseits, um herauszufinden, was euch denn an einer solchen Zeitschrift liegt, in der Auseinandersetzungen geführt werden können, ein bundesweiter Austausch über Standpunkte, Aktionen, Theorien und Lebensrealitäten stattfinden könnte, die die Möglichkeit bieten kann, neue Anstöße zu bekommen und sich weiter zu entwickeln. Also: Welchen Sinn es hat, in diesen Zeiten den MRB aufrechtzuerhalten und neu zu gestalten? Auch gemessen an euren Reaktionen auf diesen Artikel werden wir uns die Frage stellen müssen, ob wir unsere Kraft nicht sinnvoller einsetzen können.

Wir freuen uns über Reaktionen, über Artikel zum Schwerpunkt, oder was ihr sonst im MRB veröffentlichen wollt, über Anerkennung, über Kritik, über Bestellungen, Abowünsche und Spenden (bar, Scheck oder Briefmarken).●

Redaktion Männerrundbrief, c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, D-48153 Münster

EXISTENZGELD:

Die Entkopplung von Arbeitszeit und Einkommen

Die Forderung nach einem arbeitsmarktunabhängigen Existenzgeld ist wie die Klingel im Pawlowschen Versuch: Während sich der »gesunde Menschenverstand« darüber erregt, daß »die Faulen dann genauso viel verdienen wie die, die arbeiten gehen«, verwirft der durchschnittliche Linksradikale die Forderung als reformistische Systemkosmetik. Worin sich beides trifft, ist das Verlangen nach Eindeutigkeit: Die einen verteidigen deutsche Arbeitsethik, nach der nur anständig bleibt, wer malocht, die anderen ein politisches Reinheitsgebot, nach dem die radikale Kritik der Verhältnisse über allem anderen steht.

von Raul Zelik

Keine Arbeit, gute Laune

Dabei lassen sich manche Mißverständnisse leicht aus dem Weg räumen, wenn man die Geschichte der Existenzgeld-Forderung nachzeichnet.

Wie *Michael Bättig* von der *Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg* (ALSO) aufzeigt, wurde die Forderung auf dem Bundeskongreß der Erwerbsloseninitiativen 1982 keineswegs in sozialreformerischer Absicht entwickelt. Sie entstand in Abgrenzung zu den gewerkschaftlichen Konzepten der »Arbeit für alle«, weil »Arbeit unter den herrschenden Bedingungen bedeutet, überflüssigen Unsinn zu produzieren und sowohl die innere wie die äußere Natur des Menschen zu zerstören. Dagegen wurde ein Existenzrecht unabhängig von Lohnarbeit eingeklagt: 'Dem Leben für das Kapital setzen wir das Leben für uns, der Destruktion durch das Kapital die Sabotage, der Arbeit die Identität der Nicht-Arbeit entgegen.'« (0)

So verstanden die Erwerbsloseninitiativen die Existenzgeldforderung als Angriff auf die Armutskontrolle im keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Anders als die Sozialhilfe sollte das Existenzgeld nicht von der Bürokratie zugeteilt werden und nicht mit dem Zwang, zu arbeiten bzw. sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, gekoppelt sein. Außerdem propagierten die Initiativen direkte Aktionen wie »Selbstbedienung in Supermärkten oder am Arbeitsplatz, Nulltarifaktionen..., eigenständige Mietkürzungen und Stromklau« und zielten strategisch auf »die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen und mehr Gleichwertigkeit zwischen Lohn- und Haus-, bzw. Reproduktionsarbeit« (1) ab. Es ging also um »eine praktische Aneignungsbewegung« von unten und somit letztlich um »bessere Voraussetzungen für eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft« (Bättig).

Damit gehörte die Forderung Anfang der 80er Jahre zu den radikaleren Positionen in der Linken. Während DKP und K-Gruppen Vollbeschäftigung forderten und einen protestantisch-staatssozialistischen Arbeitsbegriff verteidigten, in dem Produktions- und Lohnarbeit als das Maß der Dinge galten, hinterfragten die operaistisch (2) beeinflußten JobberInnen und Erwerbslosen die bedingungslose Unterwerfung unter das Kapital. Das war nicht nur klug, weil es mit einem Leistungsethos brach, das historisch eng mit bürgerlicher, kapitalistischer und patriarchaler Herrschaft verwoben ist, sondern auch, weil es eine unmittelbare Perspektive radikaler Umwälzung aufzeigte. Dahinter stand die von der Linken in den 60ern und 70ern gewonnene Erkenntnis, daß Unterdrückung nicht nur vom Staat und den existierenden Eigentumsverhältnissen, sondern auch von Arbeits- und Lebensorganisationen ausgeht, in denen sich gesellschaftliche Machtverhältnisse verfestigen und reproduzieren. Schließlich unterschied dies die Neue Linke wesentlich von den StaatssozialistInnen. Sie begriff, daß fordistische Fabrikarbeit auch unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen entfremdet bleibt. Antikapitalistischer Kampf durfte deshalb nicht auf revolutionäre Machtübernahme und etatistische Vergesellschaftungsmodelle beschränkt werden. Er drückt sich vor allem in der Aneignung des eigenen Lebens noch unter bestehenden Verhältnissen aus. Genau in diesem Prozeß der Rückeroberung formt sich eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweist.

Keine Arbeit, schlechte Laune

Ende der 80er/ Anfang der 90er Jahre verwandelte sich der Kontext der Existenzgeld-Forderung.

Das Gerede von irgendwelchen Jobwundern im Dienstleistungssektor konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklung der Arbeitslosenrate nichts mehr mit Konjunkturlagen zu tun hat. Die Erwerbsloseninitiative »Glückliche Arbeitslose« beschreibt den existierenden Zustand in ihrem Manifest ganz richtig: »Läuft der Betrieb schlecht, dann wird entlassen, läuft er gut, dann wird in Automatisation investiert und auch entlassen.« (3) Das heißt, das keynesianische Vollbeschäftigungsversprechen wird nicht wieder eingelöst werden, die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Jahren weltweit weiter zunehmen. Zudem gerät das existierende Modell von Armutsverwaltung und Sozialbürokratie auch ideologisch unter Druck. Der neoliberale Diskurs vom »schlanken Staat« verlangt den größtmöglichen Abbau von Arbeitsplätzen in Verwaltung und öffentlichem Dienst – von der Polizei einmal abgesehen.

So drängt sich den politischen Eliten in doppelter Weise ein Umbau des Sozialstaats auf: Ein Sozialsystem kann nicht mehr von Vollbeschäftigung ausgehen, und die aufwendige Wohlfahrtsbürokratie muß durch ein effizienteres Modell abgelöst werden. Auf diese Weise haben sich selbst Marktliberale dem Grundsicherungsmodell genähert, allerdings – wie nicht anders zu erwarten war – unter ganz anderem Vorzeichen. Die FDP schlägt ein Bürgergeld vor, das einer negativen Einkommenssteuer entsprechen würde und vor allem die Funktion besitzen soll, Niedriglöhne zu subventionieren (4): Wenn das Einkommen durch Arbeit nicht mehr reicht, zahlt der Staat das, was das Kapital nicht aufbringen will – eine lustige Variante des Liberalismus.

Währenddessen begreifen die SozialreformerInnen bei Grünen und PDS die Existenzgeldforderung vor allem als sozialtechnologisches Problem. Die Grünen wollen 800 DM monatlich einführen, die PDS spricht von 50% des Durchschnittseinkommens, also von ca. 1.400 DM, aber bei beiden geht die Debatte nur um Höhe und Finanzierbarkeit der Zahlungen. Das ist ganz sicher kein Zufall, schließlich besteht die wesentliche Aufgabe des Parlamentarismus darin, bürgerliche Herrschaft und Besitzverhältnisse zu stabilisieren (5). Wer sich auf diese Spielregeln einläßt, darf sich nicht wundern, wenn emanzipatorische Vorstellungen verloren gehen. Die Grundsicherungsdebatte der Parteien verbreitet Nebelschwaden, die den Blick auf die Essenz der Existenzgeldforderung verstellen.

Aber auch bei den Erwerbsloseninitiativen hat sich die Existenzgeldforderung nach 82 verändert. Bättig erklärt, daß sich die *Arbeitsloseninitiative Oldenburg*, die diese Debatte intensiv geführt hat, schon bald von der Vorstellung von »Arbeitslosigkeit als Chance« verabschiedet habe. »Arbeit, gerade unter kapitalistischen Verhältnissen, ist nicht nur Mehrwertproduktion und Ausbeutung, sie stellt ebenso die einzig allgemein akzeptierte Vergesellschaftungsform dar«, schreibt die ALSO schon 1985 (6). Arbeitslosigkeit wird als Ausschluß aus der Gesellschaft und den »Zentren der sozialökonomischen Macht« (Bättig) verstanden. Zuletzt bleibe doch wieder nur eine unsichere Perspektive als JobberIn und prekär Beschäftigte/r.

Selbst gemachte Schuhe

Der »Kampf gegen die Arbeit« ist spätestens Ende der 80er an eine Grenze geraten. Sicherlich ist richtig, daß Arbeitszentrierung und Leistungsethos Phänomene der bürgerlichen Gesellschaft sind, die es aufzuheben gilt. Und auch den *»Glücklichen Arbeitslosen«* läßt sich kaum widersprechen, die mit ihrem u.a. in der taz nachgedruckten Manifest in den letzten Monaten einiges Aufsehen erregt haben, und die davon ausgehen, daß das grundlegende Problem der prekär Beschäftigten und Erwerbslosen nicht in der Arbeits-, sondern in der Geldlosigkeit bestehe. Die Frage ist nur, ob der »Kampf gegen die Arbeit« – wie er in den 80ern entworfen wurde – eine politische Perspektive aufzeigen kann. Im Manifest der *»Glücklichen Arbeitslosen«* wird deutlich, welche Probleme diese Strategie birgt: Die Ausgrenzung aus der Arbeitswelt wird positiv gewendet und vorkapitalistische Formen moralischer Ökonomie werden als Ausweg präsentiert. Das führt in dem Manifest zu der absurden These, die Überlebenswirtschaft afrikanischer Sippen könne als positives Beispiel dienen, um dem kapitalistischen Arbeits- und Erwerbsterror zu entkommen: »Es ist unmöglich, in Afrika zu leben, ohne einer Gruppe, einer Sippe, einem Freundeskreis anzugehören. Innerhalb jedes dieser Netze wird das Geld durch ein genau festgesetztes System von Geschenken, Spenden, Anlagen, Darlehen und Rückzahlungen in eine permanente Zirkulation gesetzt. Da die Möglichkeiten, eine größere Summe zu erhalten, in der Familie angehäuft sind, kann sie jederzeit über eine Geldmenge verfügen, die ohne Vergleich mit ihren kargen Ressourcen ist. Zudem ist dieser Geldverkehr nur ein Teil jener »Ökonomie der Gegenseitigkeit«, neben dem Austausch von Reparatur-, Pflege- und Installationsleistungen, selbstangefertigten Schuhen und Klamotten, kollektiv gekochtem Essen, Metall-Verarbeitung, Tischlerei, Erziehung und Gesundheitswesen, die Feten nicht zu vergessen, die die Gruppen zusammenhalten.« (7)

Die *»Glücklichen Arbeitslosen«* sagen nicht so richtig, was sie mit diesem Verweis meinen; sie sprechen von einem sich öffnenden »experimentellen Feld, das wir die Suche nach unklaren Ressourcen nennen«. Aber die Richtung ist klar: Der Kapitalismus soll überwunden werden, in dem man ihn einfach verläßt. Das alte Übel linksalternativer und autonomer Nischenpolitik kehrt in neuem Gewand zurück. *Andreas Benl* hat in der *jungle world* (Februar 98) für diese Strategie die schönen Worte »arm, aber glücklich« gefunden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

In Wirklichkeit ist die Flucht...

... in alternative Subsistenzbereiche das genaue Gegenteil einer antikapitalistischen Strategie. Sie führt zur Selbstausbeutung in prekären Arbeitsverhältnissen und ist völlig kompatibel mit der kapitalistischen Tendenz, immer mehr Menschen aus dem Verwertungsprozeß auszuschließen. Die von den Erwerbsloseninis der 80er entworfene Aneignungsbewegung – den Reichtum im Kapitalismus direkt und kollektiv zu vergesellschaften – wird damit ad absurdum geführt. Aber nicht nur die offene Flanke zum Subsistenz-Diskurs, auch ein rein taktisches Argument spricht gegen die Parole »Kampf der Arbeit«. Diese entstand zwar in Abgrenzung zum damals noch halboffiziellen Vollbeschäftigungsdiskurs der Gewerkschaften, beinhaltete aber die Tendenz, zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten zu polarisieren. Was als Widerstand gegen Gewerkschaftsapparate richtig ist, kann andererseits zu einer völlig unproduktiven Auseinandersetzung mit dem »senso comune« in der Bevölkerung führen. Für viele MalocherInnen stellt nämlich Lohnarbeit – wenn sie nicht völlig verblödet ist – etwas durchaus Positives dar: soziale Kontakte, Weiterbildung, Anerkennung – eben »die einzig allgemein akzeptierte Vergesellschaftungsform«. Es ist relativ elitär, diese Einstellung von vornherein als »entfremdetes Bewußtsein« zu verurteilen.

Letztlich muß ein erfolgversprechender, sozialrevolutionärer Ansatz darum bemüht sein, das Recht auf Arbeit mit dem Recht auf Faulheit zu versöhnen. Alle diese Wünsche, die nach sinnvoller Tätigkeit – und zwar nicht erst in ferner Zukunft –, arbeitsmarktunabhängigem Einkommen und dem Recht auf Faulheit, sind unmittelbare Bedürfnisse, die der kapitalistischen Gesellschaft notwendig entspringen und sie gleichzeitig zu sprengen drohen.

Das Kapital ist nicht nur der Faulheit, sondern auch der Arbeit gegenüber ein höchst widersprüchliches Verhältnis: Kapital entsteht durch Arbeit und tendiert gleichzeitig dazu, sie abzuschaffen. Es eignet sich die menschliche Kreativität an und negiert sie genau dadurch permanent. Es kapitalisiert die »Freizeit« in einer gewaltigen Wachstumsbranche, läßt aber Faulheit als unerträgliches Laster erscheinen.

Für die *ALSO* folgte daraus, die ursprünglich konträr diskutierten Bedürfnisse nach Arbeit und Faulheit in eine gemeinsame Debatte einzubringen. Bättig bezeichnet dies als Diskussion um einen Gesellschaftsvertrag »von unten«. Mit diesem Begriff, »Gesellschafts-« bzw. »Geschlechtervertrag«, bezeichnen gramscianisch beeinflußte TheoretikerInnen wie *Frigga Haugg* eine gesellschaftliche Debatte, mit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse jenseits des Kapitalismus thematisiert werden können. Ziel ist nicht eine mit Staat und Kapital neu auszuhandelnde Herrschaftsregulation, sondern eine Verständigung der Subalternen über kollektive Kampfziele.

In den 1992 von der *Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen* formulierten »13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten« werden vier Punkte für eine solche Debatte vorgegeben:

»1) eine existentielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne Zwang zur Arbeit; 2) eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können; 3) eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Menschen und 4) die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung.«

Zwei Stück Kuchen

Als Hauptargument gegen die Existenzgeldforderung wird fast immer der Reformismusvorwurf aus dem Sack geholt. Es wird – nicht zu Unrecht – eingewendet, daß sich Forderungen, selbst wenn sie gesellschaftliche Debatten von unten in Gang bringen sollen, letztlich immer an den Staat richten und in sozialreformerischen Diskussionen aufgehen. Oder wie es das Freiburger *»bündnis gegen arbeit«* formuliert: »Die Grundsicherungsforderung, die von autonomen Gruppen wie *felS* auch in den 90ern erhoben wird, wird sich daraufhin prüfen lassen müssen, ob sie nicht frei nach dem Faustschen Prinzip zwar das Gute will, aber das Schlechte schafft, also der liberalen Bürgergeldvariante ungewollt das Wort redet.« (8) Und etwas fetziger dann im gleichen Heft: »Wenn Arbeitsfetisch und Etatismus erst einmal kritisiert, sowie die Leier von der 'Vermittlung linker Politik' und der 'Radikalisierung' affirmativer Bewegungen als Heimatsehnsucht durchschaut sind, die immer nur nationalen Opportunismus hervorbringen, dann können wir endlich über das Selbstverständliche sprechen. Reden wir über das, was von den Linken allseits kollektiv beschwiegen wird. Reden wir über Kommunismus... Reden wir nicht nur über die Abschaffung der Lohnarbeit, sondern über die Abschaffung der Arbeit überhaupt. Über die soziale Liquidation des Geldes... Über die Abschaffung des Staates und über die Liquidation des Kapitals...«

Spätestens hier wird die Reformismuskritik ebenso großkotzig wie banal. Gesellschaftliche Kritik, die sich darauf beschränkt, daß diesseits der Revolution menschliche Bedürfnisse nicht befriedigt werden können, bleibt steril, setzt gesellschaftlich nichts in Bewegung und besitzt eine seltsame Nähe zu religiösen Heilserwartungen.

Das Problem sozialistischer Politik besteht gerade darin, daß wir heute nicht mehr sagen können, wie eine rea-

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KONFERENZ: ZUR KRITIK DER LOHNARBEITSGESELLSCHAFT

Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung

Vom 18. bis 21.3.1999 planen verschiedene Gruppen eine Konferenz zum Thema in Berlin. Nachfolgend veröffentlichen wir einen Text zum aktuellen Stand der Vorbereitungen und einen kurzen Beitrag zum Thema Existenzgeld aus dem Aufruf der Gruppe F.e.l.S. Der vollständige Aufruf und ein Rundbrief mit weiteren Texten sind bei u.a. Anschrift zu beziehen. Der vorstehende Artikel auf Seite 4 ist einer der Beiträge, die zur vorbereitenden Diskussion veröffentlicht wurden.

Der Stand der Vorbereitung:

Es ist schon absurd: Zum einen wächst die Massenerwerbslosigkeit, weil in den Betrieben immer weniger Arbeit notwendig ist. Zum anderen aber müssen die meisten bei fallenden Löhnen immer länger und intensiver arbeiten, um überhaupt überleben zu können. Feste Anstellungen sind nur noch schwer zu bekommen. Zeitarbeit, Jobs ohne soziale Absicherung und Scheinselbständigkeit bestimmen den größten Teil des Arbeitslebens. Die Zwangsarbeit nimmt zu. SozialhilfeempfängerInnen werden zu quasi unbezahlter Arbeit gezwungen, und auch die nicht-entlohnte Hausarbeit wächst durch die Kürzungen im Kita- und Pflegebereich wieder. Die Arbeit, die also keineswegs dabei ist zu verschwinden, wie manche behaupten, hat in den letzten 25 Jahren ihr Gesicht verwandelt.

Bei vielen Linken in Deutschland hat der Arbeitsbereich in den letzten Jahren nur noch eine untergeordnete Rolle gespielt. Viele haben völlig vergessen, daß Unterdrückung immer damit zu tun hat, wie Arbeit und Reichtümer verteilt werden. Schließlich drücken sich auch Rassismus und Sexismus nicht vorrangig in diskriminierenden Begriffen, sondern vor allem in Herrschaftverhältnissen, z.B. in schlecht (oder gar nicht) bezahlter Arbeit, aus.

Mit dem Arbeitstreffen »Existenzgeld für alle!« wollen wir eine Debatte über den Kampf gegen die Arbeit und die Verwertungslogik des Kapitals anschieben. Aus der Erfahrung der klassenkämpferischen Linken soll diskutiert werden, ob die Forderung nach Existenzgeld eine möglicher Schritt in diese Richtung sein kann. Dabei interessiert es uns nicht, den »Wohlfahrtsstaat« von links zu verteidigen und zu überlegen, welche Arbeitszeitverkürzung wie viele Jobs schaffen würde oder welche Grundsicherung wie finanziert werden kann. Die Forderung nach Existenzgeld soll als eine radikale Aneignung diskutiert werden, wo sich die Interessen von Erwerbslosen, Flüchtlingen, Beschäftigten und Hausfrauen treffen.

Charakter des Kongresses soll mehr der eines Arbeitstreffens sein. Grund dafür waren nicht nur organisatorischen Schwierigkeiten. Angestrebt bleibt der zielgerichtete Austausch verschiedener politischer Spektren, wie Betriebslinke, Jobberinitiativen, unabhängige Arbeitslosengruppen, Antifas und die Teile der Autonomen die sich mehr sozialen Themen zugewandt haben. Die einleitende Podiumsdiskussion am Freitagabend soll den Gegenstand des Arbeitstreffens theoretisch einbetten. Darüberhinaus sollen die obengenannten Themen über den direkten TeilnehmerInnenkreis hinaus in der Öffentlichkeit erscheinen. Der Samstag ist für die Arbeitsguppen reserviert. Bisher stehen Foren zu dem Ende der Vollbeschäftigung, der Rolle von unbezahlter Arbeit, zur Kritik am Wohlfahrtsstaat, zur Existenzgeldforderung sowie zu Prekarisierung und neuer Klassenzusammensetzung fest. Eine Arbeitsgruppe zu Migration, Arbeit und internationaler Arbeitsteilung wäre noch wichtig.

Die Arbeitgruppen sollen sich an gemeinsamen zentralen Fragestellungen, dem Verhältnis von Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung sowie der Position zu Arbeit und Klärung des Arbeitsbegriffs, orientieren. Blickwinkel sollen die praktische Arbeit von Gruppen in realen Kämpfen und Ansätze einer strategischen Neuorientierung sein. Gerade das Zusammentreffen verschiedener Spektren soll ein gemeinsamen Lernprozeß und ein Hinausblicken über den Tellerrand des eigenen Bereichs und der eigenen Lebensrealität ermöglichen.

Die ursprünglich angedachte Beteiligung europäischer Basisgruppen konnte in dieser Form nicht realisiert werden. Einzelne Initiativen werden aber konkret für eine Beteiligung am Podium und an den Arbeitsgruppen angesprochen. Der Sonntag ist dafür reserviert, die Diskussionen der Arbeitsgruppen zusammenzubringen und nach gemeinsamen Anknüpfungspunkten zu suchen.

An der Vorbereitung beteiligen sich bisher folgende Gruppen: AG Neoliberalismus FU Berlin, Analyse & Kritik, Arbeitslosenselbstorganisation Oldenburg, b-books, Blauer Montag Hamburg, Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen Ost-West: AG Neue Heimat, F.e.l.S. Berlin, Infoladen daneben Berlin, MAI-Gruppe Berlin, Redaktion diskus Frankfurt, Redaktion hilfe münchen.

Wenn Ihr Euch beteiligen wollt, könnt Ihr über F.e.l.S. Infos und einen Rundbrief erhalten:
fels c/o Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, D-10965 Berlin
oder fels@mail.nadir.org.

Her mit dem schönen Leben – 1.500 DM für alle!

Keine Forderung beinhaltet diese Absicht unserer Meinung so treffend wie die Forderung nach Existenzgeld:

1. Revolutionäre Diskurse, die steril bleiben, weil sie niemanden mobilisieren, sind objektiv betrachtet überhaupt nicht radikal. Dann doch lieber Lenin: Mit »Land, Frieden, Brot« eine Gesellschaft in Bewegung bringen. Den Vorwurf »Existenzgeld ist reformistisch« kann man abhaken. Natürlich ist die Existenzgeld-Forderung reformistisch, aber man kann anhand von ihr die Legitimität des herrschenden Verteilungs-und Arbeitsmodells angreifen und damit eine nicht-kapitalistische Alternative wieder vorstellbar machen. (Wer Radikalität mit selbstgewählter gesellschaftlicher Isolation verwechselt, hat sich in der Veranstaltung geirrt: Die Evangelisten treffen sich nebenan...)
2. Die Forderung nach Existenzgeld wird der Klassenstruktur des Postfordismus gerecht. *K.H.Roth* hat das neue Proletariat vor 2 Jahren sehr poetisch als »Archipel« kleiner, segmentierter Gruppen bezeichnet, die zum Teil außerhalb der Erwerbsarbeit stehen oder prekär malochen, zum anderen als »Selbständige« arbeiten oder immer noch über Tarifverträge verfügen. Eine Forderung, die das Existenzrecht aller formuliert, kann zu einer Brücke zwischen den ArchipelbewohnerInnen werden. Eine Garantie gibt es dafür natürlich nicht. Aber wir wissen, daß neue proletarische Bewegungen kaum noch am (prekären und flexibilisierten) Arbeitsplatz entstehen werden. Sie können sich eigentlich nur noch in konkreten politischen Kämpfen konstituieren, wo Solidarität im gemeinsamen Projekt (und nicht wie früher am Arbeitsplatz) erfahren wird.
3. Wir müssen den Zerfall des Keynesianismus nutzen, um zu einer radikalen Version von Kommunismus zu kommen. Für alle gesellschaftlichen Modelle bisher (marktliberale, keynesianistische und staatssozialistische) war der Zwang zur Lohnarbeit charakteristisch. Akkordmodelle, Arbeitsmythos und fordistische Fabriken gab es nicht nur in den USA und Westeuropa, sondern auch in der Sowjetunion.

Inzwischen jedoch ist aufgrund der technologischen Entwicklung immer weniger Arbeit nötig, um die gleiche oder sogar eine größere Menge an Reichtümern herzustellen. Immer weniger Leute werden für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen gebraucht. Die wachsende Zahl von Arbeitslosen wird in Jobs gedrückt, wo zu Hungerlöhnen gearbeitet wird (in Norditalien sind 5-6 DM Stundenlohn keine Seltenheit mehr), weil sich sonst ihre Anstellung überhaupt nicht mehr rechnen würde. Die Profiteure sind eine kleiner werdende Zahl von KapitalbesitzerInnen, leitende Angestellte und sonstige Großverdiener. Und die sozialen Widersprüche werden sich noch massiv verschärfen.

D.h. an der Debatte um neue gesellschaftliche Verteilungsmodelle kommt sowieso niemand mehr vorbei. Natürlich kann man den Trend zu südamerikanischen Verhältnissen (die reichsten 20% verdienen 20-30 Mal so viel wie die ärmsten 20%) als gottgegeben betrachten. Man kann aber heute noch deutlicher als bisher feststellen, daß es nicht die Arbeit des Einzelnen ist, die Reichtum erschafft, sondern das angehäufte technische und kulturelle Wissen der Menschheit.

Wer soll die Früchte hiervon beanspruchen? 25% Festangestellte und Kapitalbesitzer oder eine Gesellschaft als Ganze? Die Frage führt fast zwangsläufig zu nicht-kapitalistischen Konzepten. Das Ende des Keynesianismus/ Fordismus bietet also eine Grundlage für eine allgemeine Debatte um Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung der Arbeit und Abschaffung der Lohnarbeit insgesamt. Und die Existenzgeld-Forderung ist eine politische Umsetzung dieser Erkenntnis: Wir haben alle einen Anspruch auf die gesellschaftlichen Reichtümer bzw. auf die Gestaltung der Ökonomie als Ganzem.●

FORTSETZUNG VON SEITE 4

le Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Liquidation des Staates aussehen könnten (9). Wir wissen, daß das Leninsche Revolutionskonzept, in dem politischer Umsturz und Verstaatlichung der Produktionsmittel den strategischen Kern ausmachen, nicht ausreichend war. Die italienische Linkskommunistin *Rossana Rossanda* hat diese klassischen Elemente schon Anfang der 70er Jahre als »notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen« für eine sozialistische Umwälzung bezeichnet. Zwar kann es keinen umfassenden Bewußtseinsprozeß in einer Welt mit kapitalistischen Besitzverhältnissen geben, aber ohne Zertrümmerung der psychischen und kulturellen Herrschaftsformen bleibt auch die Vergesellschaftung der Ökonomie ein rein formaler Prozeß.

So gesehen taugt die Forderung nach »the whole fukkin' bakery« nur als einfache Provokation. Letztlich geht es nämlich doch immer wieder um die Beschreibung konkreter Veränderungen: Wie können gesellschaftlich notwendige Arbeit und Güter gerecht verteilt werden, wie können Meinungsbildungsprozesse aussehen, wie läßt sich das Existenzrecht aller Menschen umsetzen? Die Antwort »durch den Kommunismus« ist da nicht mehr als eine Wortblase, die platzt, sobald man sie genauer untersucht. Was Kommunismus sein könnte, läßt sich nur in Kämpfen entwickeln, die den heutigen Widersprüchen entspringen und deshalb auch in den von den existierenden Verhältnissen bestimmten Formen auftreten müssen.

Das bedeutet, daß sich Gesellschaftsalternativen anhand unmittelbarer, d.h. ambivalenter Forderungen entfalten müssen. Seltsamerweise haben gerade Bewegungen, die wie die mexikanischen Indigena-Gemeinden oder die französischen *Sans Papiers* und *Sans Travail* selbstverständliche Rechte einfordern, soziale Sprengkraft entwickelt. Sie verlangen, daß der Kapitalismus das, was er für sein Entstehen und seine Entwicklung braucht, auch einlöst: Demokratie, Selbstbestimmung, Gleichheit, Gesellschaftlichkeit.

Das Problem des Kapitalismus besteht gerade darin, daß er die Bedürfnisse blockiert, die er ermöglicht: Er produziert Wohlstand, den er nicht vernünftig verteilen kann. Er vergesellschaftet in noch nie dagewesener Weise die Subjekte, trennt sie aber über den Markt voneinander. Er proklamiert Bürgerrechte, schließt aber die Mehrheit der Weltbevölkerung davon aus. Er redet vom Universalismus, ethnisiert und »genderisiert« aber in noch nie dagewesenem Maße.

Wenn soziale Bewegungen nicht darüber hinausgekommen sind, den Kapitalismus auf höherem Niveau zu stabilisieren, hat das nicht vorrangig damit zu tun gehabt, daß ihre Forderungen zu reformistisch waren. Die sozialstaatlichen Reformen in den Industriestaaten hatten gleichermaßen mit der gemäßigten Arbeiterbewegung wie mit der Existenz revolutionärer Gruppen zu tun. Auch eine völlig antagonistisch auftretende Kraft kann objektiv gesehen eine Gesellschaft modernisieren: Jede Bewegung, die nicht gewinnt, transformiert den Kapitalismus (10).

Die entscheidende Frage bei der Existenzgeldforderung lautet also nicht, ob sie reformistisch ist oder nicht, sondern ob sie bewußt unvermittelt vorgetragen wird. Die *Sans-Papiers* haben bei ihrer Kirchenbesetzung 1996 jede Vermittlung durch die ewigen Feuerwehrleute von *SOS-Rassismus* etc. abgelehnt. Genau dadurch und nicht durch irgendeinen revolutionären Gestus blieben sie unintegrierbar und politisch beweglich.

Für die Existenzgeldforderung müßte gelten, daß sie Ausgangspunkt und Teil einer Aneignungsbewegung wird: Alle haben Anspruch auf Anteilnahme am gesellschaftlichen Reichtum. Der Kampf um gesetzliches Einkommen steht dem Bedürfnis auf sinnvolle Tätigkeit nicht entgegen. Zwar gibt es nichts Schwachsinnigeres als die Debattenbeiträge der alternativ-liberalen KommunitaristInnen (z.B. *Hannes Koch* in der *taz* vom 5.5.98), die um jeden Preis Arbeit in der Gemeinschaft herbeizaubern wollen und sich eine Welt aus kooperativen Nachbarschaften mitten im Kapitalismus vorstellen. Aber andererseits ist das Bedürfnis nach der »einzig allgemein akzeptierten Vergesellschaftungsform« Arbeit auch nicht nur der Doofheit der Massen geschuldet. Der Kampf um Existenzgeld könnte aus diesem Grund zu einer Klammer für die zersprengten Teile des modernen Proletariats werden, in dem gemeinsame Interessen entdeckt und verfolgt werden: ImmigrantInnen, prekär Beschäftigte, Erwerbslose, Frauen, die seit jeher unbezahlte Hausarbeit leisten müssen, aber auch fest beschäftigte ArbeiterInnen, die zunehmend unter Lohndruck geraten. In diesem Sinne: Gegen falsche Bescheidenheit und für bessere Zeiten.●

Anmerkungen:

(0) Michael Bättig: Existenzgeld für alle!; in: ak 411, Februar 1998
(1) ebenda
(2) Der Operaismus entstand als radikale Marx-Interpretation Mitte der 60er Jahre vor allem in Italien. Er ging davon aus, daß der Klassenwiderstand, und nicht wie im sowjetischen Marxismus die Entwicklung die Produktivkräfte, der entscheidende Motor der Geschichte sei. Technologische Neuerungen wie die Einführung des Fließbandes wurden als Antworten des Kapitals auf die Widerständigkeit der Arbeit (in Form von Arbeitsverweigerung, Abstinenz usw.) verstanden. Als Massenbewegung brachte die neue italienische und z.T. auch französische und iberische Arbeiterautonomie eine Rückkehr zur direkten, von Gewerkschaften unvermittelten Aktion hervor: wilde Streiks, Umzüge in der Fabrik, Besetzungen etc. Die wichtigste deutschsprachige Publikation, die sich am Operaismus orientiert, war und ist die Wildcat.
(3) in: Wildcat-Zirkular 39, September 1997
(4) »Durch den Wegfall von Niedriglohntätigkeiten... sind Menschen, die weniger qualifiziert sind, aber durchaus einfache Tätigkeiten verrichten könnten, arbeitslos und leben von Lohnersatzleistungen bzw. Sozialhilfe. Solche Tätigkeiten müssen auf dem Arbeitsmarkt bezahlbar werden. Für Arbeitsverhältnisse mit geringer Produktivität, bei denen der Lohn nicht zu einem ausreichenden Einkommen der Arbeitnehmer und ihrer Familien reicht, sollen verbesserte Mischformen zwischen Arbeitsentgelt und staatlichen Transferleistungen (»Kombi-Einkommen«, »Negativsteuer«) zum Einsatz kommen.« (aus dem Entwurf des FDP-Wahlkampfprogramms 1998)
(5) Erhellend sind in diesem Zusammenhang die Texte von Johannes Agnoli, z.B.: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg 1995
(6) Michael Bättig: ebenda
(7) Wilcat-Zirkular 39, September 1997
(8) in: terror der ökonomie – elend der politik, Freiburg 1998
(9) vgl. Realsozialismus-Schwerpunkte der Arranca Nr. 6, 7 und 10
(10) Wer zu dem Verhältnis von radikalem Widerstand und gesellschaftlicher Transformation mehr lesen will, dem/der seien die von der TheKla übersetzten Schriften von Mario Tronti, einem Theoretiker der italienischen »Arbeiterautonomie« empfohlen.

KÖLN: VERANSTALTUNG DES »INA« MIT ROBERT KURZ

Von der Enteignung zur Aneignung

Radikale Gesellschaftskritik auf den Begriff der Arbeit zuzuspitzen und diese Kritik konsequent durchzuhalten, ist für Robert Kurz ein Grundelement von revolutionärer Theorie, die an Marx anknüpft und über ihn hinausweist.

von Werner Ruhoff, Redaktion Köln/Bonn ● Das zentrale Bezugssystem der sogenannten modernen Gesellschaft ist die Arbeit als materielle Grundlage der sozialen Existenz und als Grundstruktur der Lebenspläne. Die fundamentale Krise der heutigen Gesellschaft zerstört dieses Bezugssystem. Die dritte industrielle Revolution des Computerzeitalters macht die menschliche Arbeit in einem bisher unbekanntem Maße überflüssig. Somit ist gerade die Arbeiterbewegung unmittelbar und existentiell von deren Erosion betroffen. Lange waren die Kapitalismusgegner davon ausgegangen, daß in einer solch zugespitzten Situation der Ausweglosigkeit revolutionäre Situationen entstünden. Stattdessen kommt nun mit dem Sterben der Arbeitsgesellschaft auch das Ende der traditionellen Arbeiterbewegung. Von ihr bleibt kaum mehr übrig als die Generalsterbekassen der Gewerkschaften.

Robert Kurz machte in seinem Vortrag den theoretischen Versuch, wieder aus der Sackgasse herauszukommen, in die sich die Arbeiterbewegung seit ihrem Entstehen im 19. Jahrhundert hineinmanövriert hat. Die protestantische, zugleich liberale Heiligsprechung der Arbeit wurde von der Arbeiterbewegung regelrecht verinnerlicht. Dagegen war die Zeit vor ihr – vom Beginn der Renaissance an bis zu den Schlesischen Weberaufständen – von widerständigen Bewegungen geprägt, die sich den Enteignungen von Produktionsmitteln und der Unterordnung unter das Regime rücksichtsloser Zwangsarbeit widersetzten. Sie wollten sich aus guten Gründen nicht zur Arbeitern machen lassen. Kurz ging es nicht darum, vorindustrielle Zeiten wieder aufstehen zu lassen. Dennoch bieten damalige Bewegungen wie die der *Ludditen* Anknüpfungspunkte für heutige Emanzipationsbestrebungen.

Die Marktwirtschaft hat die menschliche Tätigkeit vom ursprünglichen Sinn von direkter Reproduktion menschlichen Daseins losgelöst und in Arbeit verwandelt. Unter dem Zwang der Kapitalverhältnisse ist diese immer mehr zum Mittel eines sinnentleerten Selbstzweck geworden, dessen nackter Inhalt nur noch darin besteht, aus Geld mehr Geld zu machen.

»Arbeit, Arbeit, Arbeit!« so lautet ein Wahlspruch der SPD. Diesen nahm Kurz als sinnbildhaften Ausdruck, daß es heute nicht mehr darum geht, zu welchem Sinn und Zweck überhaupt produziert wird. Es geht um abstrakte Arbeit, der Substanz und Quelle des Geldreichtums. Durch Rationalisierung wird aber immer mehr dieser betriebswirtschaftlichen Arbeit überflüssig. Eine ständig wachsende Zahl von Menschen wird ausgegrenzt. Zudem wirkt die Arbeit unter den Konkurrenzzwängen sozial und ökologisch zerstörerisch. Die enorme Produktivkraftentwicklung führt so zu mehr Hetze und Streß – anstatt zu mehr Muße.

Perspektivisch braucht es wieder die Aneigung der Produktionspotenzen (Ressourcen, Grund und Boden, Maschinen und Werkzeuge, Know how, Kommunikation etc.) durch die Produzenten selbst. So würde den verschiedenen Formen ihrer Tätigkeiten ihre unmittelbar eigene Bedeutung zurückgegeben. Die Rolle der Regulationsinstanz kann auch nicht in Form des Staates angestrebt werden, was das Scheitern des Realsozialismus belegt hat. Stattdessen sind Impulse der Selbstorganisation wichtig. Es geht um eine Reintegration von Produktion, Verteilung und Konsum in die alltäglichen Beziehungen der Menschen, um die Aufhebung heutiger getrennter Bereiche, der von Arbeit und Wohnen, Arbeit und Freizeit, Produktion und Ästhetik u.a..

In der anschließenden Diskussion der 40 TeilnehmerInnen wurde kritisiert, daß der Arbeitsbegriff auf die Erwerbsarbeit verkürzt wurde. Robert Kurz sieht aber in seinem Ansatz auch die nicht bezahlte Arbeit einbezogen, da auch sie direkt oder indirekt für den Verwertungsprozeß des Kapitals vernutzt werde. Am Beispiel der sogenannten Hausfrauenarbeit könne man durchaus zwei entgegengesetzte Schlüsse ziehen: einmal die Bezahlung der Haus(frauen)arbeit oder aber das Zwangssystem des Geldes radikal anzugreifen. Die erste Lösung legt den Maßstab an, den das Kapital selbst verkörpere, nämlich die geldmäßige Vernutzung von menschlicher Arbeit. Die zweite Lösung ist radikal im Wortsinne – von der Wurzel her – und zielt auf die Emanzipation von den kapitalistischen Zwängen.

Was ist diesbezüglich überhaupt an sozialer Bewegung vorhanden, wurde gefragt. Inwieweit bieten Projekte wie z.B. die *Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mülheim* (SSM) Ansätze, um beizutragen, eine Aneignungsbewegung zu initiieren? Besteht der richtige Weg in einer radikalen Verweigerung und einem eher militanten Widerstand? Sind gemeinwesenorientierte Projekte wie die SSM verlängerte Arme staatlicher Institutionen, die bei der Krisenverwaltung helfen? Oder sind solche Projekte eher Ansätze von Emanzipation, die teilweise aus der Not geboren doch Wege aufzeigen können, jenseits von der Alimentierung durch den Staat und der Betriebswirtschaft eigene Ideen in die Tat umzusetzen und Ausstrahlung zu entwickeln? Auf diesem Gebiet sind zwangsläufig Kompromisse zu schließen, weil solche Projekte nicht von politischen und marktökonomischen Bedingungen unberührt bleiben können. Deswegen gilt es Kriterien zu entwickeln, die im Sinne von Emanzipation ausschlaggebend für die Einschätzung von Projekten sein können.●

Robert Kurz ist Publizist und Mitherausgeber/Redakteur der Buchzeitschrift »Krisis«.

Das ROT-GRÜNE Vakuum

Die Wahlen sind gewonnen. Nun faßt sich Rot-Grün an den Kopf und merkt, daß da nichts drin ist. Allerhöchstens einige Kosmetikversuche der Arbeitslosenstatistik, aber ein taugliches Rezept zur Senkung der Massenarbeitslosigkeit gibt es da nicht. Anstatt sich der Wirklichkeit zu stellen, die da lautet, daß in den nächsten zehn Jahren in Deutschland 50% der Arbeitsplätze allein beim Handel, bei den Banken und den Versicherungen sich in Luft auflösen, werden billige Taschenspielertricks wie Ökosteuer, Senkung der Lohnnebenkosten und Bündnisse für Arbeit als Trümpfe gehandelt.

Im angebrochenen Computerzeitalter kann beim besten Willen niemand mehr das Massenphänomen der Arbeitslosigkeit wegzaubern. Anstatt wie Gerhard Schröder das drohende Desaster weglächeln zu wollen, müssen wir lernen über das Bestehende hinauszudenken. »NEUE ARBEIT braucht das Land«.

Dieses Konzept steht für ein zweites Standbein neben der Erwerbsarbeit: Für Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit UND für den Ausbau von vernetzter Eigenarbeit und Eigenversorgung in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, vom Wohnen bis zur Kultur. So ließe sich mit weniger Geld besser leben. In Köln-Mülheim ist dies in einzelnen Projekten bereits verwirklicht. Auf der 15 ha großen Industriebrache des ehemaligen Güterbahnhofs schlagen die Bürgerdienste in der »Mülheimer Erklärung« ein vielfältiges Groß-Projekt von »Neuer Arbeit« und nachhaltiger Stadtentwicklung vor. Unterlagen dazu haben wir der Bundesregierung übersandt. Eigenversorgung in Richtung Attraktivität zu fördern, dies wäre ein Programm, bei dem sich Rot-Grün wieder an den Kopf fassen könnte, ohne daß es peinlich würde.●

Heinz Weinhausen, INA

ANREGUNGEN ZUR DISKUSSION

Die 2. industrielle Revolution

Die Versklavung der Roboter zum Wohle der Menschheit stellt uns möglicherweise bald vor ein ethisches Problem. Zwar werden Robotkühe demnächst Proteine herstellen, an denen Veganer keinen Anstoß nehmen können, aber wenn die Veganer erstmal Bärte haben, werden ihre Enkel fordern: free the robots!

Von Herrmann Cropp, Redaktion Osnabrück ● So – wer das jetzt für eine Glosse gehalten hat, hat den Test nicht bestanden. Zukunftsfähigkeit verlangt eine phantastische Flexibilität von uns, Offenheit für alle Lösungen, für Zufälle, und vor allem die Aufgabe der Erwartung, daß die bisherigen Mittel der Politik und Wirtschaft (Parlamentarismus und quantitatives Wachstum) uns weiterhin Wohlstand bringen werden. Der Parlamentarismus hat sich zur Mediendemokratie gewandelt und wird sich im Zuge zunehmender Kompetenz der Individuen zu einer direkten Demokratie entwickeln müssen. Wachstum, jedenfalls im bisherigen quantitativen Sinne, wird es nicht mehr geben, weil die Kosten des Wohlstands (die bezahlten und die noch nicht bezahlten) rapide ansteigen, wobei die noch nicht bezahlten Wohlstandkosten dann fällig werden, wenn Bodenerosion, Luft- und Wasserverschmutzung etc. zur Verknappung dieser Güter führen.

Der entscheidende Wandel, den wir derzeit erleben, und an dem Politik und Wirtschaft bisher scheitern, ist die als 2. industrielle Revolution bezeichnete Automatisierung. Das bedeutet nicht weniger, als daß wir heute Umbrüche zu erwarten haben wie vor 200 Jahren mit dem Aufkommen der Industrie und dem damit verbundenen Wandel von der ländlichen zur städtischen Lebensform. Sein oder nicht sein hängt davon ab, wie wir arbeiten werden, zumal die Nanomechanik uns im nächsten Jahrhundert gänzlich von der Arbeit befreien könnte, was jedoch die eingangs erwähnten Probleme aufwirft, um die Persönlichkeitsrechte denkender und sich selbst reproduzierender Maschinen (siehe: Stanislaw Lem).

Wie werden wir leben und arbeiten?

Noch in den 80er Jahren vermutete der Soziologe Oskar Negt (1), daß ein »Reich der Freiheit« dank Automatisierung und radikaler Arbeitszeitverkürzung kommen werde. Mit ihm häuften sich die Feuilletons, die vor der Mußegesellschaft und künftiger Langeweile warnten. Inzwischen haben wir keinen Grund zu solchem Optimismus, denn trotz des »explosionsartig gewachsenen gesellschaftlichen Reichtums« (Negt) gibt es kein Konzept für seine sogenannte »Verteilung«.

Von welcher Seite können wir eine Lösung oder Lösungen erwarten? Von Politik, Wissenschaft, Wuppertaler Ökoinstitut, Frauenforschung, Anthropologie, Gewerkschaften, Linken oder neuen sozialen Experimenten, Bewegungen und Projekten?

Offenheit für neue Lösungen ist selten zu finden, statt dessen überwiegt Larmoyanz. Die Möglichkeiten der Politik werden zB. völlig überschätzt. *Götz Papke*, der Autor der nachstehenden Beiträge über rechtliche Rahmenbedingungen selbstorganisierter Arbeit, hatte kürzlich, noch zu Kohls Amtszeit, das Vergnügen, selbigem auf einem Gen-Acker (zwecks Protest) gegenüber zu stehen, und dann, nach Kohls Einladung, diesem im Kanzleramt gegenüber zu sitzen. Spätestens so ein halbstündiger Termin beim Kanzler raubt einem alle Ideale bzgl. der Innovationsfähigkeit von »oben«. Das Rendezvous mit der Macht lehrt eins: ihre Machtlosigkeit, die ursächlich zusammenhängt mit ihrer Kenntnislosigkeit. Der Kanzler ist ein Gefangener seines Systems, Macht ist seine Formalie, aber Innovation muß woanders her kommen.

Von der Ökonomie? Die Zunft der Wirtschaftswissenschaftler ist sich in einer Frage immerhin einig – und das bedeutet viel – daß keine Disziplin so unseriös und reich an Spekulationen sei, wie die eigene; wobei sie in der Regel sich selbst und ihr Modell ausnehmen. Das kann bei Bankern und Ökonomen zu intellektueller Verdrossenheit führen, wie Heiner Flassbeck, Lafontaines Berater, beklagte: »Ökonomen lernen schwer und lesen wenig«, Milton Friedman, neoliberaler Nobelpreisträger, zieh er sogar »profunder Unkenntnis«.

Von Natur und Bestimmung des Menschen ...

Der am Wuppertaler Institut tätige Wirtschaftler *Gerhard Scherhorn* erweist sich trotz seiner guten Analyse der Kosten des Wohlstandes als konservativ bei der Erklärung des gesellschaftlichen Wandels. Er macht die heutige Form der Erwerbsarbeit verantwortlich für Anonymität, Vereinzelung und Egoismus und sieht in Depressionen, Selbstmorden, mangelnder Hilfsbereitschaft, Jugendgewalt etc. eine Zerstörung der menschlichen Natur, als seien auch das Kosten des Wohlstandes. 1. übersieht er die Individualisierung der modernen Gesellschaft, 2. daß seit Beginn der Industrialisierung die Lebensqualität ständig gewachsen ist, ablesbar an enorm gestiegener Lebensdauer und Gesundheit. Der indische Ökonom *Amartya Sen* (Nobelpreis 1998) hat einen komplexen Armutsindex vorgeschlagen (teilweise von der Uno übernommen), in dem Kindersterblichkeit, Lebenserwartung, Gesundheitszustand und (Unter-)Ernährung die wichtigsten Faktoren sind.

Während die Gewerkschaften als »Monopolherren der Arbeit« vor allem sich selbst reproduzieren (*Niklas Luhmann* (2)), wird die linke Diskussion dominiert von keynesianischen Vorstellungen der Staatslenkung der Wirtschaft. Doch es gibt auch andere Ansätze, etwa *Robert Kurz*, der Marx' Fetischbegriff erweitert und jenem entgegenhält, daß er die Arbeit fetischisiere. Im Gegensatz zu Marx lehnt er die Arbeit ab (CONTRASTE 11.98) und nennt sie »eigentlich negativ (und) unglücklich«. Das Christentum, insbes. der Protestantismus habe die Arbeit zu einer Religion erhoben und den Menschen unmündig gemacht. Von dieser Seite haben wir evtl. bald ein Manifest gegen die Arbeit zu erwarten.

Die Anthropologie wird stets gerne in Anspruch genommen, um eine Natur des Menschen zu beweisen, die uns beispielsweise zur Muße bestimme, statt zur Arbeitssklaverei. Ein ähnlicher Sündenfall wie bei Adam (»im Schweiße deines Angesichts ...«) wird dem Protestantismus angelastet, wiewohl die Bezugnahme auf eine vorbildliche Urgesellschaft der der Protestanten auf das Urchristentum sehr ähnelt. In diesem Sinne ist auch der Rekurs von Frauenrechtlerinnen auf Subsistenzökonomie ua. Matriarchate zu deuten.

Der benediktinische Geist, insbs. der Zisterzienser: »ora et labora«, ist ideengeschichtlich viel weniger maßgeblich als die, durch den Protestantismus aufgeworfene, Heils- und Lebenszweckfrage, welche den Standort der Menschen in der Gesellschaft neu definierte und legitimierte. Die Formierung der industriellen Arbeitsgesellschaft geschah durch eine metaphysische Lebenszweckidee, nach der man sich hier auf Erden bewähren müsse, denn das Jenseits hatte seine Alibifunktion für ein unerträgliches Diesseits verloren. Auf diese Weise wurde die neue gesellschaftliche Lebensordnung definiert und legitimiert.

In einem kleinen Teil der Linken (mit Abirrungen zur ökologischen Rechten) wird eine freiwirtschaftliche Geldiskussion geführt, in der Annahme, daß Zins und Bodeneigentum der Schlüssel sei, und es wird mit schwindelerregenden Zahlenspielen vorgerechnet, daß das ganze System schon morgen zusammenbrechen müsse, eigentlich schon gestern.

... zu neuen Lösungen

Den meisten Kritikern scheint eins gemeinsam zu sein: ein negatives Bild der Arbeit, und alle moralisieren irgendwie, was den Eindruck erweckt, daß Arbeit weniger ein ökonomischer Faktor als ein ethisches Problem sei. Und irgendwie wollen die meisten zurück, zur Faulheit der Schimpansen, zum Mutterglück der Urzeit, oder jedenfalls (auch wenn z.B. Scherhorn ausdrücklich betont, es gebe kein zurück) die moderne, offene Gesellschaft nicht akzeptieren.

Und das kommt einem, der seine Arbeit liebt und gerne für sie hungert und friert, irgendwann recht albern vor, d.h. mir, wenn ich auf meinen missionarischen Reisen mit Büchertischen und auf der Suche nach abgedrehten Läden, die unsere Selbstversorger- und Anarchobücher verkaufen, so eine sibirische Nacht auf einer thüringischen Autobahnraststätte zubringe, denn im Auto gefriert mir schon der Atem. Was sich aber auch als nützlich erweist, denn so kann ich in Ruhe eine Artikel für CONTRASTE schreiben. Ich bin ja nicht der einzige, es sind viele, die ihre Knochen hinhalten, weil die Idee so scharf ist. Und wenn der Job nichts einbringt, packt einen die absolute Appetitlosigkeit, aber dafür setzt ein anderer Hunger ein, der nach Lösungen, und es fiebert im ganzen Körper, wahrscheinlich eine Art Empörung, die einen entweder alles zerschlagen läßt oder was Neues aufbauen. Dieses sozialistische Mitgefühl, wenn man dann im Schlafsack friert und kein Geld fürn Kaffee hat, kann einen bloß noch wütender machen, weil man doch was erreichen will und es nicht bloß warm und behaglich haben!

Ähnlich direkt sind die Erfahrungen aller Leute, die in jahrelanger Praxis und ohne aufs Geld zu kucken, mit alternativen Projekten und Arbeitsplätzen in den letzten 20 Jahre experimentiert haben. Ob sie mit einem Bündel Zeitungen im Rucksack durch Deutschland trampen und ihre Brötchen aus dem Container holen, ob sie für 8 Kunden am Tag in einem ungeheizten Altbauladen ausharren – Pullover und Mütze, versteht sich – und dergestalt ein subversives Kommunikationszentrum betreiben, oder ob sie in einem besetzten Dorf mit Lehmbau experimentieren und sich von Wildpflanzen ernähren, solche Experimente laufen seit Jahren und auch heute. Früher wurden sie als Spielwiese der Hippies belächelt, heute tut man sich schwer zu glauben, daß es zehntausend alternative Projekte in Deutschland gibt, aber das ist die real existierende Alternative, während der Diskurs über Arbeit oft reichlich theoretisch ist.

Hier deutet sich m.E. eine wirklich neue Auffassung von Arbeit an: weder Lafargues Faulheit, noch Subsistenz, nicht protestantisch-preußisch verstandene Pflicht und Beruf oder puritanisch-angelsächsischer Erwerbstrieb, sondern eine geradezu egoistische Selbstverwirklichung in einem (zB ökologischen) Lebenszweck, der in einer individualistischen Gesellschaft keiner kollektiven Leitbilder mehr bedarf!●

(1) Negt: »Lebendige Arbeit, enteignete Zeit« (1984); zwar deutet er an, daß Arbeit künftig selbstorganisiert werden müsse, bleibt aber genauso nebulös wie Marx mit dem »Jäger, Fischer, Kritiker« in »Deutsche Ideologie«.
(2) Luhmann: »Die Wirtschaft der Gesellschaft« 1988

Dauerhafte Arbeit

Eigenarbeit am Rande der Gesetze

Nur eine »kleine« Revolution in unseren Köpfen ist nötig, um mit viel Eigeninitiative die existierenden rechtlichen Rahmenbedingungen kreativ für eine lebenswerte Zukunft zu nutzen. Weitere politische Entwicklungen können dann positiv in diese Richtung beeinflusst werden.

Von Götz Papke

Als die *Lebens- und Agrarkulturelle Initiative e.V.* 1991 begann, im Rahmen ihres gemeinschaftlichen Hofprojekts eine Ökologische Landwirtschaft einzurichten und sich handwerklich zu betätigen, hätte niemand gedacht, daß alleine beim *Wie* des Tätigseins so viele Probleme auftreten könnten.

Es wurde teilweise sehr unkonventionell gearbeitet: Aus Mangel an Kapital und aus dem starken Wunsch heraus, dieses nicht bei einer Bank zu leihen und somit von Renditeerwirtschaftung abhängig zu werden, entschied sich die Initiative sehr viel selbst zu machen und weitestgehend mit billigem, gebrauchtem oder gefundenem (recycelten) Material zu arbeiten.

Trotz guter Vorsätze stieß dieses Bemühen immer wieder an ökologische Verträglichkeits- und rechtliche Machbarkeitsgrenzen. Als die 4 ha Bewirtschaftungsgrenze überschritten, die Milchverarbeitungsküche eingerichtet, das Auto in Nachbarschaftshilfe repariert, eine externe Lehmbaustelle begonnen, das erste Brot gebacken werden sollte, traten erst die diffizilen kleinen Feinheiten des Machbaren zu Tage. Es wurde deutlich, daß es notwendig war sich mit dem Wesen, den Grenzen und Möglichkeiten umweltverträglichen Selbstinitiativwerdens zu beschäftigen.

Ich bin der Ansicht, daß Eigeninitiative bei der Eigen- und bei der Erwerbsarbeit für die Zukunft von zentraler Bedeutung sein wird, um ein soziales und ökologisches Miteinander zu ermöglichen.

Wenn keine Arbeitsplätze vorhanden sind, wird davon ausgegangen, daß es auch keine Arbeit gibt und, daß es den Menschen schlecht geht. Dabei wird das Potential der Eigeninitiative der Menschen oft unterbewertet. Häufig trauen sich die Menschen auch nicht oder kennen ihre Möglichkeiten nicht. Aufgaben sind genug da; es müssen jedoch kreative Möglichkeiten geschaffen werden, diese in Eigenarbeit zu erledigen oder – wenn es sinnvoll ist – sie als Erwerbsarbeit bezahlbar zu machen.

Eine gravierende Schwierigkeit ist, daß es sehr viele Menschen gibt, die glauben, es müßte immer jemand da sein, der ihnen einen Arbeitsplatz schafft, wo sie fest angestellt sein können und sich über ihre finanzielle Absicherung lebenslang keine Gedanken mehr machen müssen.

Die Schaffung oder der Erhalt von Arbeitsplätzen wird häufig wertmäßig über damit einhergehende negative Auswirkungen auf die Umwelt und auf die Sozialstruktur der Gesellschaft gestellt. Mit Hinweis auf die globalen Märkte werden potentielle, nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten von Regionen unterbewertet.

Darüber hinaus ist das Wissen über das *Wie* dauerhafter Gestaltung von Produkten und Diensten mit einfachen Mitteln verlorengegangen.

Eigeninitiativ Tätigsein

Eigeninitiativ tätig zu sein bedeutet auf jeden Fall, selbst aktiv an einem Gestaltungsprozeß beteiligt zu sein. Selbstbestimmte und selbständige Tätigkeiten gibt es sowohl bei Eigen- als auch bei Erwerbsarbeit. Wünschenswert wäre ein bewußtes Ineinanderfließen der beiden Bereiche.

Als Erwerbsarbeit soll alle im Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfaßte Arbeit und diejenige in der sogenannten Untergrundwirtschaft – welche jedoch nicht im BIP erfaßt wird – verstanden werden. Hierüber definiert sich ein Großteil unserer heutigen Gesellschaft, dabei macht die Erwerbsarbeit bei genauerem Hinsehen nicht einmal 50% der gesamtgesellschaftlich geleisteten Arbeit aus.

Eigenarbeit hingegen soll hier verstanden werden als »die Arbeit, deren Produkte man kennt und vielleicht liebt und die einem zu eigen sind, bis man sie für seine Hausgemeinschaft verwendet oder verkauft; die Arbeit, deren Risiko man kennt und zu verantworten weiß. Auch die Dienstleistung für persönliche Bekannte ist Eigenarbeit, ebenso die unausgesetzten Auswahl- und Entscheidungsleistungen des täglichen Lebens« (Weizsäcker; Weizsäcker 1978, S. 186).

»Eigenarbeit wird in aller Regel in einer Gruppe ausgeführt, der man sich zugehörig fühlt. Kinder und Jugendliche können sowohl Eigenarbeit leisten als auch den Sinn der Eigenarbeit Erwachsener nachvollziehen. Ähnliches gilt von Kranken und Alten. Bei Eigenarbeit gibt es kein 'ich könnte Ihnen helfen, aber ich bin nicht zuständig'«, (Weizsäcker; Weizsäcker 1979, S. 94f).

»Eigenarbeit heißt nicht nur Eigenproduktion; dieser Begriff existiert, er braucht kein Synonym. Was gebraucht wird ist eine Bezeichnung für eine Bedarfsdekkung, die man selbständig und selbstbestimmt besorgt. Das ist mit Eigenarbeit gemeint« (Weizsäcker 1996 zit. n. SCHERHORN 1996, S.2). Der beste Zustand wäre erreicht, wenn Eigenarbeit von Muße nicht mehr zu unterscheiden wäre (Weizsäcker 1997b, mündl. Mitt.).

Eigenarbeit kann man auch in drei Arten menschlicher Tätigkeit unterscheiden: »erstens rein konsumtive Tätigkeiten ... *(sowie Konsumauswahl oder Konsumverzicht Anm. d. Verf)*, zweitens auf die eigene Person bezogene Arbeit wie z. B. die eigene Körperpflege, drittens Arbeiten, die im Zusammenhang mit anderen Personen oder im Zusammenhang mit der Nutzung von Gütern erforderlich werden« (BINSWANGER et al. 1988, S. 158).

Innerhalb des privaten Haushalts besteht diese dritte Kategorie beispielsweise aus Tätigkeiten der Nahrungsmittelproduktion und des Einkaufens, des Wartens und Reinigens, des Reparierens und Bastelns, der Kindererziehung und der Krankenpflege. Die Eigenarbeit spielt sich jedoch nicht nur innerhalb des Haushalts ab. Zu einem größeren Teil vollzieht sie sich außerhalb des Haushalts, sei es im Austausch zwischen Haushalten, sei es im Rahmen von Selbsthilfegruppen, sei es in der unentgeltlichen Mitarbeit in Wohlfahrtsorganisationen.

Das Wesen der Eigenarbeit

Das Wesen der Eigenarbeit kann auch bei angestellt Beschäftigten mit sehr viel Entscheidungsfreiheit, bei Ärzten, Künstlern, Schriftstellern, u. ä. Berufen und bei der Eigenleistung im eigenen Betrieb zu Tage treten. Jedoch müssen gerade Selbständige darauf bedacht sein, anderen ihre Eigenarbeitsfreiheit nicht einzuschränken (Weizsäcker 1997b, mündl. Mitt.).

Selbständige Erwerbsarbeit kann sich sehr leicht aus Eigenarbeitstätigkeit entwickeln. Dies kann bei Berufseinsteigern, Berufsumsteigern oder bei aus dem Erwerbssystem Herausgefallenen der Fall sein.

Unternehmerisch selbständig zu werden ist auch eine Art Selbsthilfe. Sie ist dann geboten, wenn vor dem eigenen Gewissen die Nachbarschaftshilfe nicht mehr als Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit mit (oder ohne) Alimentation empfunden wird, sondern in erheblichem Umfang zur Erwerbsarbeit wird. Gemeint ist eine Erwerbsarbeit mit dem Ziel des Erwerbs von freien Werten, also von Geld, welches auf dem Markt frei für alle Bedürfnisse und nicht nur zur Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse eingesetzt werden kann. Die unternehmerische Tätigkeit entwickelt sich häufig aus Erfahrungen in der Eigenarbeit, aus besonderen persönlichen Neigungen und Fähigkeiten sowie der Ausbildung. Ein Eigenarbeiter wird versuchen auf den Tätigkeiten, die ihm am meisten Spaß machen und die er am besten kann eine Selbständigkeit zu begründen. Auch umgekehrt ist es möglich, daß ein selbständiger Unternehmer vermehrt Eigenarbeit leistet. Er hat dann für die Erwerbsabeit weniger Zeit zur Verfügung. Diese findet dann für ihn im Rahmen eines Gruppenverbands oder auch innerhalb des Betriebs auf der Grundlage des persönlichen professionsbeeinflussten Erfahrungshorizonts statt. Es kann auch innerhalb eines Betriebs Selbsthilfe betrieben werden, z.B. in Form von Selbstreparatur von Maschinen. Es ist eine Möglichkeit auch mit wenig Kapital und vermindertem Risiko selbständig zu sein.

Beispiele: Eine Bäurin versorgt die ganze Lebensgemeinschaft auf einem Hof mit Nahrungsmitteln. Ein Kaufmann führt für seine Nachbarn die Steuerabrechnung und Buchführung durch. Ein Schreiner fertigt die Möbel für seine Familie und hilft in der Nachbarschaft. Wird relativ nur wenig Kapital eingesetzt (weil z. B. nur wenig vorhanden ist) und entstehen bei hohem Eigenarbeitsanteil nur geringe feste und variable Kosten (ohne die Löhne), dann müssen auch keine so hohen Umsätze gemacht werden, um gleiche Gewinne zu erzielen (Prinzip: »Low Input – Low Output«).

Ein Zeichen für Eigenarbeit ist, daß sich die Konsumenten die Frage »Brauche ich das wirklich?« stellen und damit die Freiheit der Bedarfsentscheidung wiedererlangen (Weizsäcker zit. n. SCHERHORN 1996, S. 2). Sie wählen nicht nur mehr zwischen den angebotenen Varianten eines Produkts (meist zwischen den konkurrierenden Marken). »[Eine] selbstbestimmte Entscheidung [setzt voraus], daß man ernsthaft erwogen hat, sie nicht zu fällen. Das würde die Freiheit eröffnen, keine der angebotenen Marken zu kaufen, sondern z.B.:

- eine davon zu tauschen gegen eigene Leistungen, sei es in eigener Initiative oder im Rahmen eines Tauschrings;
- sie zu mieten, zu leihen oder auch mit anderen zu teilen;
- selbst eine eigene Variante des Produkts herzustellen (Eigenproduktion);
- das Problem auf ganz andere Weise zu lösen ... (Systemvergleich), oder auch
- auf den Bedarf ganz zu verzichten, das Gut also als entbehrlich oder gar als unerwünscht zu betrachten.

Wo diese Freiheit gegeben ist, bildet der Markt nur eine von mehreren Möglichkeiten der Bedarfsdeckung, und die Eigenarbeit ist der Produktion übergeordnet« (Ebd.).

In dem so beschriebenen Wesen der Eigenarbeit läßt sich ein Aspekt der Nachhaltigkeit erkennen. Das Teilen, Tauschen oder Verzichten bedeutet ja auf jeden Fall ein »Weniger« an Produziertem. Jedoch enthält die Eigenproduktion nicht von selbst eine ökologisch verträgliche Tätigkeit. ...

Fortsetzung nächste Seite

Die Untergrundwirtschaft:

Darunter werden »... alle produktiven Tätigkeiten verstanden, die strafrechtlicher Verfolgung unterliegen (Drogenhandel, illegale Ausländerbeschäftigung usw.) bzw. Regelungen des Steuer- und Sozialversicherungsrechts, des Arbeits- und Umweltschutzes und der Handwerksordnung umgehen und die für einen Markt in der Regel gegen Geld erbracht werden. Es ist dies im wesentlichen die Schwarzarbeit, es gehören dazu aber auch Bestechung, Einkommenssteuerhinterziehung usw.« (JESSEN; SIEBEL 1988, S. 7).

Man könnte den Teil der Eigenarbeit, welcher die Untergrundwirtschaft berührt auch bezeichnen als: legale, offene, auf Gegenseitigkeit beruhende Aktivität mit teilweise erwerbswirtschaftlichen Wesenszügen im Grenzbereich der Abgabenordnung, des Gewerbe- und Handwerksrechts. Dieser Begriff würde somit als Komplementär zur »... versteckten, erwerbswirtschaftlichen, legalen oder illegalen Aktivität privater Haushalte oder Unternehmen mit Abgabenhinterziehung ...« (JESSEN; SIEBEL 1988, S. 10) stehen.

Die Untergrundwirtschaft hat nach verschiedenen Autoren und verschiedenen Erhebungsverfahren – die alle große Unsicherheiten in sich bergen – einen Anteil »zwischen 3 und 22% des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik. Die höchsten Schätzungen stammen von Interessenverbänden der Wirtschaft, die niedrigsten von Vertretern der amtlichen Statistik« (BUTTLER 1984, zit. n. JESSEN; SIEBEL 1988, S. 9).

Neueste Schätzungen des ORSEU Instituts in Brüssel im November 1995 zum Anteil der »Schwarzmarktwirtschaft« am BIP gehen in Deutschland von 6%, in Frankreich von 6-10%, in Großbritannien von 8-12%, in Belgien von 12-16% und in Italien von 20-25% aus (BMA 1996, S. 56).

»Die von den Handwerkskammern ... häufig zitierte Steigerung der Bußgelder für Schwarzarbeit (1974 2.8 Mio. DM, 1984 9,2 Mio. DM) sagt für sich genommen nichts über den Anteil der Schwarzarbeit am [BIP] aus, da ihre Zunahme auf die Entwicklung der Gesamtumsätze in den entsprechenden Branchen bezogen werden müßte und vor allem die ... erheblich intensivierte Fahndung für einen beträchtlichen Teil dieses Anstiegs verantwortlich sein dürfte« (JESSEN; SIEBEL 1988, S. 11). Der starke Anstieg der Bußgeldverfahren 1995 gegenüber 1994 »sowohl gegen Schwarzarbeiter als auch ihre Auftraggeber, um ca. das Doppelte «... [zeigt], daß die Landesbehörden ihre Initiativen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit verstärkt haben und der mit der Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit [am 26. 7. 1994 d. Verf.] erleichterte Nachweis der Schwarzarbeit seine Wirkung zeigt« (BMA 1996, S. 57).

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Dauerhafte Arbeit

... Sie hat aber auf jeden Fall das Potential dazu, da bei Eigenarbeitstätigen meist eine geringere Eingriffstiefe vorliegt und diese dadurch überschaubarer und »fehlerfreundlicher« (Weizsäcker, Weizsäcker 1978, S.188) werden.

Auch die persönliche Verbundenheit zu einem Produkt, welches selbst hergestellt wurde, ist viel größer. Dies kann der Anlaß sein, das Selbsthergestellte im Gegensatz zum »nur Gekauften« nicht gleichermaßen schnell auszurangieren und in den Müll zu werfen. Die Produktverbundenheit der Eigenarbeit trägt Züge der Nachhaltigkeit (Weizsäcker 1997a, mündl. Mitt.). Darüber hinaus ist ein der Eigenarbeit immanenter Aspekt der Überwindung der Anonymität durch kurze und überschaubare Handlungs- und Wirkungsketten zu beobachten. Dieser ist aufgrund des lokalen und regionalen Bezugs der Eigenarbeit gegeben. Trotzdem muß jede Eigenarbeitstätigkeit auf ökologische Nachhaltigkeit hin überprüft werden.

Vor- und Folgeleistungen durch Konsumentscheidungen

Wenn man eine Eigenarbeitsentscheidung untersucht, kann man folgendes erkennen: Die Entscheidung, ein Haus selbst zu renovieren, ist beispielsweise je nach Auswahl des Baustoffs mit entsprechenden Vorleistungen und Folgeerscheinungen verbunden. Diese können je nach Gestaltung wiederum im Eigenarbeits- oder Erwerbsbereich liegen. Entscheidet man sich z. B. für Holzfachwerk mit Lehm, mit selbst aus alten Häusern oder Scheunen ausgebautem Baumaterial, liegt die Vorleistung wiederum im Eigenarbeitsbereich. Werden dagegen gekaufte Ziegelsteine und Beton verwendet, müsste hierzu erst Erwerbsarbeit vollbracht worden sein. Als Folgeerscheinung der Auswahlentscheidung von Ziegel und Beton als Baustoff könnte auch ein abzuzahlendes Darlehen bei der Bank entstehen. Die Ziegel und der Beton wiederum sind im Vergleich zu Lehm und Holz ein energetisch viel höher belasteter Baustoff. Nicht umsonst sind früher – zu Zeiten, als Energie ein sehr viel kostbareres Gut darstellte – die meisten Häuser aus Lehm gebaut worden. Auch die Folgeleistung der Lehmreparaturen kann im Eigenarbeitsbereich angesiedelt sein. Wohingegen die Betonsanierung nur von Spezialfirmen ausgeführt werden kann, wie dies z.Zt. bei vielen in den 50er Jahren errichteten Gebäuden und Brücken der Fall ist.

Deutlicher noch kommt dies bei einem Vergleich dreier möglicher Heizvarianten zum Ausdruck: In einem Haus soll eine neue Heizanlage eingebaut werden. Zur Auswahl stehen eine Ölheizung, eine solarthermische Variante und ein holzbeheizter Lehmofen. Abgesehen davon, daß die unterschiedlichen Lösungen zu qualitativ verschiedenen Ergebnissen führen (Raumklima, Komfort, Design), ergeben sich auch gravierende Unterschiede im möglichen Anteil der Eigenarbeit beim Bau (Vorleistungen) sowie in den Folgeleistungen (Öl bestellen und Überweisung unterschreiben; Kollektor warten und Zusatzheizung einrichten; im Wald Holz schneiden, anliefern, sägen und hacken). Solarkollektoranlagen und Lehmöfen werden oft in Eigenarbeit unter Anleitung und Mithilfe einer Fachkraft erstellt; Ölheizungen dagegen (schon aus rechtlichen Gründen) nicht. Auch die monetären Vorleistungen gestalten sich verschieden. Die Ölheizung und die Materialien für die Solarheizung müssen gekauft werden. Der Lehm hingegen (eventuell benötigte Schamottesteine ausgenommen) steht oft sogar kostenlos in der näheren Umgebung zur Verfügung.

Es geht also tatsächlich bei jeder Entscheidung um ein ganz genaues Abwägen der Vor- und Folgeleistungen, sowie der mit ihnen verbundenen Ökologieaspekte.

Der rechtliche Rahmen

Es gibt bei dem Anteil der Eigenarbeit, der sich im Zusammenhang mit anderen Personen oder der Nutzung von Gütern äußert, einen Austausch von Gütern und personenbezogenen Diensten. Dieser Austausch bewegt sich innerhalb unterschiedlichster rechtsstaatlicher Regeln. Dabei geht es um Austausch zwischen Nachbarn und Verwandten auf Gegenseitigkeit und um organisierten Austausch in Tauschringen (LETSystemen), bei welchem keine direkte Nachbarschaft gegeben ist. Ersteres ist meistens unproblematisch.

Es muß der Tauschsachverhalt im Hinblick auf das Einkommensteuergesetz (EStG), das Umsatzsteuergesetz (UStG), die Gewerbeordnung (GewO), die Handwerksordnung (HwO) und das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (GBS) überprüft und abgegrenzt werden. Bei allen anderen Arten der Eigenarbeit (vgl. BINSWANGER 1988, S. 158) ist die Problematik des Zurechtfindens innerhalb des rechtlichen Rahmens nicht gegeben.

Untersucht man nun diesen Tauschsachverhalt hinsichtlich des EStG sieht man, daß der Verkauf oder geldwerte Tausch (in Tauschringen) privater Güter und ein eventuell damit zu erzielender Gewinn unter die Kategorie sonstige Einkünfte bzw. Spekulationsgeschäfte (EStG: §2 Abs. 1 Nr. 7; §22 Nr. 2 und §23) einzuordnen ist. Hier ist geregelt, daß Grundstücke mindestens zwei Jahre und andere Wirtschaftsgüter mindestens sechs Monate besessen werden müssen, bevor sie steuerfrei verkauft werden dürfen.

Einkünfte, die weder zu den Einkunftsarten nach §2 Abs. 1 Sätz 1 Nr. 1-6 EStG, noch zu den Einkunftsarten nach §22 Nr. 1, 1a, 2 und 4 gehören, wie z. B. Einkünfte aus gelegentlichen Vermittlungen und aus der Vermietung beweglicher Gegenstände, sind nicht steuerpflichtig, wenn sie 500 DM im Kalenderjahr nicht überschreiten (KLÖRGMANN 1997, S. 587).

Fehlt jedoch die Einkünfteerzielungsabsicht, ist – auch wenn eine Leistungsbeziehung die äußeren Merkmale einer der im EStG definierten Einkunftsarten erfüllt – sogenannten Liebhaberei anzunehmen, d.h. eine einkommensteuerlich irrelevante Betätigung in der Privatsphäre.

Es kann also nicht auf der einen Seite davon ausgegangen werden, daß das Finanzamt solche Tätigkeiten wegen Steuernachteilen aufgrund der Verlustgeltendmachung bei Unternehmen als Liebhaberei erklärt. Auf der anderen Seite können nicht dieselben Tätigkeiten bei Eigenarbeitsaktivitäten als gewerbliche Tätigkeiten mit Einkommensteuerpflicht bezeichnet werden.

Auch die Frage nach der Gewerblichkeit und der mit ihr verbundenen Umsatzsteuer ist differenziert zu betrachten. Eigenarbeiter, die ihre Eigenarbeitsergebnisse tauschen, sind unternehmerisch als Gewerbetreibende tätig, wenn sie »eine selbständige, nachhaltige (mit der Absicht der Wiederholung) Betätigung ausführen, die mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt.« (KLÖRGMANN 1997, S. 442).

Trotz der Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr, welcher bei Tauschvorgängen vorliegt, sind nicht alle genannten Bedingungen erfüllt. Somit liegt kein Gewerbe vor und damit ergibt sich auch keine Pflicht zur USt sowie kein Zwang zur Eintragung in die Handwerksrolle.

Die Anrechenbarkeit von Eigenarbeit auf Sozial- und Arbeitslosenleistungen wird unterschiedlich von den örtlichen Behörden bewertet.

Eigenarbeit und Schwarzarbeit

Immer wieder wurde im Kastanienhofprojekt die Frage bewegt, ob das denn nicht alles Schwarzarbeit sei, was täglich geschieht. Erst die Auskunft des Ministerialrats Dieter Marschall aus dem Bundesministerium für Arbeit konnte klärend wirken.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (GBS) (BMA 1996, S. 60) legt fest, daß ordnungswidrig handelt, wer Dienst-oder Werkleistungen in erheblichem Umfang erbringt, obwohl er:

- der Mitteilungspflicht nicht nachkommt (Bundesanstalt für Arbeit, Kranken-, Unfall-, Rentenversicherung, Sozialamt)
- kein stehendes Gewerbe anmeldet oder keine Reisegewerbekarte erwirbt
- ein stehendes Gewerbe betreibt, ohne in die Handwerksrolle eingetragen zu sein.

»Das GBS führen die Länder durch. Die meisten Länder nehmen in ihren Erlassen oder Richtlinien für die Durchführung des GBS als ein Indiz für das Vorliegen eines erheblichen Umfangs einer Dienst- oder Werkleistung an, wenn das Entgelt die Grenze für geringfügige Beschäftigungen nach §8 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit §18 SGB IV übersteigt« (BMFSFJ 1997, S. 8).

Für Tauschringe gilt, daß es sich meistens nicht um Gefälligkeit oder Nachbarschaftshilfe im Sinne des GBS handelt. Die Ausnahme (§1 Abs. 3 GBS) der Gültigkeit des GBS trifft auf Tauschringe nicht zu, weil »in der Regel bei Mitgliedern eines Tauschrings oder ähnlicher Organisationen ein Handel aus Gefälligkeit nicht anzunehmen [sei, da] sie eine Gegenleistung erwarten. Außerdem sind die Mitglieder von Tauschringen in der Regel keine Nachbarn im Rechtssinne, denn sie stehen weder in enger räumlicher Beziehung (Nachbarn im Wortsinne) [noch] in verwandtschaftlicher Beziehung (Nachbarn im weiteren Sinne)« (Ebd.).

Wenn jedoch Eigenarbeit aus Gefälligkeit vorliegt, ist diese sehr wohl rechtmäßig: »Die Gefälligkeit ist ... begriffsnotwendig unentgeltlich (BGH NJW 1956 S. 1313). Wirtschaftlicher Vorteil von erheblichem Umfang kann daher mit einer Gefälligkeit nicht verbunden sein. Die Gefälligkeit ist Teil des täglichen Lebens und liegt in der Regel außerhalb des rechtsgeschäftlichen Bereichs. Sie ist rein tatsächlicher Art« (MARSCHALL 1994, S. 166f.)

Dazu gibt Marschall folgendes Beispiel: Schlosser A öffnet eine seinem Hausnachbarn B versehentlich zugefallene Haustür. Es liegt eine Gefälligkeit des täglichen Lebens vor, gleichgültig, welchen Betrag B freiwillig an A aus Dankbarkeit zahlt. Oder: C verfaßt auf Bitten seines Studienfreundes D ein Vorwort. Unerwarteterweise erhält er ein Honorar. Es liegt eine Gefälligkeit des täglichen Lebens vor. – Der Maler A streicht die Wohnung des Elektrikers B im Nachbarhaus. B repariert dafür elektrische Leitungen in der Wohnung des A. – Der Stukkateur C aus Hamburg bessert die Decke in der Wohnung seines in Frankfurt lebenden Vaters D aus. – E ist Mitglied eines Schützenvereins. Er richtet eine Scheune im Anwesen des Schützenkönigs als Festraum her. – In allen Fällen liegt Nachbarschaftshilfe vor (Vgl. MARSCHALL 1994, S. 167). Auch Eigenarbeit im Rahmen von echter Nachbarschaft fällt als Nachbarschaftshilfe unter die Ausnahme §1 Abs. 3 des GBS.

»Der Begriff der Nachbarschaftshilfe ist gesetzlich nicht definiert. Nachbarschaftshilfe ist nach dem allgemeinen Sprachgebrauch aber die gegenseitige Unterstützung zwischen Nachbarn, also zwischen Personen, die sich näher stehen, als dies üblicherweise der Fall ist. Dabei sind Nachbarn einmal die Personen, die in räumlicher enger Beziehung zueinander wohnen, also Zimmernachbarn, Wohnungsnachbarn, Hausnachbarn, aber auch die innerhalb einer Straße, eines Wohnblocks oder eines überschaubaren kleinen Stadtviertels gemeinsam wohnenden Personen. Über diese »Nachbarn« im engeren Wortsinne hinaus werden im Rahmen der Auslegung der Vorschriften über die Nachbarschaftshilfe auch die Angehörigen einer gemeinsamen Familie als Nachbarn angesehen, sowie die Angehörigen eines örtlichen Vereins oder einer örtlichen Gesellschaft. (...) Nachbarschaftshilfe wird meistens unentgeltlich geleistet. Wird ein Entgelt gewährt, so liegt es meistens in der Gegenseitigkeit, mit der von dem durch die Nachbarschaftshilfe Begünstigten wiederum Nachbarschaftshilfe geleistet wird.

Jedoch gehört Unentgeltlichkeit nicht zwingend zum Begriff der Nachbarschaftshilfe. Auch bei Zahlung eines Entgelts kann Nachbarschaftshilfe vorliegen« (Ebd., S. 167). Legale Eigenarbeit mit Dienst- oder Gütertausch ist nicht zuletzt (eine Ausnahme des §1 Abs. 3 GBS) auch die Selbsthilfe im Sinne des §36 Abs. 2 und 4 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.8.1990 BGBl. I S. 1730; zuletzt geändert am 27.7.1992 BGBl. I S. 1398).

Das Zweite Wohnungsbaugesetz »... läßt es zu, daß die bei der Gewährung öffentlicher Mittel zu berücksichtigende Eigenleistung des Bauherrn auch durch sog. Selbsthilfe erbracht werden kann. Diese in einem Gesetz ausdrücklich als zulässig anerkannte Selbsthilfe kann daher nicht durch das GBS als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bedroht werden. (...)« Andere Arten der Selbsthilfe sind aber nach den allgemeinen Vorschriften zu beurteilen. Zur Selbsthilfe im Sinne des Zweiten Wohnungsbaugesetzes gehören die Arbeitsleistungen, die zur Durchführung eines Bauvorhabens erbracht werden:

- von dem Bauherrn selbst
- von seinen Angehörigen
- von anderen unentgeltlich oder auf Gegenseitigkeit.

Dazu folgendes Beispiel: A, B und C schließen sich zu einer Baugemeinschaft zusammen. Sie verpflichten sich, nacheinander jeweils den Rohbau eines Eigenheims zu errichten und dabei mindestens 200 Stunden auf dem Neubau jedes der Mitglieder der Gemeinschaft zu arbeiten. Da es sich bei A, B und C um qualifizierte Bauhandwerker handelt, liegt der objektive Wert einer Arbeitsstunde bei 70 DM. Es liegt zulässige Selbsthilfe und keine Schwarzarbeit vor (vgl. MARSCHALL 1994, S. 168).

Von anderen unentgeltlich erbrachten Bauleistungen würden wegen des Fehlens von wirtschaftlichen Vorteilen in erheblichem Umfang keine Schwarzarbeit darstellen. Die Vorschrift hat aber dann Bedeutung, wenn andere zur Durchführung eines Bauvorhabens bei dem Bauherrn auf Gegenseitigkeit Arbeitsleistungen erbringen. Haben diese Arbeitsleistungen und damit der mit ihnen verbundene wirtschaftliche Vorteil erheblichen Umfang, so läge an und für sich bei Erfüllung der übrigen Tatbestände des §1 Abs. 1 des GBS eine Schwarzarbeit vor. §1 Abs. 3 des GBS in Verbindung mit §36 Abs. 2 Buchstabe c des Zweiten Wohnungsbaugesetzes schließt aber in diesen Fällen Schwarzarbeit aus« (Ebd., S. 167f.).●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Veränderungsnotwendigkeiten politischer Rahmenbedingungen

Damit mehr Menschen selbst initiativ werden können, muß daran gearbeitet werden, daß die Politik weniger versorgt, versichert und verwaltet, sondern vielmehr Voraussetzungen erstellt, für mündiges Schaffen und Sorgen, Sichern und Walten (GROENEVELD 1994, S.13). Auch bei einem solchen Prozeß hat der Staat die Aufgabe zu steuern, zu erleichtern und zu regulieren (bzw. zu deregulieren). Selbst wenn dies in einem scheinbaren Gegensatz steht, geht es doch darum: Voraussetzungen zu schaffen.

Dabei muß Dauerhaftigkeit zum wichtigsten politischen Leitbild erhoben werden. Sie darf nicht mehr länger nur Papiertiger sein und völkerrechtlich und im Grundgesetz als gewollt erklärt werden.

Um Eigeninitiative gezielt zu ermöglichen, bietet sich, statt vieler individueller Hilfen, eine soziale Grundsicherung an, die in Verbindung mit der Erleichterung von Eigeninitiative stehen muß. Es sollten damit selbstverwaltete Lebens- und Arbeitsgemeinschaften angeregt und gefördert werden. Dieses Thema muß wohl weiterhin intensiv diskutiert werden. Aufkommensneutralität, die Abkopplung der sozialen Sicherung vom Einkommen in Verbindung mit dem Anreiz sich trotz Versorgung weiterhin zu bemühen sowie eine Sicherung der Versorgung im Alter müssen bei einer so weitreichenden Veränderung und Umverteilung gewährleistet sein. Die von Staat und Politik geschaffene Infrastruktur muß in Zukunft Eigeninitiative und Eigenarbeit gleichermaßen berücksichtigen wie bisher die Erwerbsarbeit. Eigeninitiative muß sich finanziell – z.B. durch konkrete steuerliche Anreize – lohnen.

Liberalisierung heißt heute meistens nur: Märkte öffnen, Handelsschranken und soziale Sicherungen abbauen. Die, die Eigeninitiative einschränkenden, Gesetze werden dabei immer außer Betracht gelassen. So ist zwar ein weisungsgebundenes, großräumiges, monotones industrielles Arbeiten erlaubt, ein kreatives, Freiheit zulassendes, handwerkliches Arbeiten im regionalen Bezug durch Zunftmonopole jedoch stark eingeschränkt. Berufsständische Monopole müssen dort, wo nicht das Leben anderer durch laienhaftes Handeln gefährdet ist, abgebaut werden. Wir können uns nicht länger leisten, Eigeninitiative und Eigenarbeit im heutigen Ausmaß zu lähmen. Die Demokratie des 21. Jahrhunderts muß um viele weitere Aspekte der Partizipation ergänzt werden, wenn sie noch handlungsfähig sein will und ihre Entscheidungen Akzeptanz finden sollen. Die Demokratie sollte sich der Phantasie und Kreativität der Menschen bedienen, anstatt diese zu bekämpfen.

Auch viele andere Regelungen wie z.B. Hygienegesetze, Normierungen oder das Saatgutverkehrsgesetz wirken der eigenen Initiative entgegen. Qualität und Überschaubarkeit müssen für den mündigen Kunden das entscheidende Kriterium sein dürfen.

Nicht zuletzt sollte die Nachbarschaftshilfe (auch im weiteren Sinne) weniger restriktiv gehandhabt werden. Selbst eine Zunahme der Schwarzarbeit im Sinne des heute geltenden Gesetzes wäre vertretbar, wenn nicht an anderer Stelle Armut entsteht (Weizsäcker 1978, S.188).

Vor allen Dingen müssen alle Tätigkeiten die für die Allgemeinheit nütze sind, viel stärker unterstützt oder erleichtert werden. Der Begriff der Gemeinnützigkeit muß hierzu, im Sinn des zuvor dargestellten »neuen Ökonomieverständnisses«, weiter als bisher gefaßt werden.

Selbst wenn die zuvor genannten Veränderungen vollzogen würden, ist nicht gewiß, wie die Menschen wirklich handeln. Das Bemühen um Voraussetzungen für mündiges Schaffen ist wahrscheinlich der wichtigste Grundstein, den ein Staat langfristig legen kann. Die Türen für den Schritt hin zu einem neuen, dauerhaften, sozialen und ökologischen Miteinander stehen weit offen.●

Dauerhafte Arbeit

Rechtlicher Rahmen der selbstgeschaffenen Erwerbsarbeit

Bei der Untersuchung der Erwerbsarbeit wird im folgenden die Selbstinitiative im Rahmen selbständiger landwirtschaftlicher und handwerklicher Erwerbsarbeit betrachtet.

von Götz Papke ● Dabei muß zuerst einmal geklärt werden, was handwerkliche Tätigkeit ist und ob landwirtschaftliche Tätigkeit eine handwerkliche im Sinne der HwO ist. Wenn die Erwerbsarbeitstätigkeit, die sich – wie zuvor beschrieben – aus der Eigenarbeit entwickeln kann, eine handwerkliche ist, muß der Erwerbsarbeitstätige in die Handwerksrolle eingetragen werden. Das ist schwierig, dauert lange und kostet viel Geld.

Nur wenn es sich bei dem Betreiben einer selbstständigen Erwerbstätigkeit um einen Gewerbebetrieb handelt, kann es sich auch um einen Handwerksbetrieb im Sinne der HwO handeln. Ist es keine gewerbliche Tätigkeit, so gilt es auch nicht als Handwerk. Laut §15 des EStG sind die Kennzeichen eines Gewerbes folgende:

- Der Betrieb ist auf Gewinnerzielung ausgerichtet.
- Die ausgeführte Tätigkeit ist rechtlich zulässig.
- Der Betrieb ist auf Dauer angelegt.
- Die Tätigkeit wird selbständig ausgeführt.

Ausgenommen davon sind die Urproduktion, freie Berufe und andere selbständige Tätigkeit (z.B. Kunst, vgl. §18 EStG), die bloße Verwaltung eigenen Vermögens und sozial unwertige Tätigkeiten, welche somit nicht als Gewerbe gelten.

Zur Urproduktion zählen die Land- und Forstwirtschaft, die Tierzucht, die Jagd, die Fischerei sowie der Bergbau (SIEG; LEIFERMANN; TETTINGER 1988, §1 Anm. 8, S.22 sowie §6 Anm. 2, S. 32).

Selbständige nichtgewerbliche Erwerbstätigkeiten, ohne in die Handwerksrolle eingetragen zu sein

Land- und Forstwirtschaft

»Man könnte meinen, daß auch die Arbeit der Bauern, Forstwirte, Weinbauern, Gartenbauern, Obstbauern, Gemüsebauern, Baumschulen oder [der Tierzüchter] ebenso handwerkliche Kenntnisse und Fähigkeiten erfordert wie etwa die Arbeit von Landmaschinentechnikern, Bäkkern oder Weinküfern. Dennoch handelt es sich bei der Land- und Forstwirtschaft ... nicht um ein Handwerk, da diese – von gewissen Ausnahmen ... abgesehen (10) – in der Regel eine nichtgewerbliche Tätigkeit [darstellen] (Gewerbebegriff) (11). Sie ist deshalb von den Berufsregelungen der HwO ausgenommen« (Ebd., S. 139). Landwirtschaft darf also jeder ohne Nachweis der Befähigung betreiben, was selbstverständlich nicht bedeutet, daß aufgrund dessen diese Tätigkeit jeder auch wirklich gut ausüben kann. Die in diesen Berufen existierenden Meisterprüfungen und Ausbildungen sind jedoch keine Voraussetzung für eine selbständige Tätigkeit (12).

Angelagerte Tätigkeiten werden nach einer veränderbaren sog. Verkehrsauffassung dem freien Tätigkeitsbereich Landwirtschaft oder dem reglementierten Bereich Gewerbe zugeordnet. Der Rechtsanwalt *Thomas Rüther* vertritt die Auffassung, daß beim Fleischverkauf im Einzelfall ... auch auf Wunsch eines Bestellers eine Portionierung vorgenommen werden kann. Dies würde sich immer noch im Rahmen der ersten Verarbeitungsstufe abspielen. Bei Fleisch, welches portionsweise geteilt angeboten wird (zweite Verarbeitungsstufe), werden Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb erzielt, sobald der Jahresumsatz mit Fleisch und Wurst 20.000 DM überschreitet (THOMAS RÜTHER, 1997, S. 3) (13). Natürlich gelten bei jeder Art der landwirtschaftlichen Verarbeitung die entsprechenden – die Eigeninitiative meist stark einschränkenden – Hygienegesetze.

Künstlerische Betätigung

Künstler sind keine Gewerbetreibenden und brauchen folglich auch keinen Meisterbrief. Was Kunst ist, muß jedoch im Zweifel behördlich festgestellt werden. Dazu sind das Finanzamt, die Handwerkskammer und die Künstlersozialkasse die entscheidenden Instanzen.

Selbsthilfewerkstätten

Die bei Selbsthilfewerkstätten am häufigsten anzutreffende Rechtsform ist die eines eingetragenen gemeinnützigen Vereins (14). Es durchdringen sich hier die Rechtsgebiete Handwerksrecht und Gemeinnützigkeitsrecht.

Ein Bereich, in dem traditionell nichtgewerbliche »Betriebe angesiedelt sind, die durchaus handwerksmäßig arbeiten, sind ... soziale Einrichtungen der Behindertenarbeit« (Ebd., S. 142) (15).

Selbsthilfewerkstätten können z.B. auch Arbeitslosenprojekte oder Fahrzeugselbsthilfewerkstätten sein. Dabei würde dann ein Verein eine Werkstatt betreiben, in der die Mitglieder gegen einen geringen Beitrag oder unentgeltlich Werkstatt und Werkzeuge nutzen können, um beispielsweise das eigene Auto zu reparieren. »Dabei ist es zulässig, wenn Angestellte des Vereins nicht nur für den Verleih des Werkzeugs zuständig sind, sondern auch Anleitung bei der Lösung von fachlichen Problemen geben. Handwerkliche Kenntnisse könnten z.B. in Form von Kursen vermittelt werden. Neben der Anleitung und dem Verleih von Werkzeug ist es sogar möglich, bestimmte Reparaturen, die den Werkstattbenutzern zu schwierig sind, gegen Entgelt durchzuführen. (...) Letzteres wäre denkbar in Form eines unerheblichen handwerklichen Nebenbetriebs. Die Einnahmen des Vereins können sich speisen aus Nutzungsgeldern, Kursbeiträgen, Zuschüssen (z.B. ABM), Spenden, Mitgliedsbeiträgen und – im Falle des unerheblichen Nebenbetriebes – in Rechnung gestellten handwerklichen Leistungen« (Ebd., S. 141f.). Dennoch kann der Verein unter bestimmten Bedingungen gezwungen sein, eine Gewerbeanmeldung vorzunehmen.

Selbständige gewerbliche Tätigkeiten, ohne in die Handwerksrolle eingetragen zu sein

Im Unterschied zu den vorgenannten selbständigen Tätigkeiten, welche nicht gewerblich und damit ohne Handwerksrolleneintragung sind, werden nun gewerbliche Tätigkeiten ohne Pflicht zum Eintrag in die Handwerksrolle beschrieben.

Bei dem Minderhandwerk/Kleingewerbe und beim handwerksähnlichen Gewerbe sind einfache Tätigkeiten, die im ersten Lehrjahr erlernt werden, erlaubt.

Keine Handwerksrolleneintragung erfolgt, wenn industrielle Produktionsmethoden angewandt werden. Eigeninitiative wird eigentlich per Definition – außer für den Unternehmer-ausgeschlossen. Jedoch sind gerade hier groteskerweise alle Tätigkeitsbereiche erlaubt.

Foto: Bernd Uhlig

Hier entsteht ein Konflikt, weil die Kreativität und Arbeitsfreiheit einschränkendes industrielles Arbeiten –sogar in sehr großem Umfang – zugelassen ist, dieses jedoch meist den Gedanken der Eigeninitiative und der Nachhaltigkeit widerspricht.

In der Rechtsform des unerheblichen Nebenbetriebs kann sehr viel Eigeninitiative untergebracht werden. Als unerheblich wird eine Tätigkeit dann bezeichnet, wenn sie während eines Jahres den durchschnittlichen Umsatz und die durchschnittliche Arbeitszeit eines ohne Hilfskräfte arbeitenden Betriebs des betreffenden Handwerkszweiges nicht übersteigt (§3 Abs. 2 HwO).

Auf Nachfrage nannte der Zentralverband des deutschen Handwerks für folgende Ein-Mann-Betriebe jährliche Umsatzgrenzen in Höhe von: 62.800 DM für Metzger, 87.300 DM für Bäcker, 103.200 DM für Landmaschinenmechaniker, 133.800 DM für Müller, 54.900 DM für Gerber, 73.200 DM für Tischler, 111.100 DM für Kfz-Mechaniker (WEBERS 1997, mündl. Mitt) (16).

Bei Marktverkehr und Reisegewerbe kann sehr viel Eigeninitiative ergriffen werden. Es heißt: »Auch wenn ein Gewerbe unter Anlage A der HwO fällt und die auszuführenden Tätigkeiten nicht mehr als solche einfachen oder mittleren Schwierigkeitsgrads angesehen werden können, so bedeutet dies keineswegs immer, daß der [Gewerbetreibende] ... die Meisterprüfung abgelegt haben ... muß« (MIRBACH 1986, S. 70).

»Wer sein Handwerk nur auf Wochen- oder Jahrmärkten *[Marktordnung beachten, d. Verf.]* ausübt oder dort gegebenenfalls auch Bestellungen für Waren oder gewerbliche Leistungen entgegennimmt ...« (Ebd., S. 71), betreibt Marktgewerbe ohne Pflicht zur Handwerksrolleneintragung und Reisegewerbeschein.

Das Anbieten von gewerblichen Leistungen ist nicht auf allen Märkten möglich (Marktprivileg). Bei Messen und Ausstellungen hingegen ist es meist erlaubt (vgl. §64 und §65 GewO) (Wörle 1995, S. 161).
Es ist möglich, selbst Märkte – z.B. Kunsthandwerkermärkte – zu veranstalten, wenn diese beim Ordnungsamt angemeldet sind.

Wer nur außerhalb der Räume seiner gewerblichen Niederlassung (Büro, Werkstatt usw.) ohne eine solche zu haben, persönlich, ohne vorhergehende Bestellung Waren feilbietet, Bestellungen aufsucht (vertreibt) oder ankauft sowie unter anderem gewerbliche Leistungen anbietet und Bestellungen für gewerbliche Leistungen oder Waren entgegennimmt, betreibt ein Reisegewerbe (vgl. §55 Abs. 1 GewO). Auch Schaustellertätigkeiten fallen unter diese Bezeichnung. Reisegewerbe ist kein stehendes Gewerbe und somit nicht handwerksrollenpflichtig.

Reisegewerbetreibende benötigen eine Reisegewerbekarte, welche bei den Ordnungsämtern beantragt werden kann. Diese kann zeitlich begrenzt oder ein Leben lang gültig sein. Es werden regional unterschiedliche Gebühren verlangt. Dazu ist ein polizeiliches Führungszeugnis, ein Gewerbezentralregisterauszug und eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung notwendig.

Der Reisegewerbetreibende muß sich strikt an einige Regeln halten. So darf er z.B. keine Werbung machen oder sich im Branchenverzeichnis eintragen lassen. Ein Tätigwerden auf vorhergehende telefonische Bestellung ist nicht zulässig. Ein Aufsuchen von z.B. Architekten, die den Handwerker – bei sofortiger Leistungsbereitschaft seinerseits (Ausstattung mit Werkzeug) – dann dem Bauherren vorschlagen, ist zulässig. Danach darf sogar ein Leistungsverzeichnis ausgefüllt werden. Die Materialien werden vom Handwerker meist nach Auftragserteilung bestellt. Er darf auch eine Werkstatt besitzen und in dieser produzieren (17). Auch ein Lager ist erlaubt.

Einige Spezialgesetze schränken den Reisegewerbetreibenden ein. Dazu zählen z.B. das Waffen-, das Sprengstoff-, das Arzneimittel- und das Milchgesetz oder die Hackfleischverordnung; nicht jedoch die HwO. Spezielle Tätigkeiten sind aus Gefahrengründen ausgeschlossen (z.B. Friseur). Der Antragstext für Zulassung eines Reisegewerbes legt fest, welche Tätigkeiten ausgeübt werden dürfen.

Im folgenden einige Beispiele für Gewerbezwecke (18). Anbieten und Feilbieten oder Aufsuchen von Bestellungen auf die gewerblichen Leistungen von: Zimmererarbeiten, Landschaftsgestaltungsarbeiten, Gartengestaltungsarbeiten, Lehmbauarbeiten, Holzarbeiten, industriell angefertigten Produkten, Hoch- und Tiefbauarbeiten usw..

Das zu den vielfältigen Möglichkeiten des Eigeninitiativwerdens notwendige Wissen über die Durchführung von Selbsthilfe findet man in der einschlägigen Selbsthilfefachliteratur und natürlich bei den einschlägigen Praktikern (19).●

Bei den hier veröffentlichten Beiträgen handelt es sich um die Rohfassung des Artikels »Durch Eigeninitiative persönliche Sinnstiftung mit Gemeinsinn verbinden« von Götz Papke
Kontakt: Kastanienhof; Dorfstr. 52 D-37318 Marth
Tel./Fax: (03 60 81) 6 00 53
E-Mail: geotz@wiz.uni-kassel.de

Fußnoten:

10: Dies kann z.B. bei sehr großen Tierbeständen besonders in der Schweinemast oder der Legehennenhaltung zutreffen (LEIBER 1984, S. 350).
11: Zur Abgrenzung von Gewerbebetrieben siehe auch §13 und §15 EStG; KLÖRGMANN 1997, S. 458ff. und §24 UStG sowie §2 GewStG.
12: Dies ist historisch so gewachsen und eine wichtige Voraussetzung für eine Grundbedürfnisbefriedigung in Notlagen.
13: Diese Aussage stützt sich auf eine Stellungnahme des BMF (BMF, BStBl 1995, Teil 1, S. 703).
14: Vgl. hierzu AO §14, 52, 55, 58, 64, 65, 67a, 68; EStG 3, 10b; UStG §4, 4a, 12, 19, 23a sowie CZESLA; SIEBECK 1996.
15: Ein Verzeichnis der Integrations- und Zuverdienstfirmen für psychisch Behinderte in der BRD gibt es bei der Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte gGmbH
16: Zahlen von 1994, ohne Umsatzsteuer. 17: Vgl. Beschluß des VGH Baden-Württemberg vom 29.11.1972; GewA 1973, S. 159.
18: Obwohl diese Texte aus mündl. Mitt. hervorgingen, wird hier auf eine Quellenangabe verzichtet.
19: Detaillierte Gesetzestexte und Hinweise auf spezielle Selbsthilfeliteratur im Buch von Götz Papke: Dauerhafte Arbeit – Neue Arbeit durch Selbstversorgung, Packpapier Verlag 1997, beim Autor gegen 15,- erhältlich (Götz Papke, Kastanienhof, Dorfstr 52, 37318 Marth)

Anzeige

ASSISTENZGENOSSENSCHAFT, HAMBURG

Verantwortlich für sich selbst entscheiden – gestützte Selbsthilfe von Behinderten

Gegründet wurde die Hamburger Assistenzgenossenschaft (HAG) im Jahre 1993 von Behinderten. Ihr Ziel war und ist es, möglichst vielen betroffenen Menschen die Chance für ein eigenbestimmtes Leben durch persönliche Assistenz zu eröffnen. Zu diesem Zweck sollen Behinderte wesentliche Befugnisse selbst erhalten, beispielsweise indem sie sich die jeweilige Assistenz selbst aussuchen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaft ● Seit Ende der sechziger Jahre verstärkt sich die Kritik an stationären Einrichtungen mit ihren isolierenden Lebensbedingungen. Die Forderungen der Psychiatrie-Enquete des Deutschen Bundestages von 1975, eine ambulante sozialpsychiatrische Versorgung aufzubauen, verlieh der Kritik den nötigen Nachdruck. Auch wird seit Anfang der achtziger Jahre von Menschen mit funktionellen Einschränkungen vehement das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung gefordert. Die Einsicht, ambulante Hilfen auch auf den Bereich der Behindertenarbeit auszudehnen, nahm vor diesem Hintergrund erheblich zu.

Mittlerweile sind ambulante Dienste in der der Alten- und Behindertenarbeit nicht mehr wegzudenken. Sie stellen also nicht nur eine Alternative zur stationären Unterbringung dar, sondern ermöglichen auch ein Leben in den eigenen vier Wänden ohne Abhängigkeit von anderen Familienangehörigen. Allerdings sind die meisten herkömmlichen Angebote im Bereich der häuslichen Pflege für eine selbständige Lebensführung von Menschen mit Behinderungen nicht geeignet.

Persönliche Assistenz

Hier setzt die Idee der persönliche Assistenz an. Sie entstand mit der Independent-Living-Bewegung in den USA in den siebziger Jahren. Mit der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung wurde sie auch in Deutschland in der Öffentlichkeit bekannt. Assistenz stellt allerdings nur eine von mehreren Grundbedingungen dar, um Behinderten ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. Weitere Vorraussetzungen sind:

- Zugänglichkeit von öffentlich genutzten Gebäuden und Beförderungsmitteln;
- barrierefreies Wohnen in gewohnter Umgebung;
- Schaffung angepaßter Arbeitsplätze;
- Bereitstellung orthopädischer und technischer Hilfsmittel zur Erleichterung größtmöglicher Mobilität;

Der Begriff »persönliche Assistenz« steht für jede Art der persönlichen Hilfe, die es den Betroffenen ermöglicht, ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft zu führen. Bezeichnungen wie »Pflege« und »Hilfe« lassen die Ausführenden zu »selbstlosen Samaritern« werden und die Entgegennehmenden zu »passiven Empfängern« von Wohltätigkeit. Greift aber jemand auf »Assistenz« zurück, trägt er laut *Swantje Köbsell*, für das eigene Leben aktiv die Verantwortung.

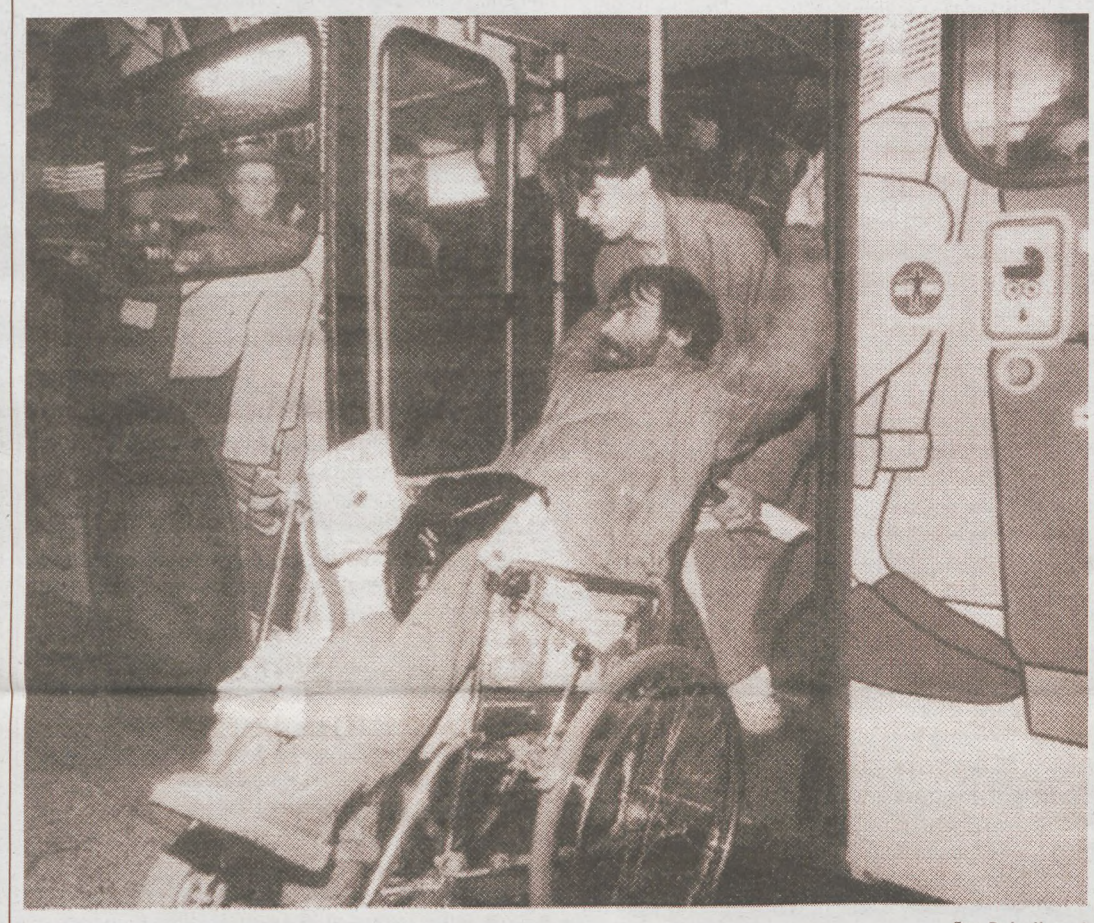


Foto: Detlev Konnerth

Beibehalten von Kompetenzen

Ein entscheidendes Kriterium der persönlichen Assistenz stellt das Mitbestimmungsrecht der assistenzbedürftigen Person bei den Arbeitsbedingungen dar, um die eigenständige Gestaltung ihres Alltags zu sichern. Die persönliche Assistenz umfaßt bedarfsorientierte Unterstützungen bei der Körperpflege, bei Erledigungen im Haushalt, bei der Mobilität und Kommunikation sowie anderen alltäglichen Handlungen. Sie soll einem behinderten Menschen das Verfolgen eigener Interessen und Ziele ermöglichen. Um dies zu erreichen, muß die Personalkompetenz bei dem Betroffenen liegen. Das bedeutet, der Assistenznehmer kann sich den Assistierenden als Person seines Vertrauens selbst aussuchen..

Im Umgang mit ihren Einschränkungen haben die Betroffenen selbst die längste und unmittelbarste Erfahrung. Deshalb kommt ihnen auch die Anleitungskompetenz gegenüber den Assistenten zu: Als »Experten in eigener Sache« wissen sie am besten »wie« die Unterstützung erbracht werden muß. Ergänzung findet dies in der Organisationskompetenz, die erst die individuelle Lebensführung ermöglicht. Sie umfaßt das eigenständige Gestalten des Alltags und die Bestimmung der dafür erforderlichen Assistenz.

Des weiteren ist Kontinuität bei der Assistenz erstrebenswert. Durch regelmäßige Zusammenarbeit entsteht Vertrauen und die ständige Anleitung entfällt mit der Zeit. Als eingespieltes Team entwickelt sich so eine zuverlässige Basis. Eine möglichst hohe Flexibilität der Assistenten ist dabei Voraussetzung für ein effektives Arbeitsverhältnis. Das alles soll als Unterstützung in den eigenen vier Wänden erfolgen, aber auch in Form von Begleitdiensten außerhalb des Hauses, die somit zusätzliche individuelle Gestaltungschancen bieten sollen.

Finanzielle Selbständigkeit gefordert

Entgegen der in Deutschland üblichen Praxis müßten Behinderte als Anspruchsberechtigte von Sozialleistungen auch frei über die ihnen zustehenden finanziellen Mittel verfügen können. Würde bei ihnen die Finanzkompetenz liegen, könnten sie die Mittel flexibel nach ihren Bedürfnissen einsetzen: Die Inanspruchnahme einer persönlichen Assistenz erfordert, daß die Betroffenen selbst über die Finanzen verfügen.

In Deutschland ist mit dem Pflegeversicherungsgesetz von 1995 die selbstorganisierte Assistenz erschwert. Personen, die sich ihre Pflege selbst organisieren wollen, erhalten danach ein Pflegegeld. Dessen Höhe hängt von der Pflegestufe ab, in die der Betroffene vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) eingestuft wird. Erfolgt die Pflege über einen ambulanten Dienst, der von der Pflegekassen als Vertragspartner anerkannt ist, gewährt die Pflegekasse die Pflegesachleistung. Deren Abrechnung erfolgt direkt zwischen dem ambulanten Dienst und der Pflegekasse.

Insofern müssen unterstützungsbedürftige Menschen ambulante Pflegedienste in Anspruch nehmen, um den gesamten Umfang der notwendige Pflege finanziert zu bekommen. Ein großer Teil der Selbstbestimmung geht dadurch verloren, weil die Betroffenen an die institutionell geprägte Pflege gebunden bleiben. Die *Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e.V.* fordert deshalb, beeinträchtigte Personen, die ihre Unterstützung selbst organisieren, als Anbieter von Pflegesachleistungen anzuerkennen.

Hamburger Assistenzgenossenschaft

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Entstehung von bisher zwei Assistenzgenossenschaften in Bremen und Hamburg einen eigenständigen »Sinn«. Die *Hamburger Assistenzgenossenschaft* (H.A.G.) geht zurück auf eine Initiative des Hamburger Vereins *»Autonom Leben«*. Dieser setzt sich seit 1984 für ein würdiges und selbstbestimmtes Leben von Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen ein. Entsprechend betreibt der Verein seit 1987 eine Beratungsstelle in Altona und eröffnete 1988 das *Röpers Hofcafe*. Die Genossenschaft selbst wurde im Jahre 1993 von Behinderten gegründet.

Zu Anfang halfen, neben dem geschäftsführenden Vorstand, einige ehrenamtliche Betroffene bei der täglichen Arbeit der HAG. Durch das steigende Interesse an einer Assistenz konnte diese Art der ehrenamtlichen Mitarbeit allerdings nicht aufrecht erhalten werden: Es mußte immer mehr professionelle Arbeit geleistet werden. Außerdem wurde es durch die wachsende Größe der HAG und den steigenden Ansprüchen an die Arbeit immer schwieriger, ehrenamtliche Mitarbeiter in den täglichen Geschäftsablauf zu integrieren.

Die Zahl der Assistenzstunden wuchs rasant. Sie stieg von 1993 bis 1997 von 932 auf etwa 6.300 Stunden. Entsprechend wurden in den Geschäftsbetrieb und für die einzelne Assistenz immer mehr Mitarbeiter und Assistentinnen eingestellt. Ihre Zahl einschließlich der Mitarbeiter für Büro und Pflege erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 19 auf 125. Aufgrund der großen Nachfrage an persönlicher Assistenz soll die gegenwärtige Stundenzahl verdoppelt werden. Um die schon jetzt weiter gestiegene Anzahl von Mitarbeiterinnen und Assistentinnen unter ein Dach zu integrieren, wurden im November 1998 neue größere Räumlichkeiten bezogen.

Machtverhältnisse verändern

Die Idee, einen ambulanten Dienst nach den Kriterien der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung zu gründen, entstand aufgrund vieler Beratungsgespräche. In diesen wurde immer wieder Unzufriedenheit mit den bis dahin angebotenen ambulanten Diensten formuliert. Eines der wichtigsten Ziele ist es, die bestehenden Machtverhältnisse zu verändern: Die Macht, die der Hilfegeber aufgrund bestehender Strukturen besitzt, soll bewußt auf den Hilfenehmer übertragen werden.

Um ein Angebot von persönlicher Assistenz zu realisieren, diente die länger bestehende *Bremer Assistenzgenossenschaft* als Vorbild. Die Genossenschaft als Rechtsform wurde gewählt, weil sie eine feste Bindung der Mitglieder garantiert und gleichzeitig eine demokratische Organisation darstellt. Seit vier Jahren ist die H.A.G. als Genossenschaft und als gemeinnütziger Verein anerkannt. Dies gilt auch für die Anerkennung seitens der Pflegekassen, die durch die Beschäftigung einer examinierten Krankenschwester vor allem für die Koordination erreicht wurde.

Beim Aufbau der H.A.G. können zwei wichtige Schritte unterschieden werden: die Eintragung der Genossenschaft sowie die Anerkennung als gemeinnütziger Verein. Zur Gründung der Genossenschaft mußten 300.000 DM vorfinanziert werden. Die Hauptfürsorgestelle in Hamburg gab einen Zuschuß von 65.000 DM. Die *»Lawaetz-Stiftung«*, die selbstverwaltete Betriebe fördert, bot ein günstiges Darlehen an. Zudem vermittelte die genossenschaftliche Geldberatungsgesellschaft *TRION* eine Privatperson, die die restlichen 100.000 DM bereitstellte.

Kooperative Selbstorganisation

Ein weiterer Bestandteil der Finanzierung ist der Erwerb von Genossenschaftsanteilen. Ein Genossenschaftsanteil kostet 250 DM, wobei jedes Genossenschaftsmitglied unabhängig von den gekauften Anteilen nur über eine Stimme in der Mitgliederversammlung verfügt. Zur Zeit hat die H.A.G. 54 Genossenschaftsmitglieder, von denen 37 unterschiedliche Einschränkungen haben. Außerdem gibt es 80 Betriebsmitglieder.

Die Mitgliederversammlung, auch Generalversammlung genannt, wählt den Vorstand, der mit der Geschäftsführung vertraut ist, sowie den Aufsichtsrat, dem neben der Generalversammlung die wichtigsten Kontrollaufgaben zukommen. Zudem existiert noch eine Assistenznehmerversammlung. An dieser nehmen auch Assistenznehmer teil, die kein Genossenschaftsmitglied sind. So zählt diese Versammlung derzeit 20 Mitglieder, von denen nur ca. 1/3 Genossen sind.

Der geschäftsführende Vorstand der H.A.G. schließt mit den Menschen, die persönliche Assistenz in Anspruch nehmen wollen, einen Assistenzvertrag. In diesem sind die Verpflichtungen des zukünftigen Assistenznehmers sowie die Leistungen der H.A.G. festgelegt. Sie erledigt beispielsweise die Lohnbuchhaltung sowie andere organisatorische, arbeits-und versicherungsrechtliche Dinge für die Assistenznehmer.

Unterstützungen durch die H.A.G.

Die benötigten Assistenten werden entweder von der betreffenden Person selber oder zusammen mit der H.A.G. gesucht, teilweise durch individuelle Stellenausschreibungen. Die Assistenznehmer und die H.A.G. agieren gemeinsam als Arbeitgeber. Der größte Teil der Assistenten sind Teilzeitkräfte und Studenten. Sie werden nach BAT vergütet. Der Stundenlohn der Studenten liegt derzeit bei 18,68 DM. Zivildienstleistende werden für diese Arbeit nicht als geeignet angesehen. Hauptgrund dafür ist, daß sie nicht langfristig, sondern nur zeitlich begrenzt zur Verfügung stehen.

Bei Problemen zwischen Assistenznehmern und Assistenzgebern nimmt die H.A.G. eine vermittelnde Position ein. Darüber hinaus organisiert sie regelmäßig Treffen zwecks Erfahrungsaustausch. Dieser Service soll besonders die Qualität der Assistenz sichern. Qualität definiert sich allerdings in erster Linie durch einen möglichst seltenen Assistenzwechsel.

Eine wichtige Rolle der H.A.G. liegt in der Unterstützung von Verhandlungen mit den Kostenträgern über Art und Umfang der benötigten Assistenz. Seit der Einführung der Pflegeversicherung stellt sich dies als immer schwieriger heraus. Die H.A.G. rechnet mit den zuständigen Kostenträgern nicht, wie allgemein üblich, nach Leistungskomplexen ab, sondern nach Stunden. Zusammen mit den 20 Assistenznehmern sind gegenwärtig 76 Assistenzgeber beschäftigt, die monatlich ungefähr 4.500 Stunden Assistenz geben.●

Kontaktadressen:
H.A.G. e.G., Antonistraße 3, D-20359 Hamburg
Assistenzgenossenschaft Bremen e.G.,
Philosophenweg 17, D-28195 28195 Bremen

Anzeige

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

9. Jahrgang, Nr. 36, Dezember 1998, 240 Seiten

Globalisierung und Peripherie

Castro – Unipolare Welt und Unabhängigkeit der Staaten / Höhme – Internationale Finanzkrise / Neelsen – Periphere Gesellschaftsformation und internationale Klassensolidarität/ Pauli – Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft / Boris – Lateinamerika im neoliberalen Globalisierungsprozeß / Goldberg – Afrika zwischen Weltmarktdruck und Überlebensstrategie / Werning – Herrschaftskrise und Krisenherrschaft in Indonesien / Peters – China „muß den (kapitalistischen) Tiger reiten"

Nach den Wahlen

Werner – PDS / Berichte: „Koalition von unten"; Gewerkschaftslinke; Gewerkschaftspolitische Alternativen in Europa

Theoriegeschichte

Losurdo – Liberale Tradition, Freiheit, Exklusion / Collmer – Deleuze/ Guattari: Kapitalismus und Schizophrenie (II) / Gedö – Warum Marx oder Nietzsche? / Steiner – Alexandra Kollontai

Berichte – Rezensionen: Werttheorie, Globalisierung, ökologische Steuerreform, Ideologie- und Gesellschaftstheorie, Geschichte

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

BUCHBESPRECHUNGEN

Sponsoring, Förderung und Management von Non-Profit-Organisationen

Vorschläge für die Lösung von Finanzierungsproblemen nehmen bei der aktuellen Literatur über soziale Unternehmen und Projekte einen breiten Raum ein. Ergänzung finden sie in der vertiefenden Auseinandersetzung über geeignete Managementinstrumente.

Sozio-Sponsoring professionell gestalten

Gesellschaftliche Verantwortung versuchen Unternehmen in zunehmendem Maße durch Sozio-Sponsoring zu veranschaulichen. Entsprechend entwickelt sich Sponsoring als neuer Ausgangspunkt für die Kommunikation mit den unterschiedlichsten Zielgruppen. Sponsoring kann als die zweckbezogene Bereitstellung von Geld- und Sachleistungen für Einzelpersonen, Organisationen oder Veranstaltungen gesehen werden. Als Gegenleistung unterstützt der Leistungsempfänger auf Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung den Geber beim Erreichen seiner Ziele durch kommunikative Maßnahmen wie Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.

Das Förderengagement von Unternehmen schafft Ereignisse und Anlässe, so *Andreas Kultschytzky*. Dies ergibt für sie die Möglichkeit, mit verschiedenen Zielgruppen in einen Dialog zu treten. Nach seiner Einschätzung ist das »oft die einzige Möglichkeit, bestimmte (besonders kritische) Anspruchsgruppen anzusprechen, die über die üblichen Kommunikationskanäle kaum zu erreichen sind.« Als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Marketinglehrstuhl der Universität Würzburg gehört Andreas Kultschytzky zu den rund 100 Autorinnen und Autoren des umfangreichen dreibändigen Loseblattwerks »Leitfaden Sponsoring & Event-Marketing«.

Trotz aller Zwiespältigkeit würden viele soziale Initiativen und Projekte auf Sponsoring als Finanzierungsmöglichkeit gerne zurückgreifen. Meistens wissen sie allerdings nicht, wie eine erfolgreiche Sponsoren-Suche zu organisieren ist. Die Unternehmensberater *Marita Hailbach* und *Hans-Willy Brockers* stehen hier mit ihren Beiträgen in dem Sammelwerk durch viele Tips, Ratschläge und Checklisten zur Seite. Zielgruppenbeschreibung, Gegenleistung des Sponsors, Planung der Kontaktaufnahme sind Beispiele dafür. Marita Hailbach spricht sich für den Einsatz professioneller Geldbeschaffer aus. Gleichzeitig gibt sie allerdings zu bedenken, daß Freiwillige beim Einwerben von Geldern eine unverzichtbare Grundlage für die Finanzmittelakquisition der meisten Non-Profit-Organisationen darstellen.

Mit dem Loseblattwerk steht ein umfassendes Kompendium zu allen wichtigen Themen zur Verfügung, die mit der Finanzierung und Förderung von Kultur, Sport, Sozialem, Wissenschaft und Umwelt zu tun haben. Gleichgültig, ob jemand Sponsoren sucht oder selbst als Sponsor aktiv werden möchte, die Ausführungen erleichtern das weitere Vorgehen. Aufgrund seines Umfangs und dem regelmäßigen Aktualisierungs- und Ergänzungsangebot ist die Anschaffung der drei Ordner allerdings nur für Agenturen oder Sponsorgeber bzw. -nehmer sinnvoll, die sich dauerhaft mit dem Thema auseinandersetzen wollen oder müssen.

Leitfaden Sponsoring & Event-Marketing, Loseblattwerk, Grundwerk ca. 2.000 S., 3 Ordner, Düsseldorf (RAABE Fachverlag für Öffentliche Verwaltung) 1995ff., DM 159,– im Abonnement DM 289,– zzgl. Versand, 4 Ergänzungslieferungen im Jahr.

Wie Stiftungen fördern?

Empfehlenswert zum Thema »Gelder auftreiben« ist eine kleine Arbeitshilfe im Umgang mit Stiftungen für Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen sowie soziale, kulturelle und gesellschaftpolitische Projekte. Herausgegeben von der *Stiftung Mitarbeit* in Bonn und der *Paritätischen Geldberatung e.G.* in Wuppertal gibt sie als Einstieg einen Überblick über das Stiftungswesen in Deutschland. Anschließend werden Fördermöglichkeiten und -praktiken anhand großer meist bundesweit tätiger Stiftungen dargestellt. Interessant sind besonders verschiedene Erfahrungsberichte aus der Förderpraxis von Stiftungen und zwar sowohl aus Sicht verschiedener Projekte als auch aus Stiftungssicht. Orientierungspunkte zur Förderantragstellung sowie Leitlinien zur Kosten- und Finanzplanung runden die für einen Einstieg sehr hilfreiche 120-seitige Broschüre ab.

Theo Bühler, Sylvia Fels, Wilfried Theißen-Boljahn: Wie Stiftungen fördern, Bonn (Verlag: Stiftung MITARBEIT) 1997, DM 14,–.

Management sozialwirtschaftlicher Unternehmen

Wer sich praktisch oder wissenschaftlich mit Non-Profit-Unternehmen (NPOs) beschäftigt, findet in dem Handbuch von *Christoph Badelt* einen guten Ratgeber. Die Beiträge sind anwendungsbezogen geschrieben, so daß sie ohne Vorkenntnisse verstanden werden können. Neben fachlichen Analysen und Fakteninformationen enthält der Sammelband auch praktische Hilfestellungen für die alltägliche Arbeit. Hintergrund für die Veröffentlichung ist ein Forschungsschwerpunkt an der Wirtschaftsuniversität Wien, an dem rund 15 Fachvertreter interdisziplinär zusammenarbeiten.

Der Einstieg erfolgt über die Darstellung der Non-Profit-Sektoren Deutschlands, der Schweiz und Österreichs. Anschließend werden auf rund 250 Seiten die relevanten Managementthemen behandelt. Begonnen wird in diesem wichtigen zweiten Teil mit Ausführungen zu den Zielen, den rechtlichen Gestaltungsformen und der Organisation von NPOs. Neben Marketing, Personal- und Projektmanagement nehmen auch Ausführungen zum Entscheidungs-, Konflikt- und Veränderungsmanagement einen hohen Stellenwert ein. Deutlich wird dabei, daß die Anforderungen an die Gestaltung von NPOs genauso rasant wachsen wie die Instrumente für ihre Handhabung.

Veranschaulicht wird dies beispielsweise an der Finanzierungsproblematik. Abgehandelt werden die klassischen Finanzierungsmöglichkeiten wie das Aufbringen von Eigen- und Fremdkapital über die verschiedensten Formen der Außen- und Innenfinanzierung. Die sehr gedrängte, aber zugleich auch sehr übersichtliche Darstellung von *Stefan Bernhardt* erleichtert hier ein systematisches Vorgehen. Dies unterstreichen seine kurz erläuterten Anregungen zur Vorgehensweise beim Erarbeiten von Finanzierungsstrategien, indem er zur Diagnose der Ist-Situation und zur Entwicklung zukünftiger Finanzierungsszenarios auf die an anderer Stelle ausführlich erläuterte Portfoliotechnik zurückgreift.

Die Qualität der meisten Artikel des Buches ist durch Systematik, Kürze, Aktualität, Verständlichkeit und graphische Veranschaulichung unbestreitbar. Das Thema Non-Profit-Organisation erweist sich aber als zu umfassend und unüberschaubar, so daß sich der Handbuchcharakter als zu hochgegriffen erweist. Eine stärkere Zuspitzung auf Teilbereiche wie Vereine, Verbände, gemeinwirtschaftliche Unternehmen oder Stiftungen hätte den selbstformulierten Anspruch des Buches zwar verringert, die konkrete Anwendbarkeit aber erhöht.

Christoph Badelt (Hg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management, Stuttgart (Schäffer-Poeschel Verlag) 1997, DM 78,–.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Neue Genossenschaften braucht das Land

... Gerade solche Genossenschaftstypen, die unter dem französischen Begriff »economie sociale« bzw. italienisch »cooperativa soziale« subsumiert werden, können Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen für Menschen, die auf dem rein profitorientierten Arbeitsmarkt keine Chancen haben. Dazu gehören insbesondere soziale Kooperativen als Behinderten-Kooperativen, Kooperativen sozialer Solidarität (mit Freiwilligen) und Kooperativen für soziale Dienste. Örtliche Beschäftigungsinitiativen, die sich dem Gedanken der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung verschrieben haben, fallen ebenfalls darunter.

Wie fördert Ihr konkret solche Neugründungen sozialer Genossenschaften?

Wir unterstützen die Erarbeitung von Wirtschaftlichkeitskonzepten, um die Projekte auf eine wirtschaftlich sinnvolle Basis zu stellen. Dabei ist uns wichtig, nach neuen Finanzierungskonzepten zu suchen, die zwar staatliche Fördermittel einbeziehen können, die Genossenschaften aber auf keinen Fall von diesen abhängig machen sollen. Dabei stellt sich natürlich manchmal auch heraus, daß sich Ideen wirtschaftlich nicht verwirklichen lassen und eine andere Konstruktion, z.B. als Verein, sinnvoller wäre.

Also nicht Genossenschaft um jeden Preis?

Genau. Diese Pflichtprüfung bereits in der Gründungsphase ist ja keine Geißel, sondern die Möglichkeit, eine zukunfts- und mitgliederorientierte Unternehmung zu gründen, die auf sicheren Beinen steht. Und dafür ist eine Genossenschaft in vielen Fällen eine geeignete Form, aber eben nicht immer, und das werden wir auch jeder Gründungsgruppe sehr ehrlich sagen.

Welche Forderungen stellt Ihr an die neue Bundesregierung in Sachen Genossenschaftsförderung?

Wir würden es für sinnvoll halten, daß die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen an neugegründeten Genossenschaften steuerlich die Summe der Einkünfte bzw. den Gesamtbetrag der Einkünfte mindert, und zwar in voller Höhe des eingezahlten Geschäftsguthabens. Sozialgenossenschaften, die analog der italienischen Situation zu einem Drittel aus behinderten Beschäftigten und weiteren Mitgliedern bestehen, die ehrenamtlich arbeiten, sind gemeinnützig zu stellen und damit von der Steuerzahlung bezüglich von Überschüssen zu befreien. Ebenso ist diese Art von Genossenschaften von der Umsatzsteuer sowie in Teilen von der Lohnsteuer und von Sozialabgaben freizustellen.

Produktivgenossenschaften, die sich aus Beschäftigungsinitiativen gegründet haben, sind für eine Übergangszeit von mindestens 5 Jahren (besser 10 Jahre) von der Körperschaft- und Gewerbesteuerzahlung bezüglich Überschüssen zu befreien, damit sie Rücklagen bilden können. Darüber hinaus wäre ein Kombi-Lohnmodell, also öffentliche Führung für mindestens zwei Jahre, zu gewährleisten, wenn ein Drittel der Kooperative aus Langzeitarbeitslosen besteht.

Weiterhin sollte darüber nachgedacht werden, wie es Arbeitslosen mit Hilfe von Wohnungsbaugenossenschaften ermöglicht werden kann, sich ihren Wohnraum selbst zu schaffen. Hier sind vor allem Problemgruppen anzusprechen, die über Sozialgenossenschaften entsprechende Betreuung benötigen. Die Betreuung von Jugendlichen sowie deren Ausbildung sollte in solchen Projekten gefördert werden. Gründungsprüfungen können über Arbeitsförderungsmittel nach dem SGB III gefördert werden.

Nun gibt es ja gerade in Berlin eine Reihe von Beschäftigungsinitiativen und gemeinnützigen Trägern, die solche wie die hier von Euch benannten Projekte durchführen. Allerdings sind mir darunter kaum Genossenschaften bekannt.

Das Besondere an einer genossenschaftlichen Organisation von Projekten und Betrieben, die Arbeit für benachteiligte Bevölkerungsgruppen organisieren, ist zum einen die Selbstverwaltung der Beschäftigten. Sie werden eben nicht nur für eine begrenzte Zeit beschäftigt, sondern können sich im Rahmen einer sozialen Genossenschaft ihre eigenen Arbeitsplätze schaffen. Zum anderen können in eine Genossenschaft neben den Beschäftigten auch andere Beteiligte einbezogen werden, z.B. KundInnen, LieferantInnen etc.

Das klingt nach dem Modell TAZ, wo ja auch LeserInnen die Möglichkeit haben, MiteigentümerInnen zu werden. Ich bin gespannt, was sich da demnächst noch tun wird.●

Informationen-können abgerufen werden bei:
pkmg@vossnet.de

SEMINARANKÜNDIGUNG

»Kommunitarismus und Alternative Ökonomie
Gegensätze oder f(r)u(r)chtbare Ergänzung?«

TAK AÖ-Seminar vom 26.02.99 bis 28.02.99 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Würzburg

Alternative Ökonomie umfaßt alle Formen des Wirtschaftens, in denen weitgehende Partizipation an unternehmerischen Entscheidungen, Verteilung von Überschüssen nach anderen Kriterien als dem Leistungsprinzip sowie Lösungen für die ungleiche Eigentumszuordnung zentrale Aspekte des praktischen Handelns sind. Kommunitarismus stellt dagegen eine aus den USA kommende Bewegung dar, die den demokratischen Gemeinschaftsgeist zu beleben versucht, indem sie zu mehr Solidarität und Gemeinsamkeit aufruft.

Erklärtes Ziel der Kommunitarier ist es, durch einen Wertediskurs den Gemeinschaftssinn zu fördern. Sie wollen keine Werte aufzwingen, sondern einen Wertediskurs anregen. Von traditionellen Moralisten grenzen sie sich ab, indem sie Wertediskussionen nur in engem Zusammenspiel mit Toleranz befürworten. Einzelne Werte als die einzig richtigen zu bezeichnen, lehnen sie deshalb ab.

Alternative Ökonomie und Kommunitarismus überschneiden sich insofern in ihrem Protest gegen den reinen Kapitalismus, gegen die Ausrichtung der Gesellschaft am Profitstreben, gegen rücksichtslosen Individualismus. In beiden Ansätzen besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß sich soziale Probleme leichter lösen lassen, wenn der einzelne Mensch in eine Gemeinschaft eingebunden ist: Alle können durch Gemeinschaft gewinnen.

Entscheidende Unterschiede ergeben sich bisher allerdings daraus, wie versucht wird, Veränderungen in der Gesellschaft zu erreichen. Alternativökonomische Betriebe und Projekte leben durch die Kraft des Experiments und des konkret verwirklichten Beispiels. Kommunitarier wirken durch den gesellschaftlichen Diskurs über Werte und Moral. Insofern können Kommunitarier aus alternativökonomischer Sicht mit sehr gegensätzlichen Bewertungen versehen werden: als furchtbare Moralisten ohne relevante Praxis oder als fruchtbare Ergänzung für eine gesellschaftliche Gestaltung, die über den banalen Alltag einzelwirtschaftlicher Experimente hinaus weitergehende Impulse setzt.

Ziel des Seminars bei der *Akademie Frankenwarte* in Würzburg ist es, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Ansätze möglichst trennscharf herauszuarbeiten. Damit dies gelingt soll in einem ersten Schritt jeweils eine Standortbestimmung der beiden Ansätze durch Fachvorträge erfolgen. Anschließend ist vor allem an eine Weiterarbeit in Form von Workshops gedacht. In diesen wird versucht, wechselseitig kritische Positionen, aber auch die Chancen sinnvoller Ergänzung zu veranschaulichen. Gelingt es, daß Kommunitarier verstärkt die unkonventionelle Praxis alternativökonomischer Betriebe und Projekte als Fundgrube für die eigenen Ideen zu nutzen und umgekehrt, daß sich Alternativökonomen in den Wertediskurs mit praktischen Umsetzungsvorschlägen einklinken, ist das Seminar aus Sicht des Veranstalters ein Erfolg.●

Kosten für das Wochenendseminar 100,– DM. Die Einladung und Informationen zum Organisatorischen sind erhältlich bei: Akademie Frankenwarte, Brigitte Nake-Mann, Postfach 5580, 97005 Würzburg, Fax: 0931/80 46 444; inhaltliche Fragen und Interesse an inhaltlicher Mitarbeit: TAK AÖ, Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23.

Anzeige

SÜDAFRIKA

Kinder an die Macht

Kinder produzieren Rundfunksendungen, säubern Straßen vom Müll und organisieren Erste-Hilfe Gruppen

ASW unterstützt Basisinitiativen in Afrika, Indien und Lateinamerika.

Informationen senden wir Ihnen gerne.
Schicken Sie uns die Anzeige. Sie helfen mit Ihrer Spende!

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. · ASW
Hedemannstraße 14, 10969 Berlin
Fax 030 - 251 18 87 · e-mail: aswnet@aol.com
Spendenkonto:
1600 220 800 BfG Bank AG, Berlin, BLZ 100 101 11

FRISCHLUFT FÜR KÄRNTEN:

Radio AGORA on air !

Am 26.10.1998, dem österreichischen Nationalfeiertag, ist Radio AGORA in Klagenfurt als erstes freies, nichtkommerzielles Radio mit einem zweisprachigen Programm (Slowenisch-Deutsch) auf Sendung gegangen.

Diesem Ereignis, das am Vortag mit einer bunten Veranstaltung gefeiert wurde, sind neun Jahre Kampf um das Recht auf Zugang zum Rundfunk vorangegangen. 1989 beschritt AGORA den innerstaatlichen Instanzenweg und reichte eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte in Straßburg ein. Damals wurden jede Woche vom italienischen Grenzgebiet aus zweisprachige Sendungen nach Kärnten ausgestrahlt. 1993 erklärte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das österreichische Rundfunkmonopol für menschenrechtswidrig. Das Urteil ging explizit auf den von *AGORA* beanspruchten Zugang von Minderheiten zum privaten Rundfunk ein. Aber erst vier Jahre später wurde eine Sendelizenz erteilt, die große Teile Kärntens abdeckt. Zwischenzeitlich war eine Anbietergemeinschaft zwischen *AGORA* und *Radio Korotan*, einem Betreiber aus dem traditionellen Milieu der slowenischen Volksgruppe, entstanden. Man hat sich darauf geeinigt, daß jeder der Partner jeweils die Hälfte des Programms nach seinen Vorstellungen gestaltet. Auf eine Komplementarität der Programme darf man gespannt sein.

Hinter der Lizenzerteilung steht auch die Tatsache, daß Österreich seinen Volksgruppen bisher keine eigenen Vollprogramme im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gönnte, wie sie andere sprachliche Minderheiten in Europa längst hatten. Obwohl im österreichischen Staatsvertrag von 1955 neben der immerwährenden Neutralität Österreichs auch die Rechte der Minderheiten auf Ausübung ihrer Sprache und Kultur verankert sind. Der österreichische Bundeskanzler *Viktor Klima* betonte in seiner Grußbotschaft an das neue Radio, daß die Konzeption in vieler Hinsicht einmalig sei: *»Das Radio wird daher ein wahrhaft europäisches Element spiegeln, nämlich die Mehrsprachigkeit und die Vielfalt der Kulturen. Und schließlich scheint es mir auch einmalig zu sein, daß zwei gesellschaftlich so unterschiedliche Spektren, wie sie AGORA einerseits und KOROTAN andererseits verkörpern, zusammengefunden haben, um gemeinsam Radio für eine Volksgruppe zu veranstalten. Ich bin besonders stolz darauf, daß ich gerade während der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs die Möglichkeit habe, die slowenische Volksgruppe zu diesem innovativen Projekt beglückwünschen zu können.«*

Für einen Sender wie *AGORA* ist es wichtig, daß er sich bereits jetzt auf einen breiten SympathisantInnenkreis in Österreich und Europa stützen kann, und daß mittelfristig eine Zusammenarbeit mit anderen freien Radios in Deutschland, Frankreich und der Schweiz vorgesehen ist. Darüber hinaus braucht dieses Radio vor allem das Mitdenken, das Mitmachen und die Mithilfe aller Menschen, die ein solches Medium haben wollen, das mit zwei Sprachen arbeitet und neben dem städtischen Raum auch abgelegene, ländliche Gebiete versorgt.

Das Studio von *AGORA* befindet sich in einem Neubau, in dem sich das Radio als erster und bisher einziger Mieter eingenistet hat. Am ersten Sendetag war dort das ganze Team und eine Reihe von Gästen rund um das »offene Mikrofon« versammelt. Grußbotschaften – von österreichischen EU-Abgeordneten, Freien Radios aus Europa bis nach Afrika – wurden verlesen, Interviews u.a. mit dem Kärntner Landeshauptmann *Christof Zernatto* und dessen Stellvertreter *Michael Ausserwinkler* ausgestrahlt, Kommentare abgegeben, in einem ausgetüftelten Computersystem gespeicherte Musik gespielt. Die gute Stimmung war seit dem Fest des Vortags, das mit einem Konzert der madagassischen Musikgruppe *Mahaleo* im Zuge ihrer Österreichtournee geendet hatte, immer noch gestiegen. (Kleine Anekdote am Rande: Das Material, das 1989 benutzt wurde, um von Italien aus nach Kärnten zu senden, wird nun von *AGORA* der Gruppe Mahaleo für den Aufbau von Quartier- oder Dorfradios zur Verfügung gestellt).

Jetzt gilt es, die Scheu vor dem Mikrofon abzulegen und das Monster Radiotechnik in den Griff zu bekommen, wofür sich aus Deutschland und der Schweiz angereiste »freie Techniker« in den letzten Wochen und Monaten stark eingesetzt haben. Eine besondere Herausforderung ist für das AGORA-Team die Gestaltung der Sendungen in einem Gleichgewicht zwischen beiden Sprachen. Alle MitarbeiterInnen sind sich bewußt, daß nun eine Zeit der Abenteuer auf sie zukommt, welche nicht nur die Kärntner Medienlandschaft entscheidend verändern könnte.●

Aus: Ulenspiegel, Nr. 377 (Trixie)

GÜTERSLOH:

Wurzelwerk eG liquidiert

Die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Wurzelwerk in Gütersloh galt bei ihrer Gründung 1981 als wegweisendes Modell für ökologischen Handel, in welchem Konsumenten und Bauern sich zusammen taten. Es war nicht einfach eine Coop im Keller oder in der Garage, sondern ein großer Laden, für damalige Verhältnisse sogar sehr großer Laden, in zentraler Lage der Stadt. Seitdem gab und gibt es noch einige andere Läden nach diesem Modell, z.B. in Kassel, aber doch nicht sehr viele, denn die damit verbundene Eintragung ins Genossenschaftsregister ist mühsam und teuer.

von Herrmann Cropp, Red. Osnabbrück ● Bei Gründung 1981 und Ladeneröffnung 1982 waren es 50 Mitglieder, bei der Liquidation 1998 waren es 140 Mitglieder. »Die Luft ist raus,« so die allgemeine Auffassung seit Jahren, trotz Mitgliederzuwachs. Damals hatte man sich sehr viel vorgenommen, die Genossenschaft basisdemokratisch durch Plena zu führen. Immerhin ist es beachtlich, daß das Plenum als Entscheidungsforum 8 Jahre lang funktionierte. Während dieser Zeit war der Vorstand nur ausführendes Organ der Beschlüsse. Aber die unregelmäßige Teilnahme an den Plenen verursachte mit der Zeit Entscheidungsschwierigkeiten. Deshalb wurde das Wurzelwerk in der zweiten Hälfte seines sechzehnjährigen Bestehens vom Vorstand geführt.

Die Konjunkturflaute der letzten Jahre brachte seit September 1997 eindeutige Umsatzrückgänge, die Schere Umsatz-Kosten klaffte immer weiter auseinander, und irgendwann waren die Geschäftsanteile der Mitglieder in Höhe von 50.000 DM verbraucht. Jedes Unterschreiten der Geschäftsanteile bedeutet in der Genossenschaft offizieller Konkurs. Eine Nachschußpflicht der Mitglieder war bei Gründung ausgeschlossen worden, und in den vergangenen Jahren fand sich auch niemand, um freiwillig zu investieren. Die Jahresabschlußbilanz brachte nur noch ein Plus von 1.000 DM, so daß die Liquidierung für den 1.1.99 beschlossen wurde, und die ein Jahr darauf folgende Auflösung der Genossenschaft.

Eigentlich ist es erstaunlich, daß der Laden in dieser Genossenschaftsform solange gehalten hat. Es wäre auch eher zu raten gewesen, das Genossenschaftsmodell eines *Querbeet-Ladens* anzuwenden, welches rechtlich keine Genossenschaft ist, aber den tatsächlichen Möglichkeiten einer genossenschaftlichen Zusammenarbeit von vielen Mitgliedern und einigen Aktiven besser entspricht. Deshalb brauchen Mitglieder und Aktive einen verschiedenen rechtlichen Status, der die Schwerfälligkeit genossenschaftlicher Entscheidungen vermeidet, aber die Vorteile von Preis, Transparenz und optimaler Kundenbindung bietet. Wie aus böser Absicht läßt das Genossenschaftsrecht eine solche Form nicht zu, überhaupt ist es sehr restriktiv, was in der Vergangenheit zu Funktionärstum und Konzentration in Zentralgenossenschaften führte.

Entweder gibt es Änderungen im Genossenschaftsrecht, die Experimente mit neuen Formen wie dem *Querbeetmodell* erlauben, oder es ist vorbei mit Genossenschaften, denn wer läßt sich heute noch auf Funktionäre ein? In Gütersloh war man zu sehr der Basisdemokratie verpflichtet, und die letzten 8 Jahre, wo »die Luft raus war«, erschienen den meisten wohl nur wie ein Behelf.

Erfreulicherweise geht es dennoch weiter mit dem Laden. Zum 1.1.99 ist er verkauft an den Demeterhof Vierjahreszeiten, die Ladenmitarbeiter bleiben angestellt, und eine von ihnen, Gabi, wird Teilhaberin in der GBR. Beim letzten Plenum stimmten alle anwesenden 38 Stimmberechtigten für die Liquidation, 37 für den Verkauf, einer dagegen.●

VIDEOMAGAZIN AUS BERLIN:

ak-kraak

Die unabhängige Videogruppe ak-kraak entstand 1990 in Berlin. In dieser Zeit gab es über 100 besetzte Häuser, bei denen die Legalisierung anstand. Einige Leute aus den besetzten Häusern schlossen sich zu der Videogruppe zusammen, um Räumungen zu dokumentieren und bestimmte Fragen zu thematisieren. Das nachfolgende Interview mit Susanne (ak-kraak) haben wir der Tageszeitung »junge Welt« vom 18.11.98 entnommen, das Interview führte Arnold Schölzel.

Ihr gebt jedes halbe Jahr ein Videomagazin heraus, das in Kneipen, besetzten Häusern, Wagenburgen usw. gezeigt wird. Hausbesetzungen sind kein vorrangiges Thema mehr. Worauf konzentriert ihr euch heute?

Damals gab es sehr breite Diskussionen, es existierten Besetzer-Räte und Runde Tische. Das haben wir dokumentiert. Mit dem Wegbröckeln der Hausbesetzer-Szene haben sich Gruppe und Konzeption natürlich verändert, das Themenfeld hat sich erweitert: Antifa, Anti-Rassismus, Wagenburgen, Aktionen. In unserer letzten Ausgabe, der Nr. 15, hatten wir unter anderem Beiträge zu *radikal* und zur Gentechnologie.

Habt ihr Kontakt zu anderen Gruppen?

In Deutschland kenne ich keine Gruppe wie unsere. Wir sind die einzigen, die solch ein Magazin machen. Es gibt in verschiedenen Städten Gruppen, die mal einen Dokumentarfilm drehen. Kontakte gibt es zu *TV-Stop* in Kopenhagen, die einen eigenen lokalen Fernsehsender haben und einmal in der Woche ein Magazin herausbringen. Sie kommen auch aus der Hausbesetzer-Bewegung. Wir haben Verbindungen zu einer Gruppe in England, die Sammelpunkt für Beiträge ist. Die werden zusammengestellt, und dann geht das in einer Auflage von 1.000 Videokassetten raus. Jetzt ist auch gerade jemand von uns in Barcelona, um Kontakte herzustellen.

Dokumetiert ihr in erster Linie Aktionen?

Das ist total gemischt. Aktionen stehen natürlich im Vordergrund. Wir hatten letztens einen Beitrag über eine Männer-Peep-Show in einem besetzten Haus in Berlin und haben dann auch gleich die Diskussion dazu aufgenommen. Es ist also nicht rein aktionistisch, aber Aktionen sind im allgemeinen schon der Aufhänger für uns. Innerhalb der Beiträge gibt es natürlich Interviews. Für unsere nächste Ausgabe ist das besonders relevant. Wir waren nämlich in wechselnder Besetzung zwei Monate auf Tour mit Schnittraum und Kameras – in Österreich, der Schweiz und Süddeutschland. Da sind wir vielen Leuten begegnet, die Sachen aus einer ganz anderen Perspektive erzählen können. Wir haben die Besetzung gegen die Autobahn im Thüringer Wald besucht, waren bei Beginn dort und dann verschiedene Male, waren im Wendland beim Anti-Atom-Camp oder in Wien bei einem Haus, das Illegalisierten Unterschlupf gibt, in Zittau, um zu Grenzgeschichten zu arbeiten, und in verschiedenen Städten bei Freien Radios.

Ein wesentliches Element bei dieser Tour war neben der Filmarbeit, daß wir Veranstaltungen und Diskussionen gemacht haben, um von den Leuten etwas über die Situation in ihren Städten zu erfahren. Wir haben dabei einen Querschnitt aus unserer Arbeit gezeigt und wollten dann im Austausch auch wissen: »Was ist bei euch los?«●

Mitte Dezember erschien ak-kraak Nr. 16. Kontakt: ak-kraak, c/o JoJo, Torstr. 216, D-10115 Berlin, Tel. (0 30) 282 37 27

BUCHBESPRECHUNGEN

Fehlen die Utopien, fehlt die Hoffnung

Das Thema Utopien scheint eine Renaissance zu erfahren. Zwei aktuelle Veröffentlichungen unterstreichen diese Einschätzung. Sie sind gleichzeitig kennzeichnend dafür, wie unterschiedlich mit dieser Form der Auseinandersetzung über die Zukunft umgegangen wird.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften

Utopische Romane – Diskussionsstoff für eine verlorene Zukunft

Drei populäre Bestseller stehen im Mittelpunkt dieser Veröffentlichung in der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«. Es handelt sich um *Edward Bellamys* »Ein Rückblick aus dem Jahr 2000«, *William Morris'* »Kunde von Nirgendwo« und *Charlotte Perkins Gilmans* »Herland«. Sie sind ohne Zweifel lesenswerte Klassiker der Utopienliteratur, die auch heute noch für die Auseinandersetzung mit der Zukunft vielfältige Anregungen enthalten. Dies gilt erst Recht, wenn sie mit der Sichtweise von *Hanna Behrend* betrachtet werden: Als vergängliche Visionen, die AkteurInnen aktueller zukunftsträchtiger Vorhaben zu eigenen Visionen inspirieren.

Nach Auffassung der Autorin muß sich in unserer Welt im Überlebensinteresse der Gattung etwas ändern: »Ohne die Reaktivierung des 'gelähmten Utopiebewußtseins' wird dies nicht erfolgen. Zu dieser Reaktivierung kann die Wiederbegegnung mit den alten 'Weltverbesserungsvorschlägen' beitragen. Nicht weil sie verwirklicht werden könnten oder sollten. Eine für alle Gruppen von Unterdrückten, Ausgebeuteten oder Diskriminierten akzeptable Utopie wird es gewiß nicht geben. Die alten Texte .... bezeugen (aber) die Fähigkeit der Menschen, die Denk- und Handlungsblockaden zu durchbrechen, die durch die Herrschaftsinteressen auf allen Feldern menschlicher Kritik am Bestehenden errichtet werden.«

Die Auseinandersetzung mit den drei Utopien erfolgt sehr fundiert. Erläutert werden die politische und literarische Entwicklungen der Autoren, der jeweilige historische Hintergrund sowie wichtige Elemente der betreffenden Utopien. Das Frauenbild bzw. das Verhältnis der Geschlechter nimmt dabei einen hohen Stellenwert ein. Kultur, die Art der Arbeit und der Arbeitsteilung, das Verhältnis von Stadt und Land sowie von körperlicher und geistiger Arbeit sind weitere Themen. Trotz der wissenschaftlichen nachdenklichen Herangehensweise erleichtert *Hanna Behrend* den LeserInnen mit ihrer Darstellung, die alten Visionen mit eigenen Utopien zu ergänzen, zu erweitern und inspiriert zu neuen Überlegungen.

Hanna Behrend, Isolde Neubert-Köpsel, Stefan Lieske: Rückblick aus dem Jahre 2000 – Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht? Berlin (trafo) 1997, DM 29,80

Der Umgang mit Utopien wissenschaftlich betrachtet

Widersprüchlicher ist die Einschätzung der Arbeit des Politikwissenschaftlers *Richard Saage*. Er geht im Unterschied zu Hanna Behrend auf keine Utopie im Detail ein. Vielmehr hat er die wichtigsten Schriften der vergangenen fünfzehn Jahre zum Thema Utopien aufgearbeitet. Auf diese Weise ist ein tiefschürfender Einblick in die Sekundärliteratur gelungen. Gleichzeitig wird ein Überblick über die meisten utopischen Entwürfen gegeben. Sie nehmen ihren Ausgang in der griechischen Antike und führen bis zu den jüngsten Entwürfen der Gegenwart.

Entstanden ist eine aktuelle und umfassende Aufarbeitung der gegenwärtigen deutschsprachigen Utopiedebatte. Damit richtet sich die Schrift an ein sehr fachspezifisch interessiertes Publikum. Ziel ist es dabei, die zum Teil emotionale Auseinandersetzung zum Thema zu versachlichen und Konfliktpositionen auf die zugrundeliegenden unterschiedlichen Utopiebegriffe zurückzuführen. Unter beiden Blickwinkeln – umfassender Überblick und wissenschaftliche Versachlichung – ist die Veröffentlichung gelungen. Allerdings werden viele Utopien nur auf Grundlage von Sekundärliteratur behandelt. Bedauerlicherweise fehlen Verweise auf ihr Erscheinen bzw. die Primärquellen.

Richard Saage:Utopieforschung. Eine Bilanz, Darmstadt (Primus Verlag) 1997, DM 39,80

Aufmachen!

Berlin frei Haus.
Wir berichten aus der Hauptstadt über die Hauptstadt.
Die täglichen Berlin-Seiten der taz.

NEU!

Lesen Sie die taz mit neuem Berlin-Teil zur Probe. Sechs Wochen für 30 Mark.
Inklusive einer Ausgabe der monatlich erscheinenden Zeitung *Le Monde diplomatique*.

Vor- und Zuname

Straße und Hausnummer

Zusätzliche Angaben für die Belieferung (Gebäudeteil, Innenbriefkasten)

Postleitzahl und Ort

Vorwahl und Telefonnummer

Unterschrift

Zahlungsart:
○ Gegen Rechnung
○ Per Einzugsermächtigung:

KontoinhaberIn Kontonummer

Geldinstitut Bankleitzahl

Datum Unterschrift

Das Probe-Abo verlängert sich nicht automatisch.

Einfach den Coupon ausfüllen,
ausschneiden und an uns faxen.
Oder schicken.
Oder rufen Sie uns an.

taz, die tageszeitung.
Aboabteilung
Postfach 610229
10923 Berlin
E-mail: abomail@taz.de

Abotelefon (030) 25902 - 141
Abotelefax (030) 25902 - 280

die tageszeitung

Betriebsorganisation & Management

Dieser Band 2 der *»Reihe Leitfäden Wirtschaft«* vermittelt anschaulich und ausführlich die Grundlagen und verschiedenen Möglichkeiten der Unternehmensabläufe und der Betriebsverwaltung.

Die praxisorientierten Autoren geben Einblick in die mehr oder weniger komplexen Zusammenhänge betrieblicher Abläufe, wobei dies für jede Art von wirtschaftlich orientierter Unternehmung gilt: von kleinen und mittelständischen Betrieben (Kollektiv oder mit klarer Hierarchie) über Vereine, Projekte und Selbständige bis zu zeitlich befristetem Engagement von Initiativen.

Beschrieben werden sowohl die *Betriebsstrukturen, Büroorganisation* und *Vertragswesen* als auch *Marketing*, allgem. *Finanz- und Personalwesen*. Den Grundlagen und Möglichkeiten der *Buchführung* wird recht ausführlich in einem gesonderten Kapitel nachgegangen.

Dieser Band, ausführlicher als der Grundlagenband 1 (vorgestellt in der letzten Ausgabe an dieser Stelle), gibt Hilfestellung beim Aufbau funktionierender Arbeitsorganisationsmodelle und Regelsysteme für Jungunternehmer und Quereinsteiger und erleichtert den Blick auf innerbetriebliche Strukturen für schon bestehende Firmen und Organisationen.

Behandelt werden neben innerbetrieblichen Organisationsformen beispielsweise das Vertragswesen von der Gegenüberstellung schriftlicher Vertrag contra Handschlag bis zum Liefervertrag, Marketingstrategien werden vorgestellt und Bilanzaufbau, Investitionsrechnungen sowie das Buchhaltungswesen und zuletzt wird der Personalbereich behandelt, vom Arbeitsvertrag bis zu Personalkostenzuschüssen.

Anhand von alltäglichen Beispielen werden grundsätzliche, theoretische Ansätze erklärt; auch beim sonst so trockenen Thema Buchhaltung sind sie trotz nachvollziehbarer Logik amüsant und lassen die Herkunft der Autoren aus dem Kulturbereich erkennen. Die Gliederung des Buches ist übersichtlich, auch zum späteren Nachschlagen geeignet. Ein kurzes Resümee beendet jedes Kapitel. Auch ein umfangreiches Stichwortregister fehlt nicht und zur weiteren Beschäftigung mit der Thematik lädt ein ausführliches Literaturverzeichnis ein.

Ebenfalls neu erschienen ist Band 3 : *Rechtsformen,* welcher in unserer nächsten Ausgabe vorgestellt wird. In Vorbereitung sind: Finanzierung, Fördermittel, Steuerrecht (Band 4,5 und 6).●

Jürgen Arlt

Leitfaden Wirtschaft 2, Thomas Stammberger/Peter Vermeulen, Betriebsorganisation & Management. Stattbuch Verlag GmbH, Berlin ISBN 3-922778-39-9, 191 Seiten, Format A5, DM 29,80

Zukunft ohne Arbeit ?

Die Krise der (Erwerbs-)Arbeit stellt die kapitalistischen Gesellschaften vor eine Vielzahl bislang ungelöster Probleme. Derzeit werden die vorhandenen politischen und ökonomischen Gestaltungspotentiale neu definiert und Handlungsspielräume durch reale oder vermeintliche Sachzwänge des Weltmarktes eingeengt. Darüber hinaus geraten gesellschaftliche Alternativen und Bestrebungen nach Emanzipation immer stärker ins Hintertreffen. Die aktuellen Diskussionen, die diese Entwicklungen begleiten, kreisen um die Forderung nach Standortsicherung und verlangen die Unterordnung von Politik und menschlichen Bedürfnissen unter die Logik der Ökonomie.

Gegen diese Diskussionslogik, die eine Entpolitisierung der Gesellschaft vorantreibt, stellt sich der Sammelband »Zukunft ohne Arbeit?« – eine Einmischung in die Diskurse um die Krise der Arbeitsgesellschaft aus linker und feministischer Sicht. Die einzelnen Beiträge nähern sich der Krise der Arbeitsgesellschaft aus unterschiedlichen Perspektiven. Dadurch gelingt es, die Komplexität des Themas Arbeit zu erfassen und so verschiedene Diskussionsstränge und Aspekte zusammenzuführen, die normalerweise unverbunden nebeneinander stehen. Kritik der patriarchalen Geschlechterverhältnisse, Analyse des Arbeitsbegriffs und die Frage nach politischen Handlungsmöglichkeiten ziehen sich wie ein roter Faden durch die »Beiträge zur Krise der Arbeitsgesellschaft« und konkretisieren sich entlang der Themen: Neoliberalismus, Feministische Analyse arbeitsmarktpolitischer Reformversuche, Geschlechterverhältnisse, Kritische Utopie, Dominanzkultur, Haushalt als Knotenpunkt der ökonomisierenden Umwandlung unbezahlter Arbeit, Internationale Arbeitsmigration, Weltmarkt, Aktuelle Herausforderungen der Gewerkschaften, Die Frage nach dem »revolutionären Subjekt«, Politisches Handeln in der »Jobholder-Society« und Die Psyche als Produktivkraft im Verhältnis entlohnter und nicht-entlohnter Arbeit.●

Multikulturelles Zentrum Trier

Thomas Geisen, Katrin Kraus, Veronika Ziegelmayer (Hrsg): Zukunft ohne Arbeit? Beiträge zur Krise der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt 1998, IKO-Verlag für Interkulturellen Kommunikation, ISBN 3-88939-343-8

Anzeige

Neu : Krisis 20/21

Claus Peter Ortlieb: Bewusstlose Objektivität • **Ernst Lohoff:** Zur Dialektik von Mangel und Überfluss • **Roswitha Scholz:** Die Verwilderung des Patriarchats in der Postmoderne • **Moishe Postone:** Dekonstruktion als Gesellschaftskritik • **Robert Bösch:** Über eine Theorie des Mangels • **Rezensionen** • **Kommentare** • **Glossen** • 24 DM

Krisis

beiträge zur kritik der warengesellschaft

Horlemann Verlag • Postfach 1307
53583 Bad Honnef • Fax 02224/5429

Projekt Integrierte Umweltberatung

Im Juli 1997 startete das Modellprojekt des Deutschen Landkreistages »Integrierte Umweltberatung ind ökologische Zielsetzungen im Landkreis« in zehn Modell-Landkreisen aus neun Bundesländern. Dieses in Kooperation mit der Universität-GH Paderborn und mit finanzieller Unterstützung in der Deutschen Bundesstiftung Umwelt durchgeführte Projekt hat nun erste Projektergebnisse in der eigens entwickelten Projektzeitschrift »Umwelt&Vernetzung« vorgelegt, die gerade auch für andere Landkreise und die interessierte Öffentlichkeit interessant ist.

Das Projekt ist angetreten, durch eine gezielte Kommunikation mit Ansprechpartnern und Institutionen im Umweltschutz eine gemeinsamgetragene ökologische Entwicklung im Landkreis anzustoßen und weiter zu entwikkeln. Ähnlich wie bei vielen Agenda-21-Projekten, jedoch mit dem Schwerpunkt ökologische Entwicklung, wurde über zentrale Veranstaltungen, Runde Tische und Arbeitskreise ein breiter Diskussionsprozeß über wichtige Handlungsfelder mit ökologischer Bedeutung eingeleitet. Durch die Umsetzung von Einzelprojekten konnten konkrete Ergebnisse gemeinsamen Handelns präsentiert werden.

Bedingt durch die Auswahl der Modell-Landkreise sind eher ländlich strukturierte Regionen genauso vertreten wie verdichtete mit einem hohen Anteil an industrieller Betätigung, die neuen Bundesländer genauso wie die alten. Es zeichnet sich ab, daß sich aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen andere Schwerpunkte ergeben, grundsätzlich aber in allen beteiligten Landkreisen die Grundidee der Vernetzung erfolgreich eingeleitet werden konnte.

Inhaltliche Schwerpunkte der ländlichen Gebiete sind häufig die Themen Regionalentwicklung, Abwasserbehandlung, Sanfter Tourismus, nachhaltige Landwirtschaft, wobei immer auf ein Gleichgewicht mit den ökologischen Zielen geachtet wird. In den vedichteteren Gebieten sind u.a. die Themen Energie- und Klimaschutz, Umweltbildung, Naherholung und Verkehr stärker im Vordergrund.

Die Projektzeitschrift »Umwelt&Vernetzung« hat den Anspruch, nicht nur in den beteiligten Landkreisen über konkrete Projektergebnisse zu berichten, sondern gerade auch anderen interessierten Landkreisen einen Einblick in die Vorgehensweise und Vorteile des vernetzten Vorgehens zu geben. Am Ende des Projektes soll ein praxisnahes Handbuch zur Gestaltung vergleichbarer Prozesse in Landkreisen erscheinen.

Die Zeitschrift wird in den kommenden Jahren insgesamt fünfmal erscheinen. Sie kann zum Unkostenbeitrag vpn pauschal 30 DM incl. Versand bestellt werden. Die jetzt erschienene Nr. 1 ist gegen Zusendung eines mit 3 DM frankierten und adressierten DIN A4 Umschlages kostenlos zu erhalten bei der Universität-GH Paderborn, Fachbereich 6, Gruppe Umweltforschung und Beratung, Herr Lindloff, D-33095 Paderborn, Tel. (0 52 51) 60 37 55, Fax 60 34 25, E-Mail: hw-kl@physik.uni-paderborn.de●

ub

Umweltschwung Osteuropa 1999

Ein Jahr Osteuropa in der Tasche ... und die eigenen Termine im Griff. Neben Monats- und Jahresplaner sowie einem übersichtlichen Kalendarium auf einer Doppelseite pro Woche finden sich in dem Taschenkalender »Umweltschwung Osteuropa 1999« Reportagen, Berichte, Fakten und Fotos zur Umweltsituation in Osteuropa, historische und aktuelle Daten plus Adressen von Umweltorganisationen.

Kleine Extras: das private Adressenverzeichnis als herausnehmbare Einlage, wierderverwendbar auch im übernächsten Osteuropa-Kalender und Kochrezepte aus Osteuropa zum Ausprobieren.●

dp

Grüne Liga (Hrsg.:) Taschenkalender der Umweltschwung Osteuropa. Peter-Grohmann-Verlag Dresden, ISBN 3-927340-59-6, 12,80 DM. Bezug: über die Bundesgeschäftsstelle der Grünen Liga (12,80 DM zzgl. 1,50 DM Porto) oder über den Buchhandel.

Reformprojekt Kulturverwaltung

»Den Wandel durch Fortbildung begleiten« lautete das Motto eines dreijährigen Modellprojektes zur Qualifizierung von MitarbeiterInnen in kommunalen und freien Kulturbetrieben für Verwaltungsreformprozesse. Die entsprechenden Seminare und Weiterbildungsangebote sind für die Publikation bearbeitet worden und werden nun in der gleichnamigen Reihe einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der erste Band beschreibt Reformprozesse in Kulturverwaltung und -politik am Beispiel der inzwischen fünfjährigen Erfahrungen in Nürnberg und Erlangen. In diesem Zusammenhang werden die Grundlagen und erste Auswirkungen der Verwaltungs- und Politikreform im Kulturbereich dargestellt. Deutlich wird dabei, daß den Reformmaßnahmen gleichsam ein Doppelcharakter innewohnt, da sie Wirtschaftlichkeit und kulturpolitische Zielsetzungen wie Bürgernähe und Partizipationschancen einerseits, Haushaltskonsolidierung und kulturelle Aufgaben (Stichwort: kulturelle Grundversorgung) andererseits verbinden müssen.

Künstlerischer Anspruch, demokratischer Diskurs und kommunale Finanzplanung gehen nur selten gemeinsam den geraden Weg. Nichtsdestotrotz muß das gemeinsame Gespräch gesucht und gefunden werden. Das »Reformprojekt Kulturverwaltung« zeigt dafür erste Lösungen auf.●

dp

Reformprojekt Kulturverwaltung. Ein praktischer Leitfaden und Erfahrungsbericht am Beispiel Erlangen und Nürnberg, Band 1, Bonn 1998, 207 S., 20 DM (Bezug: Kulturpolitische Gesellschaft, Weberstr. 59a, D-53113 Bonn).

Video: Hammerskins

Pierre ist Schweizer, 23 Jahre alt, arbeitslos und seit sechs Jahren Skin. Erkennungszeichen der »echten« Skins sind nicht nur Kahlschädel und Bomberjacken, sondern auch weiße Schnürsenkel in den Springerstiefeln – weiß steht für »weiße Rasse« – und die auf Hand oder Arm tätowierte Zahl »88«. Das H ist der achte Buchstabe im Alphabet und zweimal Acht steht für »Heil Hitler«.

Pierre ist nicht nur Skin – einer von 400 in der Schweiz, jeweils 2.000 in Frankreich, England oder Skandinavien und von über 6.000 in Deutschland –, er ist Mitglied der Hammerskins, einer in den USA gegründeten Gruppe: *»Ich würde sagen, daß man eine Parallele zwischen Skins und Hammerskins einerseits und SA und SS andererseits ziehen kann. Die SA war eine Massenbewegung, sie stand für die Machtübernahme, die Gewalt auf den Straßen, die Saufgelage, die Schlägereien in den Gaststätten. Die SS kam erst später. Natürlich hatte auch sie eine gewaltsame Seite, aber der Unterschied ist meiner Meinung nach der zwischen Gewalt und Brutalität. Ich würde sagen, daß die SS und entsprechend auch die Hammerskins brutaler sind.«*

Christoph, 26 Jahre alt, der sich bei den Hammerskins um die Aufnahme beworben hat: *»Für mich ist das in Europa und international die beste Bewegung. Die Organisation setzt sich wirklich für ihre Mitglieder ein und kämpft für ihre Leute (...). Das ist genau das, was ich suche: Eine Familie, die jederzeit kampfbereit ist. Die wollen um jeden Preis verhindern, daß die Zionisten an die Macht kommen, und sie kämpfen für die weiße Rasse.«*

Daniel Schweizer hat eineinhalb Jahre gedreht und das Vertrauen der Jugendlichen gewonnen, ohne sich zu verstellen oder sich anzubiedern. Von Anfang an hat er klar gemacht, daß er keinerlei Sympathien für sie hege und ihm ihre Ideen Angst machen. Gefilmt wurden geheime Zusammenkünfte und Konzerte von Skins in der Schweiz, in Deutschland, Polen und Dänemark. Sie kommunizieren mit modernsten Methoden, vernetzen sich zunehmend und werben via Internet für ihre Organisation und ihre Ziele – eine Realität, vor der man die Augen nicht schließen darf.

Der Film begleitet die Jugendlichen in ihrem Alltag, zeigt sie zu Hause, in Gesprächen, bei der Arbeit und auf der Straße, gewalttätige Aktionen zeigt er nicht. Daniel Schweizer: *»Es wäre für mich absolut unerträglich und inakzeptabel gewesen, Gewalt gegen Menschen zu filmen. Zudem denke ich, daß die Aussagen der Darsteller sehr wohl Gewalttätigkeit transportieren. Es ist ja genau diese unerhörte Kälte ihrer Aussagen, die schockiert. (...) Ich habe mit vielen Schulklassen diskutiert, die den Film gesehen haben. Die einen waren schockiert, die anderen froh, über dieses Thema sprechen zu können. Schließlich zirkuliert auch unter Schülern rechtsextremes Material, und sie haben Mühe, dieses einzuordnen. Von Faszination war bei meinen Gesprächen jedenfalls wenig zu spüren.«*●

ub

SKIN OR DIE. Eine Reportage über die Hammerskins – weiße Rassisten der Skinhead-Bewegung von Daniel Schweizer, CH 1998, 56 Min., im Verleih der Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, D-79100 Freiburg, Tel. (07 61) 70 97 57, Fax 70 17 96. Verleih: 50 DM, Kaufkassette: 250 DM, Homevideo (private Nutzung): 50 DM.

Video: Nordstadtmütter

Ihre Kinder gehören zu denen, die Familienministerin Nolte nicht mehr verschweigen sondern nur noch verleugnen konnte. Sie leben am Rand der Gesellschaft. Abgestempelt als Sozialschmarotzer halten sie ihre Kinder, den Haushalt und schließlich noch sich selbst über Wasser. Sie sind dynamisch, flexibel und belastbar – 16 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche. Aber was sie leisten wird nicht als Leistung anerkannt!

Sie sind keine Einzelfälle. Im Dortmunder Norden gehören sie zur Normalität. Karin, Valeska und Nicole – im Film geben die drei Nordstadtmütter individuelle aber nicht untypische Einblicke in ihren Alltag. Lebendig erzählen sie Erlebtes beim Einkaufen, beim Müllsammeln oder im Sozialamt.

Der Film kann für Veranstaltungen und Seminare im DMZ geliehen oder gekauft werden.●

ub

Nordstadtmütter – Karin; Valeska und Nicole. 30 Min., Peter Gehrmann, Helmut Manz, unter Mitarbeit von Hans Nowicki und Susanne Brix, BRD 1998
Die Verleihliste des DMZ gibt es kostenlos auf Papier oder im Internet. DMZ Dortmunder Medienzentrum e.V., Braunschweiger Str. 22, D-44145 Dortmund, Tel. (02 31) 83 53 50, Fax: 81 80 31
mail: dmz@free.de
Internet: www.free.de/dmz/

Comic: Tongue & Lash – Band 1

Der erste Eindruck ist zwiespältig: Beim flüchtigen Durchblättern wirkt dieser kleinformatige Debüt-Band wie eine seltsame Mischung aus John Difool (Moebius/Jodorowski, deutsch bei Feest), Captain Future und den SM/Fetisch-Fotobänden von Doris Kloster und Eric Kroll (dtsch. bei Taschen). Das zweite Hingucken bestätigt manches Vorurteil, einige aber auch nicht. Tatsächlich stammt »Tongue & Lash« (zu deutsch: Zunge und Wimper) von Jean-Marc Lofficier (und seinem Sohn Randy), der schon mit Moebius zusammengearbeitet hat. Daher ist der typische Moebius-Stil, der sich durch Genauigkeit und Klarheit auszeichnet und in diesem Fall von dem US-amerikanischen Zeichner Dave Taylor zu verantworten ist, auch kein Wunder. Verwunderlich ist eher, daß Lofficier erneut die mittlerweile wirklich zur Genüge ausgelatschten Pseudo-Esoterik-Pfade betritt, die zudem bei »Tongue & Lash« im Gegensatz etwa zu den Werken Jodorowskys (Die Meta-Barone, Lust & Glauben, beide Feest) zur reinen Staffage verkommen. Hervorgerufen wird dieser Eindruck durch den massiven und demonstrativen Einsatz von nackter Haut, zu dem die Protagonisten von den Scenaristen »genötigt werden«.

Die Geschichte spielt auf einem fremden Planeten, dessen Gesellschaft durch ein hierarchisches Kastensystem bestimmt ist. Tongue, eine attraktive Frau, die ständig in aufreizenden Dessous herumläuft und einem Unterwäschekatalog entsprungen zu sein scheint und ihr Arbeits-Kollege Lash, ein Mann im Anzug und Krawatte und mit Sado-Maso-Kopfmaske, die er niemals abnimmt, verdienen sich hier ihr tägliches Brot als Hellseher und Detektive. Eines Tages bekommen sie einen heiklen Auftrag, der sie in ein gefährliches Abenteuer verwickelt... Das große Manko dieses Comics ist seine Unentschiedenheit. Lofficier wollte oder konnte sich nicht entscheiden, ob er einen Softporno oder einen SF-Thriller oder einen Esoterik-Comic schreiben wollte und hat dann schließlich alles hineingepackt, was irgendwie dazugehört. So reihen sich in »Der schwarze Ring« Sex-Szenen an Auftritte von blutrünstigen Aliens, die sich wiederum mit Einschüben von irgendwelchen ominösen »Meta-Zeiten« abwechseln.

Herausgekommen ist dabei zumindest im ersten Band ein etwas unverdaulicher Cocktail, der zwar nicht nachteilig lange schwer im Magen liegt, aber auch nicht unbedingt viel Appetit auf mehr macht. Schade nur, daß der wirklich talentierte Zeichner Dave Taylor bei diesem Projekt mitmachte, das leider nur allzudeutlich den Eindruck erweckt, hier wollte jemand einmal mehr die Richtigkeit der Formel »Sex sells« beweisen und nicht mehr.●

Jörg Petersen

Tongue & Lash. Band 1: Der schwarze Ring. Text: Jean-Marc und Randy Lofficier, Zeichnungen: Dave Taylor, 64 Seiten, vierfarbig, Softcover, 19,80 DM, Feest Comics

Anzeige

JOBS

Der **Weltfriedensdienst e.V.** ist eine entwicklungspolitische Organisation mit 40 Jahren Erfahrung. Wir unterstützen Basisinitiativen in Afrika und Palästina. Für das von uns unterstützte Berufsbildungszentrum in Chimoio / Mosambik suchen wir drei MitarbeiterInnen:

- Eine/n Ausbilder/in für Metalltechnik
- Eine/n Ausbilder/in für Bautechnik
- Eine/n Ausbilder/in für Holztechnik

Für alle drei Stellen gilt das folgende Anforderungsprofil:
Tätigkeitsfeld: Berufspädagogische Begleitung des Schulbetriebs, fachpädagogische Anleitung und Weiterbildung der einheimischen Lehrer, Umsetzung und Anpassung vorhandener Curricula, Vorbereitung junger Existenzgründer und Unterstützung der Kontakte des Zentrums zu örtlichem Handwerk bzw. Kleinindustrie.
Anforderungen: Berufsschullehrer/in, Ingenieur/in oder vergleichbare Qualifikation in einem der genannten Bereiche; mehrjährige Berufserfahrung als Ausbilder/in; betriebswirtschaftliche Kenntnisse. Auslandserfahrung und portugiesische Sprachkenntnisse sind von Vorteil.
Eine der drei Stellen umfaßt außerdem die Beratung der Schulleitung zu Management, Personalführung und Außenvertretung. Bewerber/innen mit entsprechender Zusatzqualifikation und -erfahrung sind besonders erwünscht.
Wir bieten einen Dreijahres-Vertrag nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz. Die ca. dreimonatige Vorbereitung soll im März 1999 beginnen.
Bewerbungen an: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, D-10969 Berlin.

JOBSUCHE

Ich (m., 29 J.) interessiere mich für den Beruf des **Buchhändlers** und suche Buchhandlung mit ausgewähltem Sortiment, die mich beschäftigen oder ausbilden kann/möchte. Ich habe Soziale Arbeit studiert und abgeschlossen, in dem Bereich gearbeitet, bin geisteswissenschaftlich gebildet, seit längerem in der Alternativ-Literatur-Szene tätig als Autor, Zeitschriftenherausgeber, Verleger und Organisator von Lesungen.
☎(0 30) 53 69 85 28

PROJEKTE

Das **Frauenkollektiv** »Giardineria Fondovilla« im sonnigen Südbünden sucht **Gärtnerin** in vielseitiger Bio-Blumen- & Gemüsegärtnerei.
Cooperativa Giardineria Fondovilla, CH-7742 Poschiavo
☎0041-81-844 14 33

Fidibus – Ökologische Dorfgemeinschaft e.V. plant in Südthüringen naturnahe Selbstversorgung, Handwerk, Erziehung, Bildung, Altenbetreuung und das, was du dir wünscht.
☎(09 11) 33 02 58 und
(0 70 32) 8 20 79

Malerischer Fachwerkresthof
(2 Wohnhäuser, mehrere Stell- und Wirtschaftsgebäude) am Rande des Meissner (zw. GÖ u. KS) sucht eine 3. Fam. zum Mitleben und Ausbauen. Für diese stehen 150 qm Wohnfläche in einem alten Gutshaus, baubiologisch teilsaniert und jede Menge Platz in Stall und Wirtschaftsgebäude zur Verfügung. Einkauf in die bestehende GbR ist erforderlich.
☎(0 55 42) 80 58

BAND GESUCHT

Erf. **Schlagzeuger** sucht Band: am liebsten vielseitiger PUNK mit Ska-, Folk-, HC-, HipHop-, ... -Einflüssen, schwarz-roten Texten & Demotape! But anyway: Call ☎(0 25 82) 65 93 18!
Wenns klappt, zieh ich um!

Die *anstiftung* ist eine gemeinnützige Forschungsgesellschaft, die zukunftsweisende Projekte im sozialen, kulturellen und ökonomisch-ökologischen Bereich durchführt.

Für unser interdisziplinäres und praxisorientiertes Team suchen wir ab sofort

den/die ReferentIn für Öffentlichkeitsarbeit
(30 Std./unbefristet)

Sie haben berufliche Erfahrung mit Öffentlichkeitsarbeit im sozialen oder ökonomisch-ökologischen Bereich und Lust darauf, sich für den erfolgreichen Auftritt einer zukunftsorientierten Forschungsgesellschaft einzusetzen. Sie schreiben routiniert, sind sprachlich gewandt und haben ein sicheres Gefühl für Gestaltung. Wir benötigen Ihre Mitarbeit bei unseren mündlichen, schriftlichen und elektronischen Präsentationen.

Ebenfalls ab sofort

eine/n jüngere/n SozialwissenschaftlerIn
(mind. 32 Std./unbefristet)

Ihre Aufgabe ist es, für verschiedene Forschungsprojekte der *anstiftung* Grundlagen zu erarbeiten und Projektkonzeptionen wissenschaftlich zu unterstützen. Sie sind vertraut mit aktuellen sozialpolitischen und ökonomisch-ökologischen Fragen, recherchieren und schreiben gern.

Weiterhin ab sofort

eine/n MitarbeiterIn für die Projektberatung
(mind. 32 Std./befristet bis August 2001)

Sie wirken daran mit, erprobte Ideen der *anstiftung* (v.a. Eigenarbeit) in anderen Orten zu verbreiten. Sie haben Projekterfahrung, können Menschen begeistern und beherrschen Dokumentation und Informationsmanagement.

Die Stellen werden in Anlehnung an BAT vergütet.
Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung bis 14.03.1999.

anstiftung ggmbh
Daiserstrasse 15, Rgb.
81371 München

Weitere Informationen erhalten Sie unter 0 89 - 74 74 60-0 und im Internet unter http://www.anstiftung.arg.net

Christoph Gesang

Alternativprojekte zwischen Nachhaltigkeit und Herrschaftskritik

Die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft und der Diskurs um die Region

Gesang stellt verschiedene Regionalisierungsansätze vor und konfrontiert nachhaltige Entwicklung, Subsistenzperspektive und postmodern-antikapitalistische "Abwicklung des Nordens" miteinander. Er plädiert anhand des Beispiels Agraropposition und Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften dafür, alternative politische Praxis wieder mit theoretischen Debatten und radikaleren Standpunkten zu verbinden.

... ist ein Beitrag zur (...) dringend notwendigen Auseinandersetzung um jene Regionalisierungsansätze, die sich nicht als ökologisch-modernisierend verstehen .... *Contraste, Monatszeitschrift für Selbstorganisation*, 9/98

.... wichtiger Beitrag zur Fundierung radikaler sozialökologischer Regional- und Agrarpolitik. *BUKO Agrar Info*, 8/98

... bietet eine interessante Diskussion der blinden Flecken des Konzepts "nachhaltige Regionalentwicklung". *Der Rabe Ralf*, Berliner Umweltzeitung, 9/98

Juli 1998, 132 S., 22 DM, ISBN 3-9805640-5-3
Verlag Yetipress, Justus-Liebig-Strasse 25, 28357 Bremen, fax 0421/255447, Email: yetipres@compuserve.com

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ÖkoLinX 28/29

ROTGRÜN: Kriegsregierung & Modernisierung der Atomenergie ★ Meiga & ZEGG: Die 'weiche' Diktatur ★ Agenda 21 & Nachhaltigkeit ★ Flughafen Ffm: Ausbau, Terror & Mediation ★ Euthanasie: Töten wird normal ★ Tauschringe & Antisemitismus & Antimilitarismus, Gelöbnisse & Bismarck ★ **1998:** Antifa-Aktionen ★ **1999:** Anti-EU & Anti-WWG
AUTORiNNEN: Asselhoven ★ Becker ★ Bierl ★ Capitain ★ Ditfurth ★ Düperthal ★ Ebermann ★ Grünzel ★ Heidenreich ★ Hirsch ★ Hochschul Antifa HH ★ Koch ★ Kuhnert ★ Meier ★ RoZ Politik/Jura ★ Wroblewski ★ Schuh ★ Zieger ★ u.a.

Ich bestelle: ❑ **Probeheft** (Doppelheft!) 10 DM (incl. P/V) ❑ **Abo** 45 DM (6 Ausg./Abojahr). Außerdem: ❑ **Infos ü. Ökologische Linke** (bundesweit) 7 DM
Kontakt: Ökologische Linke, c/o Manfred Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/Main

★ Lieferung NUR gegen Vorkasse ★

Zeitung für Linke
ak
analyse und kritik
Jeden Monat neu
garantiert regierungsunabhängig
Probeexemplar (3DM in Briefmarken) oder gleich ein Abo:
ak - Rombergstr.10 - 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

aLiVe association Linker Verlage proudly presents:
Der neue aLiVe-Katalog *Herbst 1998*
92 lesenswerte Titel aus den Bereichen Internationalismus, Politische Theorie, Feminismus, Antifa, Romane und politische Kalender für 1999 ...
Katalog kostenlos anfordern bei:
aLiVe, Postfach 167, 63703 Aschaffenburg
fon/fax: (06021) 15744

Schwarzer Faden
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.66 (4/98) enthält u.a.:
★
EXPO NO -
denn die Welt sieht anders aus
von Gruppe Tipp Ex
☆
Lissabon-Bericht zur Konferenz Libertärer Kommunalismus
von Wolfgang Haug
★
Kontroverse
Anarchosyndikalisten contra Libertäre Kommunalisten
★
John Pilger: Noam Chomsky - Zum 70.; SF-Redaktion: Diskussion über politische Zentren; Torsten Froese: Totale Kriegsdienstverweigerung; Jan J. Hofmann: Handbuch der Utopie; Johannes Hilmer: Debatte zwischen Proudhon und Marx; Jürgen Mümken: Olga forever; Martin Droschke: Frauen im 3.Reich; Wolfgang Haug: Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht, etc.
★
Nr.65 (3/98) enthält u.a.:
Das Vampir-Projekt
Wissenschaftler auf der Jagd nach Genen der Urwohnwohner
von Claus Biegert
✧
Der Libertäre Kommunalismus
Die Erschaffung des Bürgerwesens
von Janet Biehl
☆
Gegenöffentlichkeit heute
Krieg um den richtigen Stallgeruch
von Richard Herding

Neu im Trotzdem-Verlag
Hans-Ulrich Grunder: Wir fordern alles - Weibliche Pädagogik im 19.Jh., 24.-
Paul Lafargue: Recht auf Faulheit, 10.-
Janet Biehl: Libertärer Kommunalismus, 26.-
Michael Seligmann: Aufstand der Räte, 2 Bde. Standardwerk über die Bayerische Räterepublik, 78.-

✏ **Abonniert!**
SF ★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, D-71117 Grafenau
Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273
http://www.txt.de/trotzdem
e-mail: trotzdemSF@t-online.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10997 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: r.buch@partisan.net; **18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: a.kuestermann@link-n.cl.sub.de, Internet: www.ruegen-wirtschaft.de/presse-verlag-ostseh; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, E-Mail: H.WEINHAUSEN@link-k.gun.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar,** 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: P.STREIFF@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: K.REGENAUER@link-n.cl.sub.de, Internet: http://members.aol.com/KRegen/redaktion.html

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch,** Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik: 88142 Wasserburg,** Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; **Tauschringe: 49504 Lotte-Halen,** Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, E-Mail: privatier@t-online.de; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10777 Berlin,** Elisabeth Voß, Motzstr. 16, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: Elisv@aol.com

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de
oder CONTRASTE@t-online.de
Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

LESERBRIEFE

Zu: Verspätete Diskussion um Ö-Punkte, CONTRASTE Nr. 171

Völliger Quatsch!
Der Text von Hermann Cropp über die Ö-Punkte bedarf zweierlei Kommentars. Zum einen stellt sich die Frage, warum ein Redakteur der CONTRASTE einen Text über die Ö-Punkte schreibt, der (wenn überhaupt) ein Leserbrief an die Ö-Punkte wäre. Nutzt der Redakteur Hermann Cropp hier seine Einflußstellung aus, um ein Stammtischgespräch über die (dafür doch wohl nicht gedachte) CONTRASTE abzuwickeln?
Zum zweiten stellt der Text inhaltlich allerhand seltsame Behauptungen aus. Die drei Aussagen, die der Text enthält, sind allesamt falsch. Hermann Cropp, Quelle von des öfteren seltsamen Gedanken, hat auch genau nichts zu seinem Text recherchiert. Daher hier die Richtigstellungen zu den Behauptungen:
1. Die Ö-Punkte sind kein Blatt der Jugendumweltbewegung. Soweit es die Jugendumweltbewegung überhaupt noch gibt, besteht sie am ehesten aus den Jugendumweltverbänden und unorganisierten Gruppen. Keine der z.Zt. 18 autonomen Redaktionen der Ö-Punkte kommt aus diesem Bereich. Tatsächlich sind aus autonome Gruppierungen oder »gestandene« Verbände wie der IPPNW, die Stiftung Ökologie und Landbau oder Umkehr e.V., die hinter den Redaktionen stehen.
2. Die Behauptung, auf jeder Seite würde für die Veröffentlichungen derselben Person geworden, kann jedeR durch einfaches Nachblättern überprüfen. Beim kritisierten Schwerpunkt finden sich auf den Seiten jeweils die Hinweise zu den weiteren Werken der Personen, die einen Text verfaßt oder über die geschrieben wurde. Das sind sehr verschiedene Namen.
3. Die Behauptung, die Ö-Punkte würden alte Utopiediskussionen wiederholen, ist zwar zum Teil richtig, in der Einleitung zum Schwerpunkt steht aber auch: »Am Beginn soll eine Bestandsaufnahme stehen: Welche Utopien bestehen?« Zudem wurde angekündigt, weitere Schwerpunkte folgen zu lassen.
Leider bleiben den CONTRASTE-LeserInnen die Ö-Punkte ja »erspart«, denn eine regelmäßige Beilage scheint dort nicht möglich. Wer sich angucken will, was dieses Ende 1997 entstandene Vernetzungs- und Perspektivenblatt im Umweltschutz wirklich zu bieten hat, kann entweder Hermann Cropp zuhören oder mal ein Heft bestellen: Gegen 5,50 DM in Briefmarken bei der Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.●

Jörg Bergstedt

Zu: SEL, das Salz im Getriebe, CONTRASTE Nr. 171

Ricarda Buch: *»Die OrganisatorInnen des Treffens gehörten einerseits zu der etwa 7.000 Mitglieder zählenden weltweiten Gemeinde der Esperantisten...«*

Hier muß ich ein paar ganz grobe Falschinformationen korrigieren. Es gibt weltweit um einige Zehnerpotenzen mehr Esperantisten; die Angaben schwanken zwischen einer und zwei Millionen Menschen mit Esperanto-Grundkenntnissen. Von diesen ca. 1-2 Millionen dürften aber nur wenige perfekt Esperanto sprechen und es auch im Alltag praktisch anwenden; immerhin ist Esperanto mit einer Stärke in dieser Größenordnung (über 100.000 aktive Esperantisten gibt es auf jeden Fall) die bislang einzige Plansprache auf der Welt mit praktischer Bedeutung und hat deutlich mehr Sprecher als die meisten nationalen Sprachen auf diesem Globus (vgl. z. B. Baskisch, Isländisch, Rätoromanisch u. v. a. mit weniger als 100.000 Sprechern). Die Bibel, das meistübersetzte Buch der Welt, wurde bislang in knapp 4.000 Sprachen übersetzt; die meisten dieser Sprachen werden nur von wenigen tausend Menschen gesprochen.●

Norbert Strauss

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 11 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termine: 12.-14.2.99, 9.-11.4.99, 11.-13.6.99, 27.-29.8.99, 1.-3.10.99
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

NEUE ARBEIT

Neue Arbeit zwischen Selbstorganisation & Institutionalisierung
Kongress, 19.-21. Februar 1999, Bremen
Themen:
* Neue Arbeitsberatung zwischen Arbeitsmarktsorientierung & Emanzipation von der Lohnarbeit
* Kooperation zwischen Tauschringen, Projekten und Bildungseinrichtungen
* Zentrum für Neue Abeit – Ansatz für eine Arbeitsmarktpolitik von unten?

Wir suchen noch Gastreferenten bzw. an Erfahrungsaustausch interessierte Menschen.
Information & Anmeldung:
AG Neue Arbeit(sorganisation), Bauernstr. 2, D-28203 Bremen
☎(04 21) 70 66 16
Email: bive@gmx.de

INSTITUT FÜR NEUE ARBEIT

Die europäische Kooperative Longo Mai – ein »Labor« für kooperatives Leben
Ein Vortrag mit Dias und Diskussionen mit Werner Ruhoff. Der Referent half im Mai 98 beim Gemüseanbau eines Hofes in Frankreich mit. Dieser ist einer von mehreren Landbetrieben der 170 internationalen Genossenschaftlern von »Longo Mai«. Auch in Ostdeutschland, in Stubbendorf, wird seit drei Jahren ein landwirtschaftlicher Betrieb aufgebaut. Seit 1973 – gestartet als Jugendbewegungsinitiative – wurde vielfältig experimentiert im Sinne von gemeinsamer, vernetzter und vor allem gesellschaftlich sinnvoller Produktion und Eigenversorgung. Welche Erfahrungen könnten in ein Konzept von Neuer Arbeit einfließen?
Termin: 21.1.99, 20 Uhr

Selbermachen statt kaufen
Das Münchner »Haus der Eigenarbeit« (HEI)
Vortrag und Diskussion mit Roland Soker. Seit 1987 bietet das Haus der Eigenarbeit all denjenigen Raum, die ihre handwerklichen Fähigkeiten erproben, sich kulturell betätigen oder neue soziale Kontakte knüpfen wollen. Gegen eine Gebühr können Werkstätten mit Profiausrüstung genutzt werden, individuell oder in Kursen. Auf Wunsch gibt es eine kompetente Fachberatung. Das HEI wurde von der »anstiftung« konzipiert und angestoßen. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, Eigenarbeit – allein oder gemeinsam – zu fördern. »Eigenarbeit beschert Lust am Tätigsein und damit ein mehr an Lebensqualität«.
Termin: 28.1.99, 20 Uhr

Zukunftswerkstatt zur Kölner Industriebrache »Alter Güterbahnhof«.
Zu dieser Veranstaltung bitte anmelden, wir verschicken eine gesonderte Einladung.
Termin: 30.1.99, 10 bis 18 Uhr
Kontakt:
Institut für Neue Arbeit, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln
☎(02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98
http://www.thur.de/philo/ina.htm

NETZ

Gesprächsführung am Telefon für Verwaltungskräfte in sozialen Einrichtungen
Der Erstkontakt zu KundInnen und KlientInnen findet in der Regel über das Telefon statt. Diese Gespräche sind oft *wegweisend dafür, wie sich der weitere* Kontakt entwickelt. Es gibt vielfältige Situationen, wie der Umgang mit schwierigen KlientInnen, die Weitergabe von Informationen oder Verhandlungen. Dies stellt hohe Anforderungen an die Gesprächskompetenz von Verwaltungskräften. Ziel ist es, die besonderen Aspekte der Gesprächsführung am Telefon zu kennen und in Gesprächen umsetzen zu können.
Termin: 27./28.1.99, München

Über den Umgang mit Zeit – persönliche Arbeitsmethodik
In diesem Seminar geht es um umsetzbare Instrumente eines Ziel- und Zeitmanagements. Sie lernen Handlungsspielräume für selbstverantwortliches Arbeiten zu erkennen und konkret zu bestimmen. Für das Erreichen von Zielen werden effiziente und sachgerechte Planungstechniken kennengelernt und erprobt. Im Zentrum steht die Prioritätensetzung im Rahmen der Tagesgestaltung. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, mit Hilfe eines Dokumentationssystems Arbeitsergebnisse nachvollziehbar und kontrollierbar zu machen, Störfälle zu erkennen und schrittweise zu beheben.
Termin: 30./31.1.99, Hannover

Projekte erfolgreich organisieren und steuern
Projektmanagement ist eine hilfreiche Methode, um aktuelle Herausforderungen und Aufgaben zu bewältigen. Mit dieser strukturierten Herangehensweise wird in einzelnen, teilweise vernetzten Schritten mit Budgets (Zeit, Geld, Ressourcen) und Beteiligten bis zur Zielerreichung gearbeitet. Zwischenergebnisse werden festgehalten und überprüft. Um die Projekte zielgerichtet zu organisieren, ist es notwendig, »passende« Instrumente und Vorgehensweisen zu beherrschen.
Termin: 4./5.2.99, München

Vereinsbuchführung
Ziele: Die Vereinsbuchführung verstehen lernen, die Gemeinnützigkeit für den Verein umsetzen, Belege zuordnen, buchen sowie den Abschluß erstellen können. Inhalte: Es wird die Bedeutung der Gemeinnützigkeit für die Buchhaltung sowie der Satzung herausgearbeitet. Wie muß die Buchhaltung organisiert werden an Hand der Belege für z.B. die BAGS und das Finanzamt. Außerdem wird über die Kontierung und das Buchen der Belege gesprochen und geübt. Natürlich werden die Jahresabschlüsse und die Formulare des Finanzamtes besprochen.
Termin: 4.-6.2.99
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet:
http://www.aries.de

BUKO

Im Dunstkreis der Macht:
Lobbyarbeit und Dritte Welt Bewegung
In den letzten Jahren läßt sich beobachten, daß linke Gruppen teilweise ihre Haltung zur Lobbyarbeit stark verändert haben. Die einst so verpönte Einflußnahme auf Entscheidungsträger setzt sich im Zeitalter einer geschrumpften Massenbasis zunehmend durch. Das Seminar will versuchen, eine Abgrenzung der Lobbyarbeit zu anderen Aktionsformen zu leisten und die Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen Lobbyarbeit sinnvoll sein kann.
Termin: 29. bis 31.1.99, Bonn

Alternativer Handel:
Bewegte Praxis ohne Theorie?
Auf welcher Theorie basiert die derzeitige Praxis des Alternativen Handels? Was kann der Alternative Handel in globalisierten Zeiten bewirken? Ein Rückblick auf die Geschichte und Erfahrungsberichte aus der Praxis des Alternativen Handels sollen die in dem Seminartitel gestellte Frage beantworten und helfen, Perspektiven für die zukünftige Arbeit zu entwickeln.
Termin: 26. bis 28.2.99, Dortmund
Information & Anmeldung:
BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20
E-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de

FRAUEN

Ich fühle was, was Du nicht siehst
Was macht die Kommunikation zwischen FrauenLesben mit und ohne Behinderung oft so schwierig?
26. bis 27. Februar 1999
Bundesweite Tagung für FrauenLesben mit und ohne Behinderung
FrauenLesben mit Behinderung sind in den letzten Jahren in den unterschiedlichsten Zusammenhängen verstärkt Thema. Leider ist das Verhältnis zwischen FrauenLesben mit und ohne Behinderung mitunter von Unsicherheit und Vorurteilen auf beiden Seiten geprägt. Das kann den Kontakt schwierig machen, obwohl das Interesse, aufeinander zuzugehen, vorhanden ist. Unterschiede zwischen FrauenLesben mit und ohne Behinderung werden oft aus Angst vor gegenseitiger Verletzung nicht thematisiert. Solange diese Unterschiede nicht benannt werden, fehlt die Basis, um Gemeinsamkeiten zu erkennen.
Ziel dieser Tagung ist es deshalb, einen Raum zu schaffen, diese Unterschiede zu thematisieren, um eine Grundlage für gemeinsames Handeln zu schaffen.
Eingeladen sind alle FrauenLesben mit und ohne Behinderung, die Lust und Interesse haben, sich konstruktiv mit anderen über diese Fragen auszutauschen. Wir wenden uns an Frauen, die für sich die Notwendigkeit sehen, die Kommunikation zwischen FrauenLesben mit und ohne Behinderung zum Thema zu machen. Gemeint sind z.B. behinderte und nichtbehinderte Mitarbeiterinnen aus Mädchen- und Frauenprojekten sowie Frauen, die im Rahmen der Behindertenhilfe bereits mit Mädchen und Frauen mit Behinderung arbeiten und solche, die es beabsichtigen. Eingeladen sind auch die Frauen mit und ohne Behinderung, die im Alltag miteinander Kontakt haben.
Wir werden uns überwiegend in überschaubaren Gruppen austauschen. Zeitweise werden FrauenLesben mit und ohne Behinderung zusammen arbeiten, aber zu bestimmten Themen auch in getrennten Gruppen.
Wir wollen nicht nur zusammen arbeiten, sondern auch miteinander lachen, klönen, tanzen, essen, träumen... Die Tagung wird mit einem Fest enden.
Kosten: 30 bis 120 DM (Essen ist inbegriffen, Getränke müssen extra bezahlt werden), je nach Einkommen und Selbsteinschätzung, AssistentInnen zahlen nichts.
Ort: Hamburg, Gesamtschule Bahrenfeld, Regerstr. 23-25
Die Unterkunft wird von den Teilnehmerinnen selbst organisiert. Übernachtungsmöglichkeiten können bei »Autonom Leben« nachgefragt werden.
Information & Anmeldung:
Autonom Leben, Langenfelder Str. 35, D-22769 Hamburg
☎(0 40) 432 90-148 und -149, Fax: -147
Email: Autleb@mail.nadir.org

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar der Delphin-Gemeinschaft zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 19.-21.2.99, Hausen (Schwarzwald)

Vorankündigung: Zu den Ökodorf-Festivals 97/98 gab es motivierende Feedbacks & Wünsche, solche Begegnungen von Gemeinschaften & InteressentInnen häufiger stattfinden zu lassen. Deshalb organisieren wir **1999 zwei Ökodorf-Festivals**: Pfingsten 1999 (22.-29.5.) in einer Gemeinschaft am Bodensee, 6.-12.8. in einer Gemeinschaft bei Mainz, je 200 bis 400 DM.
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

MEDIENARBEIT

Die eigene Homepage
Ihr eigenes Angebot im Internet: mit der Layout-Sprache HTML (Hyper Text Markup Language). Auf diesem Seminar gestalten Sie eine eigene Seite mit HTML, lernen »Links« und »Anker« zu setzen, Grafiken einzubinden und einfache Tabellen anzulegen.
Termin: 27.2.99 (Frohburg b. Leipzig)

HTML für Fortgeschrittene
Sie verfügen über Grundkenntnisse in HTML, zum Beispiel aus unserem HTML-Einsteigerseminar? Sie wollen professionelle Web-Angebote mit Tabellen, Formularen (Forms) und Rahmen (Frames) gestalten? Dann ist unser Fortgeschrittenen-Seminar das Richtige für Sie.
Termin: 28.2.99 (Frohburg b. Leipzig)

Online präsent sein
Web-Publishing im Internet wird oft als Zauberformel für die politische Öffentlichkeitsarbeit dargestellt. Vorteil: Es ist nicht teuer; Nachteil: Web-Seiten müssen aktualisiert und mit anderen Medien *beworben werden, Mails beantwortet* werden. Grundlagen, Technik, Kosten der Öffentlichkeitsarbeit online erfahren Sie am ersten Abend. Am zweiten Tag gestalten Sie Ihre erste Homepage.
Termin: 30.-31.1.99, München
Information & Anmeldung:
Münchener Medienladen, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: g.hooffacker@link-m.de
http://www.hooffacker.de

Internet für Einsteiger
Alle Welt redet von der Datenautobahn, aber kaum eine/r weiß genaues: Was ist das Internet, und wie kann ich es für die politische Arbeit nutzen? Wie komme ich dahin? Was brauche ich dazu? Im Lauf des Seminars »surfen« Sie im World Wide Web und verfassen eine politische Nachricht (E-Mail).
Termin: 12.2.99, München

Die eigene Hompage texten
Der eigene Verein, Verband, Ortsverein ist bereits im Internet – jetzt geht es darum, regelmäßig ein aktuelles Angebot zu texten. Dazu sind keine Programmierkenntnisse nötig – »Word97« genügt! Ideen und Know-How für die inhaltliche Ausgestaltung gibt es auf diesem Seminar.
Termin: 19.3.99
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@link-m.de

FRAUEN-COMPUTER-SCHULE

Internet für Einsteigerinnen
Aus der Bürokommunikation sind sie nicht mehr wegzudenken: die elektronische Post (E-Mail) und der Anschluß ans Internet, das »Netz der Netze«. Was bedeuten »World Wide Web«, was »ftp«, »chat« und »news«? Wer nutzt E-Mail, und wozu brauche ich eine E-Mail-Adresse? Wie ist das Internet entstanden, und wohin geht die Reise? Am PC probieren wir das »Netsurfing« aus.
Termine: 9.2. und 11.2. (jeweils 14-17 Uhr), 20.2 (10-17 Uhr), 23.3. und 25.3. (jeweils 9-12 Uhr), 17.4.99 (10-17 Uhr)

Internet mit Zeit & Muße
Sie sind noch oder nicht (mehr) berufstätig und wollen mehr wissen über das Internet? Im Internet finden Sie Informationen und Gleichgesinnte zu Ihrem persönlichen Interessensgebiet, mit denen Sie sich austauschen können.
Auf diesem Seminar lernen Sie das Internet kennen, surfen im »World Wide Web« und verfassen einen elektronischen Brief (E-Mail).
Termin: 8. bis 10.3.99 (jeweils 9-12 Uhr).

Professionelle Online-Recherche
Das Internet und seine Datenbanken bieten das Wissen der Welt – wenn frau sich erst einmal zurechtgefunden hat. Der Zugang zum Internet ist da – wie finde ich, was ich suche? Welche Fachdatenbanken bietet das Internet, und welche Hilfen (»Suchmaschinen«) gibt es hier? Das Seminar ist gedacht für Anwenderinnen, die bereits über Grundkenntnisse der Online-Welt verfügen. In kleinen Gruppen am PC recherchieren wir online zu Fachthemen nach Ihren Wünschen.
Termine: 24.2., 16.3., 21.4.99 (jeweils 18-21 Uhr)
Anmeldung & Information:
Frauen-Computer-Schule, Volkartstr. 23, D-80634 München
☎(0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25
E-Mail: fcs-m@link-m.de
Bei dieser Anschrift gibt es auch das ausführliche Kursprogramm.

RECHTSEXTREMISMUS

– Entwicklungstendenzen und Erscheinungsformen
Rechtsextremismus hat leider noch immer Konjunktur, v.a. in der Jugend. Die Auseinandersetzung damit bleibt eine wichtige Aufgabe demokratischer Bildungsarbeit. Wir wollen uns u.a. mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und dem gegenwärtigen Erscheinungsbild des Rechtsextremismus auseinandersetzen, sein Verhältnis zur Gewaltanwendung und besonders seine Atraktivität für Jugendliche und Schüler analysieren. Die Rolle der Neuen Medien und Teile der Jugendkultur (Rechts-Rock) werden einbezogen sowie Gegenstrategien diskutiert.
Termin: 29.-31.1.99, Kochel
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@link-m.de

AUTOFREI LEBEN

Abschied vom Konjunktiv
Der ökologischen Herausforderungen sind viele. Die Debatten darüber noch mehr. Und allgegenwärtig fläzt sich der Konjunktiv in die Sätze: »Man müßte, man sollte,... Wenn man nur unsere Konzepte befolgte... Ja wenn die Regierung, dann würde ich auch... und andersherum: Ja wenn die Bevölkerung, dann würden wir auch.« Irgendwie ermüdend.
Kokett wird gelegentlich erwähnt, daß es der lebensführenden Haut unseres Planeten wohl den Rest gäbe, wenn auch die Dritte Welt so wie wir..., wenn also jede chinesische Familie ihr Auto bekäme. Die logische Fortsetzung dieses wertvollen Gedankens verliert sich dann zumeist in betroffen-nachdenklichem Schulterzucken oder in intellektuellem Nebelwurf, der, zugegeben, wirklich nicht leicht zu durchdringen ist.
Aus dem bunten Strauß ökologisch fragwürdiger Verhaltensmuster greifen die Autofreien beinahe willkürlich einen Aspekt heraus. Sie ahnen, daß eine ökologische Wende bei vollem Lohnausgleich kaum zu haben ist. Daher versuchen sie, der Ersten Welt mit dem mutwilligen Verzicht auf einen Privatwagen einen, wenn schon nicht entscheidenden, so doch entschiedenen Schritt vorauszugehen.
Diese Konferenz möchte autofreie Menschen aus der Vereinzelung locken und ihnen sowie der sie umgebenden Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, die Autofreien als – wenn auch kleine – gesellschaftliche Größe zu erfahren. Eine Gruppe von Autofreien, die verbindlich auf einen PKW verzichten, hat sich Anfang Oktober '98 formiert.
Neben Vorträgen und Anregungen von ausgewiesenen ExpertInnen wird diese Konferenz Raum bieten für den Erfahrungsaustausch zwischen autofreien und anderen interessierten BürgerInnen. Daß eine Kultur des Verzichts nicht den Verzicht auf Kultur einschließt, belegt das Begleitprogramm sowie die Einbindung der Konferenz in den Rahmen der europäischen Kulturhauptstadt Weimar '99.
Termin: 29.-31.1.99, Weimar
Information & Anmeldung:
autofrei leben! e.V. Dorfstr. 18, D-07646 Schlöben
☎(03 64 28) 4 10 91, Fax 4 92 93

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg